

# Praxisprojekt in der Entwicklungszusammenarbeit

Dr. Urs Heierli

---



## Entwicklungsstrategie für einen unabhängigen Kosovo

**Potenzielle Beiträge der Schweiz zur Überwindung von Armut und Arbeitslosigkeit**

---

10. Mai 2008  
Universität St. Gallen

---

Christoph Bleiker  
Ackerhusweg 7  
9642 Ebnat-Kappel  
03-605-011

Claudia Kuntschik  
Bodanstrasse 3  
9000 St.Gallen  
03-606-225

Thomas Rohrer  
Lederbach 7  
9100 Herisau  
03-601-952

Gereon Stelzle  
Schäflisbergstrasse 7  
9000 St.Gallen  
03-606-795

## Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>ii</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	<b>iii</b>
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>S. 1</b>
<b>2. Ausrichtung und Herleitung von Schwerpunkten der schweizerischen Entwicklungsstrategie im Kosovo</b> .....	<b>S. 3</b>
2.1 Entwicklungsverständnis.....	S. 3
2.2 Identifikation der Schwerpunkte.....	S. 4
<b>3. Entwicklungskontext und Situationsanalyse</b> .....	<b>S. 7</b>
3.1 Key Facts Kosovo.....	S. 7
3.2 Politische Rahmenbedingungen.....	S. 8
3.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	S. 14
<b>4. Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo – eine Bestandesaufnahme</b> .....	<b>S. 19</b>
4.1 Entwicklungsakteure, Entwicklungsbereiche und Aktivitäten.....	S. 19
4.2 Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo – Aktivitäten, Leitlinien und Erfahrungen.....	S. 21
4.3 Wahrnehmungen und Bedürfnisse der kosovarischen Bevölkerung.....	S. 22
<b>5. Projektvorschläge für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	<b>S. 25</b>
5.1 Begründung der strategischen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung.....	S. 25
5.2 Bildungswesen im Kosovo – Schweizerisches Engagement in der Berufsbildung ..	S. 27
5.3 Agrarsektorentwicklung.....	S. 36
5.4 Handels- und Investitionsförderung.....	S. 42
<b>6. Schlussfolgerungen und Ausblick</b> .....	<b>S. 48</b>
<b>A1 Literaturverzeichnis</b> .....	<b>iii</b>
<b>A2 Interviews</b> .....	<b>viii</b>

## Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BFM	Bundesamt für Migration
CEFTA	Central European Free Trade Agreement
COOF	Swiss Cooperation Office
CSS	Center for Security Studies der ETH Zürich
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFID	UK Department for International Development
DS	Demokratische Partei
DSS	Demokratische Partei Serbiens
EAR	European Agency for Reconstruction
EC	Europäische Kommission
ECIKS	Economic Initiative of Kosovo
EU	Europäische Union
EULEX	Rechtsstaatsmission der EU im Kosovo
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	Foreign Direct Investment
GoK	Government of Kosovo
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
ICG	International Crisis Group
ICO	International Civil Office
IMF	International Monetary Fund
IPAK	Investment Promotion Agency of Kosovo
ISN	International Relations and Security Network der ETH Zürich
KFOR	Kosovo Force
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KDSP	Kosovo Development Strategy Paper
MAFRD	Kosovarisches Landwirtschaftsministerium
MEST	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non Governmental Organization
OECD	Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SIDA	Swedish International Development Cooperation Agency
SOK	Statistical Office Kosovo
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Program
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo
UNO	United Nations Organization
VBS	Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Zentrale Entwicklungsbereiche und Querschnittsthemen	S. 5
Abb. 2: Landkarte des Staates Kosovo	S. 7
Abb. 3: Bevölkerungsverteilung	S. 7
Abb. 4: Altersstruktur im Kosovo	S. 7
Abb. 5: BIP des Kosovo 2004-2007	S. 14
Abb. 6: Volkswirtschaftliche Indikatoren	S. 14
Abb. 7: Handelsbilanz des Kosovo	S. 15
Abb. 8: Übersicht Handelsgüter	S. 15
Abb. 9: Struktur der Volkswirtschaft	S. 16
Abb. 10: Betriebsgrösse landw. Betriebe im Kosovo	S. 17
Abb. 11: Flächennutzung	S. 17
Abb. 12: Akteure und ihre Aktivitätsfelder im Kosovo	S. 20
Abb. 13: Immatrikulationsquote in den Primarschulen (2003-04)	S. 28
Abb. 14: Immatrikulationsquote in den Sekundarschulen (2003-04)	S. 29
Abb. 15: Berufsbildung nach Studienrichtung	S. 30
Abb. 16: Auszubildende in den Trainingszentren 2005	S. 31
Abb. 17: Kosovo Agri-Rural Development Plan	S. 36
Abb. 18: FAO Preisprojektionen für Weizen & Käse	S. 39
Abb. 19: Viehbestand 2004	S. 40
Abb. 20: Importe tierischer Erzeugnisse	S. 41

## 1 Einleitung

Den Staat Kosovo prägt eine Vergangenheit von Unterdrückung und unterschiedlichen Vorherrschaften, die sich meist in kriegerischen Auseinandersetzungen ablösten. Bis zum 14. Jahrhundert dem serbischen Reich angehörend, waren die Jahre ab 1389 nach der Schlacht auf dem Amselfeld dominiert von der Vorherrschaft des Osmanischen Reiches. Ab 1912, nach dem ersten Balkankrieg, gehörte der Kosovo zu Serbien und Montenegro und später war es Teil von Titos Jugoslawien als Teil Serbiens. Ab 1974 eine autonome serbische Provinz, wurde die Autonomie bereits 1989 durch Slobodan Milosevic aufgehoben und es entstand ein Kleinkrieg zwischen der albanischen paramilitärischen Organisation UÇK und serbischen Streitkräften. Diese Entwicklungen führten 1999 zum Kosovo-Krieg und zum Einmarsch der NATO. Nach dem Ende des Krieges wurde der Kosovo ein UN-Protectorat gemäss Resolution 1244, blieb aber formell Teil Serbiens. Am 17. Februar 2008 ereignete sich dann in Priština ein historischer Moment: Kosovos Ministerpräsident Hasim Thaçi proklamierte die Eigenstaatlichkeit des Kosovo und vollzog somit die endgültige Abspaltung von Serbien. Der Beginn der überwachten Unabhängigkeit nach Massgabe des Ahtisaari-Plans ist ein tief greifendes Ereignis in der europäischen Geschichte. Die EU wird mit der EULEX-Mission die Transformation von einer internationalen hin zu einer nationalen Regierung unterstützen, den Kosovo auf dem Weg in eine geregelte Unabhängigkeit begleiten und die Kompetenzen der UNMIK übernehmen. Das Erreichen der Unabhängigkeit ist möglicherweise ein Meilenstein in Richtung einer prosperierenden Zukunft. Doch dieser Schritt allein verhilft noch lange nicht dazu, den Kosovo aus der schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage zu hieven.

Jahrhundertelange Unruhen, jahrzehntelange Unterdrückung und letztlich der verheerende Krieg in den 90er-Jahren haben im Kosovo einschneidende Spuren hinterlassen. Die Wirtschaft wurde durch ungenügende politische Strukturen, unterbrochenen Aussenhandel, internationale Sanktionen, fehlende Investitionen und ethnische Konflikte gehemmt. Der Staat kämpft mit hoher Arbeitslosigkeit, grosser Armut, maroder Infrastruktur, täglichen Stromausfällen, fragilen öffentlichen Institutionen, wirtschaftlicher Rückständigkeit, Korruption - die Liste der Probleme im Kosovo ist ellenlang. Scharfe Kritiker sehen im Kosovo gar einen Rückzugsort für kriminelle Akteure und einen polykriminellen Multifunktionsraum, in dem internationales Schwarzgeld gewaschen werde. Pessimisten zeigen auch auf, dass die Etablierung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen durch ein Gewohnheitsrecht aus dem 15. Jahrhundert unterbunden wird, was kaum zu überwinden ist. Nach dem Kosovo-Krieg präsentierte sich die Lage stabiler und es flossen grosse Mengen an Hilfsgeldern zwecks direkten Wiederaufbaus. Dieser Trend ist in den vergangenen vier Jahren merklich abgeflacht. Die Gelder verhalfen zwar zum kurzfristigen Aufbau von Häusern und zur Deckung von Grundbedürfnissen, doch eine nachhaltige Entwicklung wurde damit kaum generiert. Es entstand eine grosse Abhängigkeit von Kapitalflüssen und Gütern aus dem Ausland, weshalb ein grosses Handelsbilanzdefizit (2006: -53.6%) resultierte. Im Jahr 2006 betrug das ökonomische Wachstum 4.2%, der Kosovo gehört heute zu den ärmsten

Regionen Europas. Während der UNMIK-Einsatzes konnte also die Entwicklung des Staates kaum merklich verbessert werden.

Durch die Klärung der Statusfrage werden eine bessere wirtschaftliche Entwicklung sowie bessere Voraussetzungen für ausländische Direktinvestitionen erhofft. Es keimt neue Hoffnung sowohl bei der kosovarischen Bevölkerung als auch bei internationalen Gebern. Nun gilt es, die richtigen Schritte einzuleiten, um den Kosovo auf den richtigen Weg in eine Zukunft mit Perspektiven zu leiten. Viele Staaten, Institutionen und Organisationen beteiligen sich seit vielen Jahren an der Entwicklungshilfe im Kosovo; so auch die Schweiz, die zu den bedeutendsten Geberländern des Kosovo gehört. Die Eidgenossenschaft hegt mit ihrem Engagement Interessen wie die Förderung politischer Stabilisierung, eine Abschwächung der Migration, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie auch die regionale Integration. Aufgrund der beschränkten finanziellen Möglichkeiten muss die Schweiz ihre grossen Vorhaben auf wichtige Kernpunkte fokussieren.

Das Ziel dieser Arbeit ist es aufzuzeigen, welchen Beitrag die Schweiz in Zukunft leisten kann, um Armut und Arbeitslosigkeit im Kosovo zu reduzieren. In einem ersten Schritt wird eine Situationsanalyse hinsichtlich des Entwicklungskontexts im Kosovo vorgenommen, um ein detailliertes Bild über die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen zu erhalten. Dabei werden Bereiche erörtert, die für die Entwicklung des Landes relevant sind. Anschliessend wird dargestellt, welche Institutionen und Organisationen im Kosovo tätig sind und auf welche Schwerpunkte sich diese ausrichten. Des Weiteren wird aufgegriffen, wie sich das Engagement der Schweiz im Kosovo bisher gestaltete. Anhand der Analysen wird eine strategische Ausrichtung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo abgeleitet und Schwerpunkte entwickelt, anhand derer die Schweiz in Anbetracht ihrer Kernkompetenzen, ihres Know-hows und ihren begrenzten Möglichkeiten einen möglichst optimalen Beitrag zur Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit und Armut im Kosovo beisteuern kann.

## 2 Ausrichtung und Herleitung von Schwerpunkten der schweizerischen Entwicklungsstrategie im Kosovo

In diesem Kapitel werden die konzeptionellen Grundlagen für die nachfolgende Situationsanalyse dargelegt sowie ein Überblick über die Entwicklung strategischer Handlungsoptionen für den Kosovo geschaffen.

### 2.1 Entwicklungsverständnis

Entwicklung ist mehr als nur das anhaltende Wachstum des Bruttonationaleinkommens. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein umfassenderer Entwicklungsbegriff herausgebildet, welcher nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung sowie Verteilungsfragen als wichtige Indikatoren berücksichtigt, sondern zudem weiterführende Aspekte von Entwicklung beinhaltet (Todaro & Smith, 2006; Debraj, 1998):

„The challenge of development ... is to improve the quality of life. Especially in the world's poor countries, a better quality of life generally calls for higher incomes - but it involves much more. It encompasses as ends in themselves better education, higher standards of health and nutrition, less poverty, a cleaner environment, more equality of opportunity, greater individual freedom, and a richer cultural life" (Weltbank, 1991, S.4).

„Entwicklung“ muss demnach als multidimensionaler Prozess verstanden werden, welcher gewichtige Veränderungen bezüglich der sozialen Strukturen, gesellschaftlichen Einstellungen und nationalen Institutionen mit sich bringt und auch die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, die Reduktion von Ungleichheiten und die Ausrottung der Armut beinhaltet. In ihrem Kerngehalt bedeutet Entwicklung damit die Veränderung sozialer Systeme, weg von einer Situation unbefriedigender Lebensqualität und hin zu einer Situation, in welcher die allgemeinen Lebensbedingungen gemeinhin als materiell und spirituell besser erachtet werden (Todaro & Smith, 2006, S.17). Unabhängig davon, wie der Inhalt eines „besseren Lebens“ für eine Gesellschaft definiert wird, verfolgt ein multidimensionaler Entwicklungsprozess in der Regel folgende drei zentrale Ziele (S.22):

1. *Verbesserung der Verfügbarkeit und Verteilung von lebensnotwendigen Gütern* wie Nahrung, Unterkunft, Gesundheit und Schutz.
2. *Steigerung des Lebensstandards* durch höhere Einkommen, Schaffung von Arbeitsplätzen, bessere Bildung und stärkere Beachtung der kulturellen und menschlichen Werte. All diese Aspekte steigern nicht nur die materielle Wohlfahrt, sondern auch die individuelle und nationale Selbstachtung.
3. *Erweiterung der ökonomischen und sozialen Wahlmöglichkeiten* durch die Herausführung von Individuen und Nationen aus bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen sowie der Befreiung von Unwissenheit und menschlicher Not.

Dieses Entwicklungsverständnis bildet die Grundlage für die nachfolgende Identifikation der für diese Arbeit gewählten Schwerpunkte. Wenn im weiteren Verlauf dieser Arbeit der Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere auf Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit gelegt wird, so ist an dieser Stelle wichtig zu

betonen, dass dies nicht aus einem einseitigen Entwicklungsverständnis erfolgt. Vielmehr ist dieser Fokus das Ergebnis einer reflektierten Auseinandersetzung mit der Aufgabenstellung sowie einer sorgfältigen Analyse zur Identifikation derjenigen Entwicklungsbereiche, welche den dringenden Handlungsbedarf und das grösste Potenzial für eine rasche Verbesserung der Situation aufweisen.

## **2.2 Identifikation der Schwerpunkte**

Die Überwindung von Armut und Arbeitslosigkeit sind zentrale Kernbereiche nahezu jeglicher Entwicklungsstrategie und im Falle Kosovos sind es zudem akute Problembereiche. Heute leben 37% der Kosovaren in Armut und die Arbeitslosigkeit beträgt 43%. Diese gravierenden Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit einer raschen Ausarbeitung und Umsetzung von effektiven Entwicklungsstrategien und zeigen auf, welches die zu bewältigenden zentralen wirtschaftlichen Herausforderungen sind. Die Hauptverantwortung liegt zunächst bei der kosovarischen Regierung selbst. Internationale Entwicklungsakteure können jedoch auf bi- oder multilateraler Ebene wertvolle Unterstützung leisten.

Dem Kosovo fehlt es bisher noch immer an einer integrierten und ganzheitlichen Entwicklungsstrategie. Ein „Poverty Reduction Strategy Paper“ [PRSP] existiert für den Kosovo nur insofern, als dass dieser als ehemalige autonome Provinz im PRSP des Jahres 2003 von Serbien und Montenegro enthalten ist (International Monetary Fund [IMF], 2006). Ein nationales Strategiepapier ist momentan in Erarbeitung und sollte anlässlich einer für den Juli geplanten internationalen Geberkonferenz präsentiert werden<sup>1</sup>. Dieses so genannte Kosovo Development Strategy Paper 2007-2013 [KDSP] wird dann die Ausgangslage für das weitere Engagement der internationalen Entwicklungsakteure bilden.

Im Rahmen dieser Arbeit sollen konkrete strategische Handlungsoptionen für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit [EZA] im Kosovo entwickelt werden. Dabei ist eine Fokussierung auf einzelne Schwerpunkte unumgänglich. Damit strategische Handlungsoptionen für diejenigen Bereiche entworfen werden können, in denen der grösste Entwicklungsbedarf und am meisten Potenzial besteht, muss die allgemeine Entwicklungsproblematik im Kosovo auf einzelne zentrale Entwicklungsbereiche ausgerichtet werden. Zur Identifikation der für die schweizerische EZA relevanten Schwerpunkte wird eine Eingrenzungsstrategie mit folgenden Kriterien und Leitfragen verfolgt:

1. Entwicklungskontext und Situationsanalyse: In welchen Bereichen besteht der dringendste Entwicklungsbedarf und welche Bereiche bergen das grösste Potenzial?
2. Pläne und Aktivitäten der Regierung des Kosovo: Welches sind die von der kosovarischen Regierung identifizierten Entwicklungsprioritäten? Welche Leitlinien werden den internationalen Entwicklungsakteuren dadurch vorgegeben?

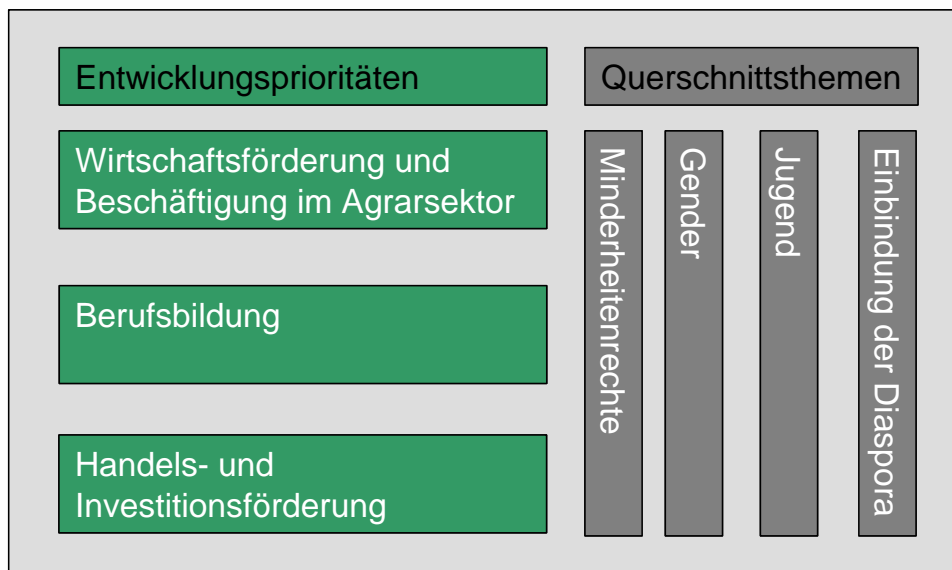
---

<sup>1</sup> Erste Teilstrategien des Kosovo Development Strategy Paper 2007-2013 sind mittlerweile auf den Webseiten einzelner Ministerien verfügbar. Es ist anzunehmen, dass diese Teilstrategien in das integrierte KDSP einfließen werden.



3. Aktivitäten der regionalen und internationalen Entwicklungsakteure: Welche Akteure sind in welchen Bereichen aktiv? Gibt es Lücken? Gibt es Kooperations- und Koordinationsmöglichkeiten?
4. Aktivitäten, Leitlinien und Erfahrungen der schweizerischen EZA im Kosovo: Welches sind die strategischen Leitlinien für ein schweizerisches Engagement im Kosovo? Was sind die Erfahrungen aus laufenden und abgeschlossenen Projekten? Welche Einschränkungen und Möglichkeiten ergeben sich aus vergangenen, laufenden oder geplanten Aktivitäten?
5. Die Wahrnehmung der kosovarischen Bevölkerung: Welche Entwicklungsbereiche priorisieren die Kosovaren? Welche strategischen Handlungsoptionen finden die Unterstützung einer breiten Bevölkerung und welche stossen auf Ablehnung?

Aufgrund dieser Kriterien sind folgende zentrale Entwicklungsbereiche und Querschnittsthemen identifiziert worden (vgl. Abbildung 1):



**Abb. 1: Zentrale Entwicklungsbereiche und Querschnittsthemen**

Wie bereits angedeutet erfordert die ganzheitliche Entwicklung eines Landes Engagements in den verschiedensten Bereichen. Die Aktivitäten und Massnahmen reichen dabei vom Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie über die Stärkung eines effektiven Gesundheitssystems bis hin zum Aufbau einer funktionierenden Wasserinfrastruktur. Solche Entwicklungsbereiche haben alle einen mehr oder weniger direkten Einfluss auf die Überwindung von Armut und Arbeitslosigkeit. Der Bereich Wirtschaftsentwicklung und seine Teilbereiche haben jedoch durch die Generierung höherer Einkommen den direktesten Einfluss auf die Zielgrössen Armut und Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund wird der Fokus auf drei Teilbereiche der Wirtschaftsentwicklung gelegt. Im ersten Teilbereich wird das Potenzial verschiedener Strategien zur Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung evaluiert. Dies geschieht mit einem speziellen Fokus auf den Agrarsektor, da eine Mehrheit der in Armut lebenden Kosovaren in diesem Sektor tätig ist. Im Falle der zweiten Entwicklungspriorität geht es darum, wirksame Strategien zum Auf- und Ausbau einer effektiven Berufsbildung zu entwickeln. Im dritten Teilbereich gilt es die Frage zu klären,

welche aussenwirtschaftlichen Massnahmen und Strategien einen positiven Einfluss auf die Reduktion von Armut und Arbeitslosigkeit haben können. Diese Entwicklungsprioritäten bzw. Teilbereiche beeinflussen einander gegenseitig und wirken komplementär.

Ausserdem werden vier Querschnittsthemen identifiziert, welche nach Möglichkeit in die Entwicklung der strategischen Handlungsoptionen einfliessen sollen, in vorliegender Arbeit aber kaum explizit behandelt werden können. Das erste Querschnittsthema berücksichtigt die zahlreichen ethnischen Minderheitsgruppen, welche im Kosovo leben. Bei den einzelnen Strategie- und Projektvorschlägen gilt es die Minderheitsgruppen zu berücksichtigen und insbesondere Projekte zu realisieren, welche die Integration einzelner Minderheiten gezielt fördern. Das Querschnittsthema „Gender“ verlangt zweitens, dass bei der Entwicklung von Handlungsoptionen die Rolle der Frau berücksichtigt wird und insbesondere Projekte zur gezielten Förderung und Ermächtigung von Frauen realisiert werden. Drittens soll speziell die Jugend in Projekte eingebunden werden. Dieses Querschnittsthema ist durch den hohen Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung besonders dringlich und wird durch den Human Development Report 2006 (UNDP, 2006) sowie die DEZA Jugend-Politik (2007) prominent in Szene gesetzt. Zuletzt gilt es auch die Rolle der Diaspora zu berücksichtigen. Die Exil-Kosovaren sollten, orientiert am politisch Machbaren, in Projekte und deren Finanzierung miteinbezogen werden.

Anhand dieser drei Entwicklungsprioritäten und unter Berücksichtigung der Querschnittsthemen werden in Kapitel 5 strategische Handlungsoptionen und Projektideen für die schweizerische EZA im Kosovo entwickelt.

### 3 Entwicklungskontext und Situationsanalyse

Nachdem nun die konzeptionellen Grundlagen für die vorliegende Arbeit gelegt wurden, wird in diesem Kapitel der Entwicklungskontext dargestellt und eine Situationsanalyse durchgeführt. Die folgende wirtschaftliche und politische Situationsanalyse des Kosovo bildet die Ausgangslage für die Identifikation der Entwicklungsprioritäten und der dargestellte Entwicklungskontext bildet zudem den Ausgangspunkt für die Herausarbeitung der strategischen Handlungsoptionen. Zuerst werden einige Schlüsselinformationen zum Kosovo aufbereitet, bevor auf den politischen Kontext sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingegangen wird.

#### 3.1 Key Facts Kosovo

Der Kosovo, gelegen im Herzen des Balkans, hat eine Ausdehnung von 10.908 km<sup>2</sup>, was knapp einem Viertel der Schweiz entspricht. Die unmittelbaren Nachbarstaaten sind Serbien (gemeinsame Grenzlinie: 351.6km), Mazedonien (158.7km), Albanien (111.8km) sowie Montenegro (78.6km). Aktuelle Schätzungen beziffern die Bevölkerungszahl auf 2.1 Mio. Einwohner. Das Bruttoninlandsprodukt [BIP] belief sich 2007 auf ca. 2.45 Milliarden Euro, was einem Pro-Kopf-Einkommen von 1'100 Euro entspricht. (CIA, 2008; Europäische Kommission [EC], 2007a)



Abb. 2: Landkarte des Staates Kosovo

Quelle: CIA, 2008

Während die ethnische Zusammensetzung des Kosovo von Albanern dominiert ist (92%), so sind signifikante Minderheiten präsent, welche für gesellschaftliche Spannungen sorgen. Fünf Prozent sind gebürtige Serben, während sich die übrigen drei Prozent aus Minderheiten wie Türken, Bosniaken, Kroaten, Torbeschen, Goranen, Roma, Aschkali und Ägyptern zusammensetzen (Statistical Office Kosovo [SOK], 2006).

Die kosovarische Bevölkerung ist mit einer Geburtenrate von 2.7 einer der am schnellsten wachsenden Völkerverbände Europas. Die Lebenserwartung dieser im Schnitt sehr jungen Bevölkerung (Durchschnittsalter: 23 Jahre) beträgt aktuell 74 Jahre, über 50% sind jünger als 25 Jahre. Die Altersverteilung ist in Abbildung 4 dargestellt.

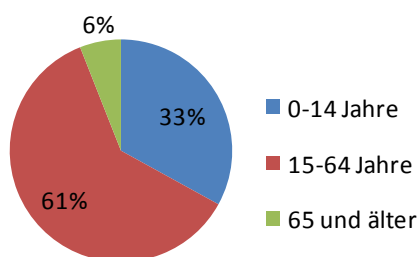


Abb. 4: Altersstruktur im Kosovo

Der durchschnittliche kosovarische Haushalt ist grösser als sechs Personen und in ländlichem Gebiet gelegen

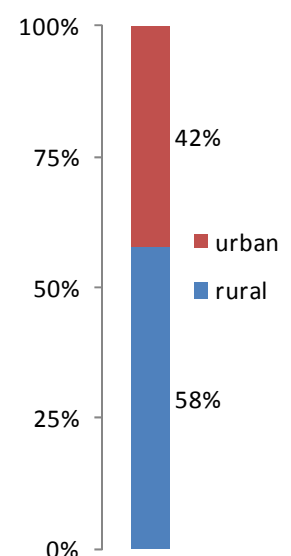


Abb. 3: Bevölkerungsverteilung

(vgl. Abbildung. 3). 37% der kosovarischen Bevölkerung leben in Armut, d.h. von weniger als 1.42€ pro Tag; 15.2% in extremer Armut (Tageseinkommen < 0.93€). Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 43%. Überdurchschnittlich betroffen ist die rurale Bevölkerung, davon besonders die Jugend. Die Desillusionierung sowie die sich breit machende Perspektivlosigkeit der Jugend manifestieren sich insbesondere in der erschreckenden Tatsache, dass rund die Hälfte der Jugend im Kosovo auswandern würde, wenn sich die Möglichkeit dazu ergäbe (UNDP, 2006). Ein weiterer Grund für diese Tendenz sind die beschränkten Ausbildungsmöglichkeiten, auf die in Abschnitt 5.2 näher eingegangen wird.

### **3.2 Politische Rahmenbedingungen**

Mit der Unabhängigkeit des Kosovo ist Bewegung in die eingefahrene regionalpolitische Situation gekommen und hat neue Möglichkeiten für eine weitere Stabilisierung sowie die nachhaltige Entwicklung des Landes eröffnet. Die Lichtblicke werden jedoch von anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten sowie von einer gezielten serbo-russischen Obstruktionspolitik getrübt. Die schweizerische EZA muss angesichts dieser zwiespältigen Situation eine flexible und zugleich weitsichtige Strategie- und Projektplanung betreiben.

#### *Kosovos umstrittene Unabhängigkeit – Ursachen und Auswirkungen*

Für die ehemalige serbisch autonome Provinz Kosovo ging eine lange Zeit der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit zu Ende, als Ministerpräsident Hashim Thaçi am 17. Februar die einseitige Unabhängigkeit Kosovos von Serbien verkündete (Parlament der Republik Kosovo, 2008). Seit der Unabhängigkeitserklärung sind nun über zwei Monate vergangen. Rückblickend ist der Übergang in die Unabhängigkeit erstaunlich friedlich verlaufen (International Crisis Group [ICG], 2008b). Die befürchtete Massenauswanderung der serbischen Minderheit aus den Enklaven ist ausgeblieben und auch die erwarteten Wirtschafts- und Energieboykotte durch die serbische Regierung sind nicht eingetroffen. Ausserdem konnten destabilisierende Gewaltausschreitungen vermieden werden.

In regierungstechnischer Hinsicht bedeutet der Statusentscheid vor allem die Umsetzung des Ahtisaari-Plans. Der Plan des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten und Sondergesandten des UN Generalsekretärs, Martti Ahtisaari, sieht eine durch internationale zivile und militärische Präsenz gestützte Unabhängigkeit vor und enthält einen Massnahmenkatalog zum Aufbau einer stabilen und effektiven Staatlichkeit (Ahtisaari, 2007). Wegen der Blockade des UN-Sicherheitsrates durch das russische Veto kann der Plan nicht durch ein UNO-Mandat umgesetzt werden<sup>2</sup>. Die kosovarische Regierung hat deshalb die von der EU mandatierte Rechtsstaatsmission [EULEX], ein Internationales Zivilbüro [ICO]<sup>3</sup> sowie die NATO

---

<sup>2</sup> Auch weitere Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates sind nicht bereit den Ahtisaari-Plan zu unterstützen: China, Vietnam, Indonesien, Südafrika und wahrscheinlich auch Libyen sowie Burkina Faso (ICG, 2008a, S.13).

<sup>3</sup> Das Internationale Zivilbüro ist der administrative Arm der Internationalen Steuerungsgruppe für den Kosovo, welche Ende Februar 2008 aus 15, die Unabhängigkeit befürwortende Staaten, gebildet wurde. Der Kern dieser Gruppe besteht aus der so genannten Kosovo Quint (USA, UK, Deutschland, Frankreich und Italien). Auch die Schweiz ist in dieser Gruppe dabei.

[KFOR] eingeladen, um den jungen Staat bei der Umsetzung des Planes zu unterstützen (ICG, 2008a, S.13ff.). Geleitet werden die EULEX-Mission und das Internationale Zivilbüro vom Niederländer Peter Feith, welcher ein Doppelmandat als EU Sondergesandter und Internationaler Zivilbeauftragter (Chef des Internationalen Zivilbüros) bekleidet. Am 9. April hat das Parlament das Grundgesetz Kosovos verabschiedet und damit die verfassungsmässigen Bestimmungen des Ahtisaari-Plans umgesetzt (NZZ, 9. April 2008, S.2). Die Verfassung tritt auf den 15. Juni in Kraft.

Bisher haben 39 Staaten den Kosovo offiziell anerkannt (kosovathanksyou.com). Davon sind 19 Staaten EU-Mitglieder. Ausserdem haben noch weitere Staaten in- und ausserhalb Europas eine baldige Anerkennung in Aussicht gestellt. Die Webseite kosovothanksyou.com rechnet in der nahen und fernen Zukunft damit, dass 104 weitere Staaten den Kosovo anerkennen werden. Allerdings lehnen neben Serbien einige weitere Staaten die Unabhängigkeit ab oder fordern die Wiederaufnahme von Verhandlungen, darunter Russland, China, sechs EU-Staaten sowie 26 weitere nichtwestliche Staaten (Center for Security Studies [CSS], 2008, S.1).

Neben spezifischen nationalen Interessen sind es hauptsächlich drei Argumente, welche die anerkennenden Staaten zu dieser Haltung bewogen haben (CSS, 2008, S.1f.). Erstens führen die Befürworter an, dass es nach den gescheiterten Statusverhandlungen keine realistische Alternative zur Eigenstaatlichkeit Kosovos mehr gab. Zweitens sei die Klärung der Statusfrage dringlich, um den politischen Stillstand aufzulösen, wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, neue Unruhen zu vermeiden und damit den Westbalkan nachhaltig zu stabilisieren. Drittens wird argumentiert, die Unabhängigkeit Kosovos sei völkerrechtskonform. Diese Rechtfertigung ist jedoch stark umstritten und wurde vor allem von Serbien und Russland aufs Heftigste kritisiert. Tatsächlich ist die völkerrechtliche Legitimität des neuen Staates Ermessenssache und damit ein politischer Entscheid (CSS, S.2). Im Zentrum steht die gegenseitige Abwägung zweier völkerrechtlicher Prinzipien, nämlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker (Kosovo-Albaner) und der territorialen Integrität eines Staates (Serbiens).

Die Haltung der offiziellen Schweiz folgte dieser Argumentation und anerkannte die Unabhängigkeit Kosovos am 27. Februar 2008. Den heiklen Kritikpunkt der völkerrechtlichen Legitimität entkräftete die Schweiz – wie viele andere Staaten auch – mit dem Hinweis, dass die Anerkennung angesichts der besonderen Umstände im Falle von Kosovo keinen Präzedenzfall darstelle (Schweizerische Eidgenossenschaft, 2008a). Anlässlich der diesjährigen Kosovo-Konferenz des Forums Ost-West vom 17. März 2008 erläuterte Botschafter Christian Meuwly die politischen Beweggründe hinter der schweizerischen Anerkennung. Ausschlaggebend waren demnach sowohl Solidaritätsüberlegungen als auch schweizerische Interessenspolitik. Die Schweiz, in welcher über 100'000 Kosovo-Albaner leben, hat vor allem in migrations- und sicherheitspolitischer Hinsicht ein vitales Interesse an Stabilität im Westbalkan.

Die rasche Anerkennung durch die Schweiz hat in Serbien heftige Reaktionen ausgelöst. Die serbische Regierung sah sich dazu veranlasst, ihren Botschafter aus der Schweiz abzurufen,

was sie auch bei allen anderen anerkennenden Staaten tat. Eine Podiumsdiskussion anlässlich der Kosovo-Konferenz hat diesbezüglich aber auch zum Ausdruck gebracht, dass die bilateralen Beziehungen zu Serbien genügend tief und fruchtbar sind, um diese aktuellen Spannungen aushalten zu können<sup>4</sup>.

### *Serbische Reaktionen und gezielte Obstruktionspolitik*

In Serbien stiess die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo auf breite Ablehnung. Die Reaktion war geprägt von gewaltsamen Strassenprotesten, Uneinigkeit in der Regierung und anti-albanischen Tönen (ICG, 2008a, S.1). Die serbische Regierungskoalition welche hauptsächlich aus Präsident Tadic's Demokratische Partei (DS) und Ministerpräsident Kostunica's Demokratische Partei Serbiens (DSS) bestand, zerbrach am 10. März. Der Grund für die Auflösung der Regierung und die Ankündigung von Neuwahlen für den 11. Mai waren Differenzen bezüglich der serbischen EU- und Kosovo-Politik (Jovanovic, 2008). Ministerpräsident Kostunica's DSS-Partei sowie die radikale SRS-Partei und die sozialistische SPS-Partei wollen zuerst die Kosovo-Frage lösen<sup>5</sup> und dann erst über eine Annäherung an die EU diskutieren. Präsident Tadic's DS-Partei sowie weitere kleinere Parteien sind der umgekehrten Ansicht und glauben, dass zuerst eine Annäherung gegenüber der EU gesucht werden sollte, bevor über konkrete Schritte zur Rückführung des Kosovo nachgedacht werden könne. Die diesbezügliche Haltung der EU ist unmissverständlich: keine EU-Perspektive ohne einen unabhängigen Kosovo. Im Hinblick auf die Wahlen vom 11. Mai hat die EU diese Haltung scheinbar gelockert, um die EU-freundlichen Kräfte in Serbien zu stärken. Zum einen hat die EU kürzlich eine symbolische Geste gegenüber Serbien gemacht und zusammen mit dem Balkanstaat ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen [SAA] unterzeichnet (NZZ, 30. April 2008, S.1). In Kraft treten wird dieses Abkommen jedoch erst, wenn die vollständige Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gewährleistet ist. Ein handfesteres Geschenk folgte eine Woche später am 6. Mai, als 17 europäische Staaten beschlossen gratis Visa für den Schengen-Raum an serbische Antragssteller auszustellen (NZZ, 7. Mai 2008, S.2). Diese Anreizsignale an die serbische Wählerschaft sind aber nicht als wirkliche Lockerung der europäischen Haltung, sondern vielmehr als deren Bestätigung zu verstehen. Angesichts der klaren Haltung der EU werden die Neuwahlen einem Referendum über die Zukunft Serbiens gleichkommen. Das Serbische Volk wird sich zwischen den Optionen „EU-Perspektive ohne Kosovo“ oder „Einbehaltung Kosovos bei gleichzeitiger Isolation Serbiens“ entscheiden müssen.

Die International Crisis Group (2008a) bezweifelt, dass die Parlamentswahlen eine Änderung in der serbischen Kosovo-Politik bringen werden. Auch das Prognoseinstitut Cesid sagt einen deutlichen Sieg der rückwärtsgerichteten und nationalistischen Kräfte (DSS, SRS und SPS)

---

<sup>4</sup> Ein Indikator dafür ist auch, dass die Sitzung des Wirtschaftsausschusses Schweiz-Serbien vom 18.03.2008 in Bern, ohne irgendwelche Einwände seitens der serbischen Seite stattfand (Schweizerische Eidgenossenschaft (2008b)).

<sup>5</sup> Eine serbische Lösung der Kosovo-Frage aus Sicht der Nationalisten bedeutet die Einbehaltung bzw. Reintegration der ehemals serbisch autonomen Provinz Kosovo sowie deren Aufteilung anhand ethnischer Grenzen.

voraus (NZZ, 26./27. April 2008, S.7). Deshalb ist anzunehmen, dass eine neue serbische Koalitionsregierung den Kosovo nach wie vor nicht freigeben will, gleichzeitig aber versuchen wird, die EU-Perspektive zu bewahren. Bisher verfolgt Serbiens Kosovo-Politik die Einbehaltung Kosovos und die Bewahrung der territorialen Integrität als oberstes Ziel (ICG, 2008a, S.9). Zu diesem Zweck unternimmt Serbien alles in seiner Macht stehende, um eine erfolgreiche Unabhängigkeit zu verhindern und Neuverhandlungen zu erzwingen. Sollte dies nicht möglich sein, wird Serbien zumindest versuchen den Kosovo aufzuteilen. Diese Aufteilungsstrategie beinhaltet, dass die serbischen Siedlungsgebiete nördlich des Ibar-Flusses abgespalten werden und in den übrigen Gebieten Kosovos eine funktionale Trennung zwischen Serben und Kosovo-Albanern geschaffen wird (ICG, 2008a, S.9; NZZ, 26. März 2008)<sup>6</sup>. Um diese Ziele zu erreichen, verfolgt Serbien eine gezielte Obstruktionspolitik (ICG, 2008a, S.6ff.). Erstens beabsichtigt Serbien die bereits existierenden administrativen Parallelstrukturen weiter zu stärken bzw. auszubauen und gleichzeitig jegliche Kooperation von Kosovo-Serben mit den kosovarischen Institutionen sowie mit der internationalen Präsenz zu verhindern. Zweitens versuchte Serbien mehrfach mit gezielten Provokationen eine gewaltsame Gegenreaktion auszulösen. Eine solche gewaltsame Reaktion von Kosovo-Albanern gegenüber kosovarischen Serben würde die Legitimität des Kosovo aushöhlen und Serbien einen Vorwand liefern, um vermehrten Einfluss auf die serbischen Enklaven auszuüben. Drittens strebt Serbien eine Klage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag an, um die Völkerrechtskonformität der Unabhängigkeit überprüfen zu lassen (NZZ, 29. Februar 2008). Serbien erhält in seiner Abwehrstrategie bedeutsame Unterstützung von russischer Seite. Zum einen bemüht sich Moskau, weitere Staaten von einer Anerkennung abzubringen und zum andern blockiert es im UN-Sicherheitsrat weiterhin eine anerkennende Resolution. Ausserdem versucht Russland eine Redimensionierung der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen [UNMIK] zu verhindern, weil dies bedeuten würde, dass deren Kompetenzen an die kosovarische Regierung übergingen und zudem zentrale Aufgabenbereiche von EULEX übernommen würden. Die damit einhergehende Konsolidierung der kosovarischen Verwaltungsstrukturen möchte Serbien unter allen Umständen verhindern (ICG, 2008a, S.6ff.). Diese serbische Obstruktionspolitik droht einen destabilisierenden Status Quo aufrecht zu erhalten. Das Risiko besteht, dass Kosovo in einen neuen langfristigen und niederschweligen Konflikt hineingezogen wird, welcher die Stabilität, die wirtschaftliche Prosperität sowie eine politische Versöhnung weiterhin verhindern würde.

### *Kosovos unsichere politische Zukunft – Implikationen für die schweizerische EZA?*

Kosovos einseitige Unabhängigkeit wird von zahlreichen Problemen und Herausforderungen begleitet. Der regionalpolitische Kontext stellt einen zentralen Faktor für eine erfolgreiche Unabhängigkeit dar. Eine gute Beziehung zu den Nachbarstaaten sowie zu den weiteren südost-europäischen Staaten ist vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung

---

<sup>6</sup> Nördlich des Ibar-Flusses leben ca. 40'000 von insgesamt 130'000 kosovarischen Serben.

von entscheidender Bedeutung<sup>7</sup>. Auch Staaten ausserhalb der Region haben einen gewichtigen Einfluss auf die aktuellen und zukünftigen Entwicklungen. Diesbezüglich gilt es insbesondere die Interessen von Russland, der USA sowie der EU zu beachten, welche alle ihre jeweiligen Interessen in der Region verfolgen. Gerade die so genannte Kosovo-Troika kann die Integration des Kosovo in internationale Organisationen und Institutionen entscheidend beeinflussen<sup>8</sup>. Überdies sind diese drei Akteure in der Lage die Regionalpolitik im positiven wie im negativen zu beeinflussen<sup>9</sup>. Die sich im Fluss befindende regionalpolitische Lage, der umstrittene Status-Entscheid sowie die offensichtliche serbische und russische Abwehrstrategie schaffen ein Klima der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit. Dies wirkt sich vor allem auf die dringend benötigten ausländischen Direktinvestitionen aus (vgl. Kapitel 5.4) (NZZ, 3./4. Mai 2008, S.29). Nicht nur der Kosovo, sondern auch andere Staaten des Westbalkans und insbesondere Serbien leiden unter dieser Situation (NZZ, 27. März 2008). Ein weiteres Problem stellt der schwierige Übergang von UNMIK zu EULEX und die daraus resultierenden Doppelspurigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten dar. Nicht zuletzt bleibt auch ein anhaltendes Risiko lokaler Zusammenstösse und Gewalt, welche zu einer Eskalation der Situation führen könnten.

Angesichts dieser Probleme und Herausforderungen macht die International Crisis Group (2008a; 2008b) verschiedene Empfehlungen. Zum einen ist es wichtig, dass der Kosovo von weiteren einflussreichen Staaten anerkannt wird. Die anerkennenden Staaten müssen entschieden gegenüber Serbien auftreten und dürfen keinen Zweifel an der Endgültigkeit des Status-Entscheids aufkommen lassen. Der Ahtisaari-Plan muss rasch und resolut umgesetzt werden und die Dezentralisierung des Kosovo sollte zielstrebig vorangetrieben werden. EU, UNO und NATO müssen ihre Strategien vor Ort aufeinander abstimmen und dem Ausbau serbischer Parallelstrukturen entschieden entgegenzutreten. Gleichzeitig muss die Internationale Präsenz den Grundsatz der „Ownership“ so gut wie möglich berücksichtigen, um die kosovarische Regierung zu stärken und sie schliesslich in die Eigenständigkeit entlassen zu können. Oberstes Ziel muss sein, den jungen Staat so rasch wie möglich zu konsolidieren und ihm eine gewisse Widerstandskraft gegenüber der serbischen Obstruktionspolitik zu verleihen. Der Status-Entscheid hat dem Kosovo den Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft geebnet. Diese Zukunft muss jedoch angesichts der aktuellen Probleme und

---

<sup>7</sup> Einige südost-europäische Staaten haben den Kosovo mittlerweile anerkannt. Dazu gehören: Albanien, Kroatien, Slowenien, Ungarn und die Türkei. Eine Anerkennung durch Griechenland, Rumänien und Zypern ist noch nicht absehbar und im Falle von Mazedonien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina ist eine Anerkennung vorerst unwahrscheinlich.

<sup>8</sup> Serbien und Russland werden die Mitgliedschaft Kosovos in der OSZE, im Europarat sowie in den Vereinten Nationen blockieren können. In anderen Internationalen Organisationen, in denen ein Aufnahmebeschluss eine qualifizierte Mehrheit erfordert, werden Befürworter und Gegner eines unabhängigen Kosovos entsprechende Koalitionen zu schmieden versuchen.

<sup>9</sup> Jens Reuter, ein Spezialist für den Westbalkan, betonte an der Kosovo-Konferenz des Forums Ost-West, dass Russland über Mittel und Wege verfüge, um speziell im Falle Montenegros einen bedeutenden Einfluss auf dessen Innenpolitik auszuüben. Dasselbe gilt für die USA in Bezug auf den Kosovo und Albanien. Ein Beispiel für die Einflussnahme der EU ist deren Charme-Offensive im Vorfeld der serbischen Parlamentswahlen.



Herausforderungen weiter erkämpft werden. Dies setzt die entschiedene Unterstützung durch internationale Partner, aber auch viel Fingerspitzengefühl und politischen Weitblick von Seiten aller beteiligten Akteure voraus.

Auch die schweizerische EZA muss sich mit der aktuellen politischen Lage auseinandersetzen und sieht sich mit den politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten konfrontiert. Mit dem Status-Entscheid ist die innenpolitische Lage des Kosovo stabiler geworden. Damit ist auch eine gewisse Berechenbarkeit in die Planung der EZA zurückgekehrt. Dennoch werden aussenpolitische Instabilität sowie wirtschaftliche Unsicherheit vorerst bestehen bleiben. Diese zwiespältige Situation zwischen gewonnener Stabilität und neuer Unsicherheit ermöglicht nun einerseits eine langfristige Strategie- und Projektplanung, erfordert aber gleichzeitig, dass ein gewisses Mass an Flexibilität gewahrt bleibt, um auf Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren zu können. Insofern macht es Sinn, wenn die Schweiz sich bis auf weiteres auf Projekte mit einem mittelfristigen Zeithorizont konzentriert. Gleichzeitig darf aber die langfristige Planung nicht gänzlich vergessen werden und bereits die Konzeptionierungsphase sollte die Möglichkeiten für ein „scaling up“ berücksichtigen.

Auch wenn sich die Zusammensetzung der Entwicklungsakteure nach dem Status-Entscheid nicht gross ändern wird, ist mit der Regierung des Kosovo ein Akteur in neuer Qualität hinzugekommen. Aus Gründen der „Aid Effectiveness“ ist es entscheidend, dass die Regierung Kosovos zum zentralen Ansprechpartner und Koordinator in Bezug auf einzelne Entwicklungsprojekte und ganzheitliche Programme wird.

In diesem Sinne sollte die Schweiz ihr Engagement auf Projektebene fortsetzen. Dabei ist es wichtig, dass sie sich entsprechend ihrer Kompetenzen und in Abstimmung mit der Regierung Kosovos sowie mit den anderen Entwicklungsakteuren auf zentrale Entwicklungsbereiche konzentriert.

### 3.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Kosovo sind ausserordentlich schlecht. In der Zeit des Bürgerkriegs wurde nicht nur die Infrastruktur in grosse Mitleidenschaft gezogen, auch der Industriesektor wurde stark vernachlässigt. Versorgungsengpässe bei der Stromversorgung behindern die Entwicklung ebenso wie der veraltete Kapitalstock des Landes. Heute bildet der Agrarsektor das Rückgrat der Wirtschaft des Kosovo.

#### Volkswirtschaftliche Schlüsselindikatoren

Schätzungen der Weltbank (2007a) zufolge belief sich das Bruttoinlandsprodukt des Kosovo im Jahr 2007 auf knapp 2.4 Milliarden Euro, bei einem Wachstum von 3.6% und einer Inflation von ca. 2%. In ihren Projektionen des BIP-Wachstums für den Zeitraum bis 2010 geht die Weltbank zudem von einer durchschnittlichen Wachstumsrate zwischen 3.7% und 4.2% aus. Das Pro-Kopf-Einkommen im Kosovo belief sich im Jahr 2007 auf 1'168 €, womit der Kosovo zu den ärmsten Ländern Europas zählt.

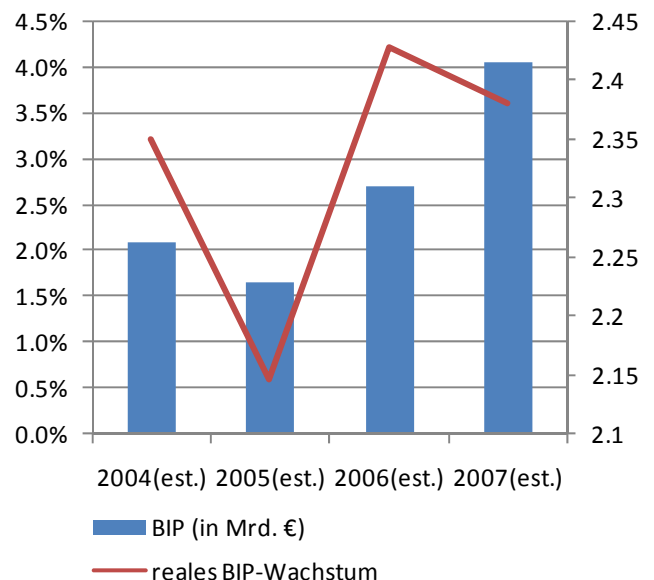


Abb. 5: BIP des Kosovo 2004-2007

Eine grosse Herausforderung für den Kosovo stellt auf Dauer die weit verbreitete Schattenwirtschaft dar, welche mittlerweile auf einen Umfang von ca. 50% des offiziellen BIP geschätzt wird.

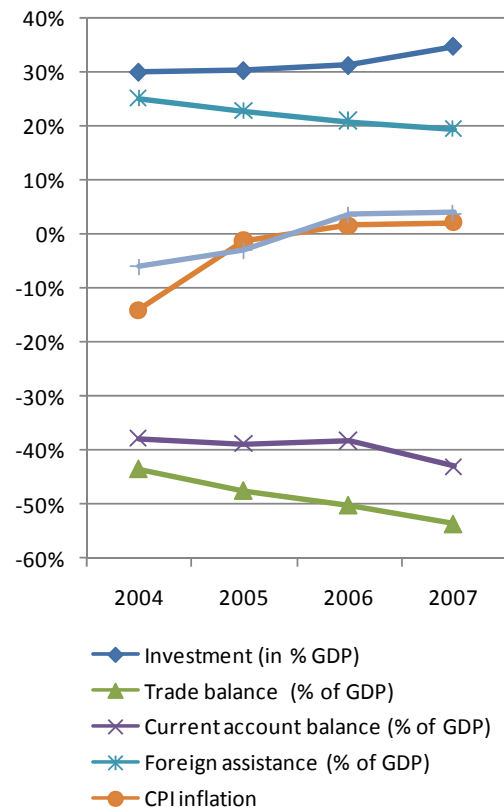


Abb. 6: Volkswirtschaftliche Indikatoren

Schattenwirtschaft dar, welche mittlerweile auf einen Umfang von ca. 50% des offiziellen BIP geschätzt wird.

Dramatisch ist auch die Abhängigkeit des Kosovo von der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft sowie der Remittances, welche im Jahr 2007 ca. 30% des BIP ausmachten. Projektionen der Weltbank (2007b) zufolge bleibt der Anteil an Remittances bis 2010 relativ konstant bei ca. 14% des BIP. Die Lage des Kosovo verkompliziert sich zukünftig allerdings dadurch, dass die vielen UNMIK-Mitarbeiter das Land verlassen werden, und damit ein substanzieller Teil des Konsums wegbricht.

Durch die Klärung des Statusentscheids über die Unabhängigkeit des Kosovo wurden die Projektionen über Hilfe der internationalen Gemeinschaft nach oben korrigiert. Vor der

Unabhängigkeitserklärung ging die Weltbank noch von einem Rückgang um 82% bis 2010 aus. Diese Zahlen gelten jedoch als überholt, denn seit der Unabhängigkeitserklärung wurde von mehreren Geberländern eine Aufstockung der Hilfe in Aussicht gestellt. (Weltbank, 2007b)

Die Abhängigkeit von Unterstützung aus dem Ausland zeigt sich deutlich in der negativen Leistungsbilanz des Kosovo (vgl. Abbildung 6), welche im Jahr 2007 ein Negativsaldo von -1.036 Mrd. Euro auswies. Massiv im negativen Bereich ist auch die Sparquote des Landes, welche 2007 bei -24.3% des BIP lag; ganz im Gegenteil zur Investitionsquote, welche im gleichen Jahr mit 34.6% des BIP bemerkenswert hoch war. Auch der Haushalt der kosovarischen Regierung hat seit 2006 den roten Bereich verlassen; für 2007 wurde mit einem Überschuss von 3.9% gerechnet.

### Aussenhandel

Der Handel ist für den Kosovo überlebenswichtig. Die Handelsbilanz (vgl. Abbildung 7) verzeichnete 2006 ein Defizit von 1.17 Mrd. Euro, bei einem Gesamthandelsvolumen von 1.31 Mrd. Euro. Die wichtigsten Handelspartner sind Mazedonien (20.7% des Handelsvolumens), Serbien (15.2%), Deutschland (9.7%), die Türkei (7.7%) sowie China (6.0%). Nach der Unabhängigkeitserklärung wird jedoch mit einem Rückgang des Handelsaufkommens mit Serbien gerechnet.

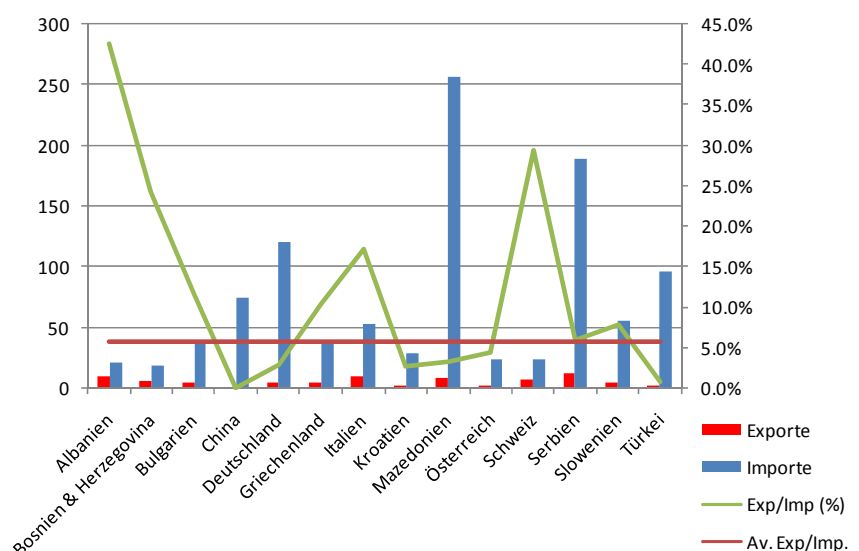


Abb. 7: Handelsbilanz des Kosovo

Der Kosovo verfügt momentan mit Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Montenegro sowie Serbien über Freihandelsabkommen im Rahmen des Central European Free Trade Agreement [CEFTA].

Die EU hat dem Kosovo eine einseitige autonome Gewährung von Zollbegünstigungen („Autonomous Trade Preferences“) gewährt. Auf die CEFTA-Region lassen sich 46% der kosovarischen Importe zurückführen, ebenso wie 56% der Exporte. Sie ist damit die wichtigste Handelszone für den Kosovo (Kosovarisches Ministerium für Handel und Industrie, 2006). Generell ist festzustellen,

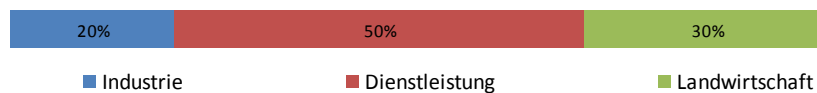
	2006	Export	Import
Groceries & live animals		7.7%	17.5%
Unprocessed materials		38.7%	1.9%
Mineral fuels		7.7%	16.6%
Processed Goods		28.8%	20.3%
Machineries & transportation equipment		8.1%	17.8%
Others		9.00%	26%
		100.0%	100.0%

Abb. 8: Übersicht Handelsgüter

dass der jeweilige Deckungsgrad von kosovarischen Importen durch Exporte bei so gut wie allen Handelspartnern sehr gering ausfällt (vgl. grüne Linie in Abbildung 7). Im Durchschnitt erreicht er nur 5.7%. Importe sind grösstenteils konsumorientiert: Die wichtigsten Importgüter im Jahr 2006 waren verarbeitete Güter (20.3%), Lebensmittel und Vieh (17.5%) sowie Mineralien (16.6%). Zur Erneuerung des Kapitalstocks beläuft sich der Import von Maschinen hingegen nur auf 17.8%. Exportiert wurden vor allem Rohmaterialien (38.7%) und verarbeitete Güter (28.8%) (SOK, 2007).

### *Struktur der kosovarischen Volkswirtschaft*

Im Kosovo dominiert der Dienstleistungssektor, welcher 50% der Wirtschaftsleistung ausmacht. Der Industriebereich trägt nur zu 20% des BIP bei, während die Landwirtschaft mit 30% den zweitgrössten Sektor darstellt (CIA, 2008).



**Abb. 9: Struktur der Volkswirtschaft**

### *Der Industriesektor*

Der Industrialisierungsgrad des Kosovo ist niedrig; die Spätfolgen des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawiens sind noch nicht überwunden. Die früheren sozialistischen Grossbetriebe stehen noch immer still, erst ca. 50% der Staatsbetriebe wurden privatisiert. Die meisten Betriebe beschäftigen weniger als sechs Personen.

Kosovos Wirtschaft ist traditionell bestimmt von primären Gütern, d.h. der Landwirtschaft sowie der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen. Verarbeitende Industrien sind kaum entwickelt. Unternehmen leiden unter veralteter Maschinerie und ungeklärten Eigentumsverhältnissen. Laut Munzinger (2006) scheinen Investitionen und Innovationen für eine industrielle Höherentwicklung schwierig. Mangelnde Infrastruktur und unzureichendes Humankapital, gepaart mit nicht mehr zeitgemäsem Kapitalstock, stellen grosse Hindernisse dar. Vor allem die technischen und finanziellen Probleme des Energiesektors ziehen die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft, besonders die energieintensiven Branchen. Die wichtigsten Industriezweige des Kosovo bildet neben dem Bergbau und der Metallurgie der Bausektor, in begrenztem Masse existiert auch eine Elektro- und Textilindustrie (CIA, 2008; Munzinger, 2006). Von den verschiedenen Rohstoffen werden vor allem Braunkohle, Nickel, Blei, Zink, Magnesium, Chrom, Bauxit und Kaolin gefördert.

Der Kosovo muss für Rechtssicherheit und geklärte Eigentumsverhältnisse sorgen, um politisches Risiko zu minimieren und ausländische Direktinvestitionen<sup>10</sup> sowie weitere Kapitalzuflüsse anzulocken.

<sup>10</sup> vgl. auch Kap. 5.4

### Der Agrarsektor

Der Agrarsektor ist mit 30% des Wirtschaftsaufkommens des Kosovo von grosser Bedeutung, doch erst die Beschäftigungszahlen unterstreichen den tatsächlichen Stellenwert des Sektors: Zwei Drittel der Bevölkerung sind im Agrarsektor beschäftigt. Doch der Agrarsektor leidet unter seiner starken Fragmentierung. Kleinste familiäre Subsistenzbetriebe prägen das Bild. Der durchschnittliche kosovarische Agrarbetrieb ist nicht grösser als zwei Hektar und produziert für den Eigenbedarf. Es gelangen nur wenige Waren in den offenen Verkauf. Daher ist der Kosovo bisher stark vom Import landwirtschaftlicher Güter abhängig. Im Jahr 2005 lag der Anteil landwirtschaftlicher Produkte bei 24% der Gesamtimporte des Kosovo und entsprach ca. 288 Millionen Euro (SOK, 2006).

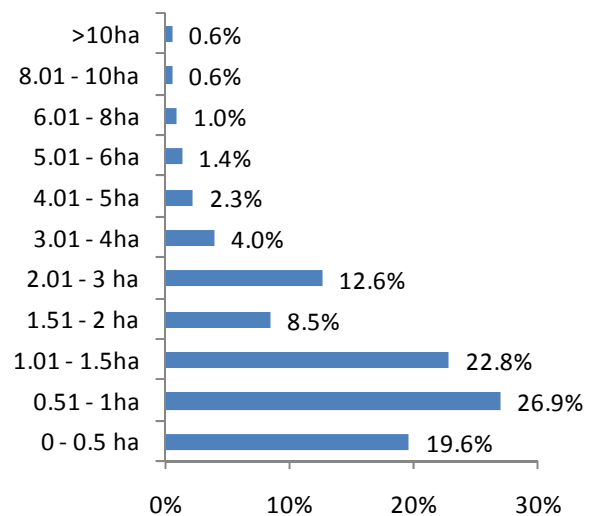


Abb. 10: Betriebsgrösse landw. Betriebe im Kosovo

Grosse Landwirtschaftsbetriebe sind kaum vorhanden (vgl. Abbildung 10), professionelle und spezialisierte Höfe vereinen im Kosovo nicht mehr als 1.9% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ca. 4'928ha).

Die Flächennutzung im Kosovo konzentriert sich hauptsächlich auf Futter- (41.4%) und Getreideanbau (49%) sowie Gemüse (7.4%). Der gesamte Sektor leidet vor allem unter seiner Zersplitterung. Laut Munzinger (2006) bestehen besonders im Süden des Landes beste natürliche Voraussetzungen für den Weinbau, allerdings werden für diesen Verwendungszweck bisher weniger als 1% der Fläche genutzt. Wenn sich die landwirtschaftliche Produktivität im Vergleich zum Jahr 2000 auch erholen konnte, so wird sie noch immer durch mangelhafte Kapital- und Maschinenausstattung stark negativ beeinträchtigt und gilt als unterdurchschnittlich, viel Fläche liegt zudem noch immer brach. (Kosovarisches Landwirtschaftsministerium [MAFRD], 2006a; Munzinger, 2006)

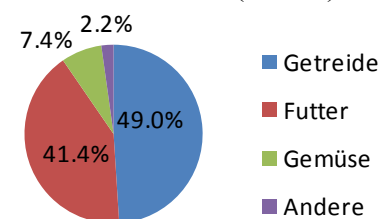


Abb. 11: Flächennutzung

Es werden dringend Strukturreformen, Qualitätssicherungs- und Vermarktungshilfen benötigt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu erhöhen und das relativ grosse Wachstumspotenzial auszuschöpfen. Besonders für eine auf den europäischen Markt zielende Produktion ist eine Anpassung an gängige Qualitätsstandards auf Dauer unumgänglich. Es bedarf grösserer Betriebe mit entsprechender Ausstattung, um Effizienzsteigerungen zu ermöglichen. Die Konsolidierung des Sektors wird jedoch durch die noch immer unsicheren Eigentumsverhältnisse erschwert. Zusätzlich sollten Massnahmen empfohlen werden, welche die langfristige Schaffung von Arbeitsplätzen ausserhalb der Landwirtschaft zum Ziel haben, um ein Ventil für das Überangebot an Arbeitskräften im Agrarsektor zu schaffen. Um die

Landwirtschaft weiter zu entwickeln wäre die Ansiedlung von ersten verarbeitenden Industriestufen ebenfalls wünschenswert. Konkrete Projektideen für die schweizerische EZA werden unter Kapitel 5.3 näher erläutert.

### *Dienstleistungssektor*

Wie bereits aufgezeigt sorgt der Dienstleistungssektor im Kosovo für ca. 50% des Wirtschaftsaufkommens. 2006 waren rund 57'000 Unternehmen im Handelsregister eingetragen, von denen ca. 60% im Handel und im Servicesektor tätig waren (SOK, 2003; CIA, 2008; UNDP 2007). Die Konzentration der Geschäftstätigkeit auf Handel stellt für den Kosovo ein Problem dar. Weder ist er stark genug, das Wirtschaftswachstum langfristig zu stützen, noch kann in diesem Bereich mit einer Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen gerechnet werden (UNDP, 2007). 98% aller registrierten Unternehmen sind kleiner- und mittlerer Grösse und beschäftigen typischerweise einen bis zehn Angestellte. Dies ist bei 98% aller Unternehmen der Fall.

Die Herausforderungen im Dienstleistungssektor ähneln denen des Industriesektors. Neben ungeklärten Eigentumsverhältnissen und recht hohem Red Tape ist der Zugang zu Finanzierungskrediten noch immer problematisch. Langfristig müssen Wege gefunden werden, wie die Schattenwirtschaft in den normalen Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden kann.

## **4 Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo – eine Bestandesaufnahme**

Im vorangehenden Kapitel wurden die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen analysiert. Dabei wurden die vielen Problembereiche, die zurzeit im Kosovo bestehen, aufgezeigt. Die Schweiz kann jedoch ihre Strategie nicht auf alle Bereiche ausrichten. Um die Handlungsbereiche für die Schweiz auf einige Schwerpunkte konzentrieren zu können, wird in diesem Kapitel zusätzlich zu der Analyse in Kapitel 3 ein Überblick über die Aktivitäten der internationalen Akteure im Kosovo gegeben. In einem zweiten Schritt wird die gegenwärtige schweizerische EZA im Kosovo untersucht, auf der die neue Strategie aufbauen soll. Nicht zuletzt wird auch auf die Meinung der kosovarischen Bevölkerung sowie der Diaspora eingegangen.

### **4.1 Entwicklungsakteure, Entwicklungsbereiche und Aktivitäten**

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ergibt sich in Staaten ein Netz mit vielen Entwicklungsakteuren, die entweder in bilateraler oder multilateraler Zusammenarbeit den entsprechenden Staat mit diversen Entwicklungsprojekten unterstützen. So wird beispielsweise in einem der fünf Grundprinzipien der Pariser Deklaration von 2005 gefordert, dass die verschiedenen Geldgeber die Entwicklungsgelder für gemeinsame Projekte einsetzen und damit den administrativen Aufwand sowie Transaktionskosten reduzieren (DEZA, 2005). Diese Deklaration zeigt in die richtige Richtung, denn es können heute noch viele Beispiele genannt werden, in denen sich Hilfsorganisationen auf die Füsse treten und lieber Überschneidungen akzeptieren, als ihr Vorgehen zu koordinieren. Grundsätzlich liegt der Entwicklungsansatz dieser Arbeit auf bilateraler Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem Kosovo. In jedem Projekt gilt es jedoch, den Kontakt mit potenziellen Partnern zu suchen und wann immer möglich ein koordiniertes Vorgehen bei Überschneidungen anzustreben und Spillover-Effekte zu nutzen. Sind in einem bestimmten Problembereich bereits viele Akteure aktiv und wird viel Geld investiert, so kann auf der Basis einer Vorabklärung vermieden werden, dass ein überproportionales, unausgeglichenes Engagement entsteht. Aus diesem Grund werden in diesem Abschnitt die Tätigkeitsbereiche der Hauptakteure erörtert. Daraus wird besser ersichtlich, wo Lücken und Kooperationsmöglichkeiten bestehen und die Schweiz aufgrund ihres Know-hows am effektivsten in der EZA im Kosovo mitwirken soll.

Die Aktivitäten der EZA im Kosovo sind breit gefächert. In dieser ärmsten Region Europas fehlt es in beinahe allen Belangen an Standards, wie sie in westeuropäischen Industrienationen anzutreffen sind. Eine Analyse der mehrheitlichen Tätigkeitsfelder von Institutionen und Organisationen hat folgende Aufschlüsselung ergeben: Infrastruktur (Energie, Wasser und Umwelt); Institution-building and Governance; Konfliktprävention (peacebuilding); Landwirtschaft; Rule of Law, Demokratie, Sicherheit; soziale Integration (Rückkehr von Minderheiten & Minderheitenschutz); Förderung des sozialen Umfelds (Gesundheit, Grundausbildung, Berufsbildung); wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Privatisierung, Privatsektor-Entwicklung, ländliche Entwicklung, Handelsförderung). Die Analyse des internationalen Engagements im Kosovo konzentrierte

sich auf folgende Akteure: Deutschland [GTZ]<sup>11</sup>, [KfW]<sup>12</sup>, DEZA, SECO, England [DFID]<sup>13</sup>, Vereinte Nationen, USAID, Weltbank, EAR<sup>14</sup>, EU-EULEX, OSZE, Schweden [SIDA]<sup>15</sup> und das Government of Kosovo [GoK].

Die Auswertung der beleuchteten Akteure und deren Aktivitätsfeldern wird in unten stehender Tabelle übersichtlich dargestellt (vgl. Abbildung 12). Es muss berücksichtigt werden, dass diese Darstellung nicht abschliessend ist, sondern nur einen Überblick zu geben gedenkt.

Aktivitäten/Akteure	Deutschland	CH	England DFID	United Nations	USA USAID	Weltbank	EAR	EU EULEX	OSZE	Schweden SIDA	GoK
Infrastruktur	✓	✓			✓	✓	✓				✓
Energie	✓	✓			✓	✓	✓				✓
Umwelt	✓	✓				✓	✓				✓
Institution building and Governance	✓		✓	✓	✓	✓	✓		✓	✓	✓
Konfliktprävention (Peacebuilding)		✓	✓		✓						✓
Landwirtschaft	✓	✓			✓	✓					✓
Rule of Law, Demokratie, Sicherheit	✓	✓	✓		✓	✓		✓	✓		✓
Soziale Integration (Rückkehr von Minderheiten & Minderheitenschutz)	✓	✓		✓	✓		✓			✓	✓
Soziales (inkl. Gesundheit und Zivilgesellschaft)	✓	✓	✓	✓		✓	✓		✓	✓	✓
Bildung allgemein	✓	✓		✓		✓	✓		✓		✓
Berufsausbildung	✓	✓					✓		✓		✓
Wirtschaftliche Entwicklung	✓	✓	✓		✓	✓				✓	✓
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit	✓	✓	✓		✓	✓					✓
Privatisierung	✓				✓	✓					✓
Privatsektor-Entwicklung		✓					✓				✓
Ländliche Entwicklung		✓					✓				✓

Abb. 12: Akteure und ihre Aktivitätsfelder im Kosovo

Einer der wichtigsten Akteure ist die USA, die den Kosovo im Jahr 2007 mit knapp einer Milliarde US-Dollar und 90 Mitarbeitern vor Ort unterstützte (USAID, 2008). USAID setzt sich zum Ziel, die institutionelle, politische und gesetzliche Grundlage im Kosovo für produktive Investitionen zu verbessern. Die Wettbewerbsfähigkeit soll insbesondere durch Projekte im Landwirtschaftssektor gefördert werden – auch die Weltbank setzt Priorität auf mehr Effizienz und Effektivität im Agrarsektor. Die Amerikaner sind in den meisten Bereichen engagiert, werden sich jedoch künftig aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Bildung zurück halten (USAID, 2003, S.18). Im Gegensatz zu den USA will die Weltbank auch in der Bildung weiterhin aktiv sein. Sie setzt jedoch ihren Schwerpunkt auf ökonomisches Wachstum und dabei neben Agrarprojekten auf die Verbesserung des kapitalintensiven Energiesektors, insbesondere der Braunkohlegewinnung (Weltbank, 2008a). Aus ihren bisherigen Aktionen zieht die Weltbank (2008b) den Schluss, dass die kosovarische Gesellschaft mit grosser Intensität in die Prozesse miteinbezogen werden muss und sich dazu Workshops besonders eignen. Wahrscheinlich der gewichtigste Akteur im Kosovo ist die EU,

<sup>11</sup> Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

<sup>12</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau

<sup>13</sup> UK Department for International Development

<sup>14</sup> European Agency for Reconstruction

<sup>15</sup> Swedish International Development Cooperation Agency



insbesondere aufgrund der Nähe ihres Marktes zum Kosovo und der voranschreitenden europäischen Integration. Ein Grossteil der Verantwortung liegt in den Händen der EULEX, die versucht, die Rule of Law im Staat zu verankern und demokratische Prinzipien voranzutreiben, um das Gewohnheitsrecht „Kanun“ aus dem 15. Jahrhundert endgültig durch rechtsstaatliche Prinzipien zu ersetzen. Für die EZA der EU im Kosovo ist die EAR wie viele grosse Akteure in den meisten Bereichen engagiert. Die EAR steht vor der grossen Herausforderung, die Aktivitäten der EU-Mitgliedstaaten besser zu koordinieren. Aus Platzgründen wird hier auf eine detaillierte Analyse weiterer Akteure verzichtet und direkt zum Engagement der Schweiz im Kosovo eingegangen.

#### **4.2 Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo – Aktivitäten, Leitlinien und Erfahrungen**

Wie in Abbildung 12 ersichtlich wird, ist die Schweiz in den meisten Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo aktiv. Sie gehört zu den wichtigsten Geberländern im Kosovo mit folgenden Zielen: Förderung der politischen Stabilisierung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Stärkung der lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft sowie der regionalen Integration (DEZA, 2008). Die Aktivitäten der Eidgenossenschaft werden zwischen der DEZA (technische Zusammenarbeit), dem SECO (Finanz- und Strukturhilfe), dem Bundesamt für Migration [BFM] (Rückkehr- und Wiederaufbauprogramme), dem EDA (Friedensförderungsmassnahmen) und dem VBS (Swisscoy) koordiniert (DEZA, 2003). Für das Jahr 2007 belief sich das Budget von DEZA/SECO für den Kosovo auf 9.92 Mio. Franken, während das Gesamtbudget der schweizerischen Tätigkeiten im Kosovo 46.88 Mio. Franken betrug. Auf das Jahr 2008 hin werden aufgrund der Unabhängigkeitserklärung die Beträge voraussichtlich noch höher ausfallen; das Budget wird auf rund 60 Mio. Franken ausgebaut, der Beitrag von DEZA/SECO wird sich nahezu verdoppeln (DEZA, 2008).

Gemäss der Webseite der DEZA sind folgende Schwerpunkte für das Kooperationsprogramm DEZA/SECO 2007-2008 vorgesehen: Wirtschaft und Beschäftigung, öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie Migration. Als Querschnittsthemen, welche alle Bereiche begleiten, erhalten die Geschlechtergleichstellung sowie die Integration von Minderheiten besondere Aufmerksamkeit. In allen Feldern werden Partnerschaften mit der kosovarischen Regierung, mit NGO's, der UNMIK, mit internationalen Organisationen sowie schweizerischen Unternehmen angestrebt (DEZA, 2008). Das Swiss Cooperation Office [COOF] ist der direkte Partner für die Schweiz in Priština und mitunter verantwortlich für die strategische Ausrichtung sowie die Implementierung und Überwachung der Projekte der schweizerischen EZA (SECO, 2007).

Im Bereich Rule of Law und Demokratie führt die Schweiz aktuell die folgenden Projekte durch: Local Government and Decentralization Support LOGOS (bis Ende 2009), Unterstützung der Strafvollzugsbehörde sowie der Behörde für Eigentum (beide bis Ende 2008). Abgeschlossen wurden in diesem Bereich Projekte wie die Verbesserung des Katasterwesens, der Aufbau eines Radiosenders und auch die Förderung des E-learning in den kosovarischen Behörden.

Im Bereich Wirtschaft und Bildung sieht die Lage wie folgt aus: Förderung der Berufsausbildung und Engagement im Gartenbau (beide bis Ende 2009) sowie Unterstützung von Frauen in der Geschäftswelt (bis Ende 2008). Abgeschlossen wurden Projekte in den Bereichen KMU-Finanzierung, Konsolidierung im Milchsektor und Einkommensgenerierung für arme ländliche Haushalte in der Region Peja.

Im Bereich öffentliche Infrastruktur sind folgende Projekte zu nennen: Generierung von neuen Wasserressourcen im Südosten des Landes (bis Ende 2008), technische Unterstützung im Bereich von Wasserressourcen, Aufbau einer Substation für Energieversorgung in Gjilani (bis Ende 2010), Einrichtung von neuen sanitären Anlagen im Südosten des Landes (bis Ende 2009). Bereits drei Projekte im Bereich Wasser konnten in den letzten Jahren abgeschlossen werden.

Für den Bereich Migration hat das BFM ein Kooperationsprogramm für die Jahre 2008-2010 erarbeitet. Details der Projekte sind kaum bekannt (Swisscooperation-Kosovo, 2008). Das SECO richtet sich in diesem Programm auf Projekte aus, welche die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen und Finanzierungsmöglichkeiten für KMU verbessern und versucht diese mit Partnern aus der Schweiz so gut wie möglich zu koordinieren.

Die Schweiz kann hinsichtlich EZA auf eine beinahe 20-jährige Erfahrung im Kosovo zurückblicken. Für die künftige strategische Ausrichtung hat es Priorität, diese anhand der vergangenen Erfahrungen auszurichten und erfolgreiche Aspekte zu übernehmen bzw. innovativ weiterzuentwickeln.

### **4.3 Wahrnehmungen und Bedürfnisse der kosovarischen Bevölkerung**

Nach den Erläuterungen zu den internationalen Aktivitäten und dem schweizerischen Engagement im Kosovo wird auf einen weiteren wichtigen und für die strategische Ausrichtung der schweizerischen Aktivitäten der kommenden Jahre relevanten Faktor vertieft eingegangen. In der EZA ist der Kontakt zur Bevölkerung häufig entscheidend für den Erfolg eines Projekts. Für Fremde, die in einem völlig anderen Kulturkreis mit der Durchführung von Projekten beauftragt werden, ist es eine grosse Herausforderung, die Kultur und die Mentalität der Menschen zu verstehen und darauf angemessen zu reagieren. Ein Projekt kann zwar den Theorien der Entwicklungsökonomie vollends genügen, doch dessen Wirksamkeit steht und fällt mit der Bevölkerung. Es besteht die Gefahr, dass sich Institutionen und Organisationen auf die zahlreich vorhandenen Strategiepapiere stützen und vor lauter strategischen Ausrichtungen, Leitlinien und Prinzipien vergessen, was die realen Bedürfnisse der Menschen in den Entwicklungsländern sind. Bevor Projekte starten, muss ein gegenseitiger, informativer und transparenter Austausch zwischen Projektleitung und Bevölkerung geführt werden, um bereits im Voraus einen gemeinsamen Nenner erreichen zu können. Damit ein nachhaltiger Erfolg möglich wird, müssen die Projekte von der Bevölkerung unterstützt und vorangetrieben werden.

Im Rahmen dieser Arbeit war es nicht möglich, Interviews mit Kosovaren vor Ort durchzuführen; aber dennoch war es das Ziel, den Kontakt mit Exil-Kosovaren zu suchen. Um die Meinung der kosovarischen Diaspora in der Schweiz einzufangen, wurden sechs

Interviews durchgeführt, wobei zwei verschiedene Interviewtechniken angewandt wurden. Zwei Interviews wurden in der Form einer halbstrukturierten und deren vier in der Form einer narrativen Befragung durchgeführt (vgl. auch Mayring, 2002, S.67ff.). Im Folgenden werden die Kernaussagen, die in den Interviews zum Vorschein traten, kurz zusammengefasst (vgl. Anhang A2).

Die erste Kernaussage war die Bedeutung des Humankapitals des Kosovo, welches grosses Entwicklungspotenzial aufweise. Deshalb forderten die meisten Interviewten eine verstärkte Unterstützung des Bildungssystems. Viele der jungen Menschen hätten einen guten Abschluss, jedoch keine Ahnung von der Praxis. Deshalb müsse die Schnittstelle zwischen Studium und Praxis besser funktionieren. Zweitens erwähnten beinahe alle Interviewten die Notwendigkeit eines produktiven Agrarsektors<sup>16</sup> für die Entwicklung des Landes. Probleme wurden in der Ausrüstung der Bauern und der Wasserversorgung gesehen. Eine weitere Problematik im Agrarsektor wurde dahingehend definiert, dass die Bauern nicht wissen, wie effizient und effektiv gearbeitet wird und wie Hilfgelder sinnvoll eingesetzt werden müssen. Im Bereich des zweiten Sektors setzten einige Befragte die Priorität auf die Modernisierung von Fabriken und Minen. Für die lahmende Wirtschaft machten viele die schlechte Infrastruktur und insbesondere das mangelnde Angebot an Elektrizität verantwortlich. Eine dritte Kernaussage betraf die Frage der Remittances, die von den Exil-Kosovaren angesprochen wurden. Viele sehen heute ein, dass Rücküberweisungen zur Deckung von Grundbedürfnissen einer nachhaltigen Entwicklung nicht förderlich sind. Deshalb bevorzugen sie es neu, die Gelder in Form von Investition für bestimmte Projekte in den Kosovo zu senden. Einige erwähnen die Idee eines Diaspora-Fonds, durch welchen gezielt Projekte gefördert werden können. Doch die Exil-Kosovaren sind sich bewusst, dass die Etablierung eines solchen Fonds ein schwieriges Unterfangen sein würde. Die Frage der Remittances wird in Kapitel 5.4 näher behandelt.

Grundsätzlich war aufgrund der Lösung der Statusfrage grosse Hoffnung spürbar. Die Kosovo-Albaner könnten sich nun auf die wichtigen Dinge konzentrieren und Projekte für eine bessere Zukunft lancieren, meinten die Interviewten. Viele positive Stimmen waren in Bezug auf die Ablösung der UNMIK durch die EU zu vernehmen und die Exil-Kosovaren waren überzeugt, dass dies Investitionen fördern und die Entwicklung des Landes voranbringen würde (vgl. Anhang A2).

Neben den Interviews wurde eine im Jahr 2005 durchgeführte Umfrage vom „Albanian-Serb Information Exchange Forum“ über Probleme und Lösungsansätze im Hinblick auf Stabilität, Frieden und Entwicklung im Kosovo betrachtet. In der Umfrage wurden die verschiedenen Bevölkerungsgruppen Kosovos unter anderem gebeten, aus einer Liste aktueller Problembereiche die wichtigsten auszuwählen. Die Kosovo-Albaner erwähnten dabei die folgenden fünf Hauptprobleme: Statusfrage (87%)<sup>17</sup>, Arbeitslosigkeit (85%), schwache

---

<sup>16</sup> Siehe auch Kapitel 5.3, welches vertieft auf die Probleme und Herausforderungen im Landwirtschaftssektor eingeht.

<sup>17</sup> 87% der Befragten Kosovo-Albaner erachteten die Statusfrage als „sehr wichtig“ für die Entwicklung des Kosovo.

Wirtschaft (75%), Korruption (70%) und Bildungsniveau (70%). Werden Serben und andere Gruppen befragt, kommen Faktoren wie das Energieangebot, organisierte Kriminalität oder die Beziehung zwischen Albanern und Serben hinzu (KosovaKosovo.com, 2005, S.227ff.). In einer Umfrage des UNDP des Jahres 2006 wurden Problembereiche wie Armut, ethnische Konflikte, Bildung, oder Geschlechtergleichstellung erwähnt (UNDP, 2006).

Abschliessend kann festgestellt werden, dass die Interviews und Umfragen die Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit unterstützen. Die Klärung der Statusfrage, oft als Hauptproblem betrachtet, ist nun gelöst, was der Bevölkerung erlaubt, sich auf andere Prioritäten zu fokussieren; so die Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit.

## **5 Projektvorschläge für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo**

In den Kapiteln 3 und 4 wurde der allgemeine Kontext der Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo dargestellt und analysiert. Aufgrund dieser Analyse wird nun die Auswahl der drei Entwicklungsprioritäten – Wirtschaftsförderung und Beschäftigung im Agrarsektor, Berufsbildung und Handels- und Investitionsförderung – begründet.

### **5.1 Begründung der strategischen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung**

Die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zeigte die gravierende Arbeitslosigkeit, die Unterentwicklung des Agrarsektors sowie die Notwendigkeit eines gestärkten Aussenhandels und einer gesteigerten Investitionstätigkeit.

In diesen und anderen Bereichen ist eine Vielzahl von Entwicklungsakteuren tätig. Die Analyse des Engagements der Schweiz hat einen Einblick in die Tätigkeitsfelder und Aktivitäten der verschiedenen schweizerischen Entwicklungsakteure gegeben und hat die dadurch gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen angedeutet. Die Schweiz kann hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo auf eine beinahe 20-jährige Erfahrung zurückblicken. Für die künftige strategische Ausrichtung ist es von zentraler Bedeutung auf diese Erfahrungen zurückzugreifen und erfolgreiche Aspekte zu übernehmen bzw. weiter innovativ voranzutreiben.

Wie in der Vergangenheit bereits getan, sollte die Schweiz ihre Projekte auch weiterhin mit Partnern vor Ort verknüpfen sowie den Kontakt zur kosovarischen Regierung pflegen. Gerade im Hinblick auf die Zielsetzungen der Pariser Deklaration muss die Schweiz darauf bedacht sein, in Zukunft noch verstärkter die lokalen Koordinationsmöglichkeiten zu berücksichtigen sowie ihre Projekte in den grösseren Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie einzuordnen. Das Jahresprogramm der schweizerischen EZA im Kosovo verdeutlicht, dass entsprechende Bestrebungen bestehen und die Schweiz ein vermehrt multilaterales Engagement im Rahmen harmonisierter internationaler Geberaktionen anstrebt (Annual Programme, 2008). Um trotz einer verstärkten Multilateralität eine gewisse Sichtbarkeit zu bewahren, sollte die Schweiz eine aktive Rolle in denjenigen Bereichen übernehmen, wo sie sich durch Kernkompetenzen und spezifisches Know-how auszeichnen kann. Ausserdem sollte sie Möglichkeiten zur Durchführung gut sichtbarer Pilotprojekte in Eigeninitiative und im Einklang mit der Regierung im Kosovo evaluieren.

Die Analyse des von den Kosovaren identifizierten Entwicklungsbedarfs- und Potenzials hat die ausgewählten drei Entwicklungsprioritäten in vielen Punkten bestätigt. Was von den Befragten oft betont wurde, war die Wichtigkeit der Langfristigkeit von Projekten im Kosovo, da viele Kosovo-Albaner aufgrund ihrer Mentalität und der jahrzehntelangen Abwesenheit von Verbindlichkeiten kaum fähig seien, die Projekte kurz- und mittelfristig allein weiterzuführen.

In der Entwicklungsökonomie hat sich der Gedanke etabliert, dass ein Entwicklungsprozess im Agrarsektor beginnen muss. Diesbezüglich stellen Todaro und Smith (2006) in ihrer Studie fest:

„Today, development economists have come to realize that far from playing a passive, supporting role in the process of economic development, the agricultural sector in particular and the rural economy in general must play an indispensable part in any overall strategy of economic progress, especially for the low-income developing countries (S.423).“

Auch wenn bereits einige internationale Geberländer und Organisationen den Landwirtschaftsbereich fördern ist es sinnvoll, wenn sich auch die Schweiz auf den Agrarsektor fokussiert. Die Förderung der Landwirtschaft wurde auch in den Interviews meist an erster Stelle genannt. Durch die Fokussierung auf die Entwicklung des Agrarsektors wird einem Grossteil der ländlichen Bevölkerungszahl – und damit einer Mehrheit der kosovarischen Bevölkerung – eine Perspektive eröffnet. Wenn die Bauern über das Niveau der Selbstversorgung hinaus produzieren und damit ‚investierbare Überschüsse‘ generieren können, bedeutet dies einen ersten Schritt in der ländlichen Armutbekämpfung.

Ähnlich verhält es sich mit dem Bereich der Bildung, welchen die Entwicklungsökonomie als einen weiteren zentralen Schlüssel zum Erfolg sieht:

„education plays a key role in the ability of a developing country to absorb modern technology and to develop the capacity for self-sustaining growth and development (Todaro & Smith, 2006, S.363).“

Das stark unterentwickelte Bildungswesen im Kosovo ist ein entscheidendes Hindernis für eine rasche Entwicklung des Landes. Investitionen in das Bildungswesen und insbesondere in die Berufsausbildung würden der Wirtschaft einen dringend benötigten An Schub in Form qualifizierter Arbeitskräfte geben. Ausserdem würde ein breiteres und besser abgestimmtes Bildungsangebot der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit jugendlicher Kosovaren entgegenwirken.

Ein immens wichtiger Bereich in der Entwicklungsarbeit ist die Handels- und Investitionsförderung. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit muss in einem regionalen Kontext betrachtet werden. Es gilt, die Märkte der Nachbarstaaten und der EU zu berücksichtigen und die Produktion im Kosovo an die Nachfrage der potenziellen Exportmärkte anzupassen. Auch gilt es, die Standortattraktivität Kosovos zu verbessern, um private Investitionen anzulocken. Eine verstärkte Teilhabe des Kosovo an den weltweit steigenden ausländischen Direktinvestitionen [FDI] würde das Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln und das Land unabhängiger von internationalen und privaten Geldgebern machen. Dabei gilt es nicht nur FDI zu fördern, sondern auch den effektiven und effizienten Einsatz von Remittances zu gewährleisten.

Diese drei Teilbereiche im Bereich der Wirtschaftsentwicklung werden in dieser Arbeit als zentral erachtet, um einen substanziellen Beitrag zur Überwindung von Arbeitslosigkeit und Armut im Kosovo zu leisten. Für diese drei Entwicklungsprioritäten werden nun aus der Perspektive der Schweizerischen EZA im Kosovo strategische Handlungsoptionen sowie konkrete Projektvorschläge entwickelt.

## 5.2 Bildungswesen im Kosovo – Schweizerisches Engagement in der Berufsbildung

Dieses Kapitel wird zu Beginn einen Überblick über die allgemeine Bildungssituation im Kosovo geben und Problembereiche aufzeigen, bevor in einem späteren Abschnitt auf die möglichen Unterstützungsmassnahmen durch die schweizerische EZA im Bereich der Berufsbildung eingegangen wird.

Nachdem Anfang der 90er-Jahre den lokalen Behörden im Kosovo die Autonomie über den Bildungssektor entzogen wurde, begannen die Kosovo-Albaner ein paralleles Schulsystem aufzubauen. Dieses umfasste alle Schulstufen von der Grundschule bis zur Universität. Die Ausbildung der kosovo-albanischen Schüler fand gewöhnlich in Privathäusern statt und wurde durch eine informelle Steuer der Kosovo-Albaner sowie durch Remittances finanziert. Die Auswahl der unterrichteten Fächer war jedoch beschränkt und die Qualität dieser Ausbildung äusserst mangelhaft. Dennoch zogen die Kosovo-Albaner diese Art der Ausbildung dem formalen Schulsystem vor, damit die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden konnten. (UNDP, 2006, S.39)

Nach Beendigung des Konflikts wurde das parallele Schulsystem formalisiert und die UNMIK begann mit dem Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Zwischen 1999 und 2001 wurden rund 1'000 Schulgebäude, die im Konflikt beschädigt worden waren, saniert oder gänzlich neu aufgebaut. (UNDP, 2006, S.39) Dies war nur mit Hilfe zahlreicher ausländischer Unterstützungen möglich. Auch die Schweiz hat einen Beitrag dazu geleistet (Ministry of Education, Science and Technology [MEST], 2007, S.28). Seit dem Jahr 2000 wird das Schulsystem im Kosovo schrittweise reformiert. Das traditionelle System wurde durch ein neues ersetzt, welches neun Pflichtschuljahre anstatt deren acht vorsah. Auf fünf Jahre Grundschule folgen sieben bis acht Jahre Sekundarschule, aufgeteilt in vier Jahre Mittelschule und drei bis vier Jahre Oberschule. Die Oberschule wiederum ist aufgeteilt in Gymnasien, die auf die Universität vorbereiten, und berufsbildende Schulen. Drei Jahre Berufsbildung sollen die jungen Menschen direkt auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt vorbereiten. (UNDP, 2006, S.39f.) Im Jahr 2002 wurden die meisten Aufgaben im Bereich der Bildung von der UNMIK an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie [MEST] übergeben. Daraufhin begann wiederum die serbische Gemeinschaft ein paralleles Schulsystem aufzubauen. Ihre Reintegration in das kosovarische Schulsystem stellt bis heute eine grosse Herausforderung dar. (MEST, 2007, S.18)

Des Weiteren ist das staatliche Budget zu knapp bemessen, um der grossen Anzahl an Jugendlichen im Kosovo eine Ausbildung zu ermöglichen und die Auswirkungen des Parallelsystems zu beseitigen (Europäische Kommission, 2007b, S.35). Im Jahr 2006 gab der Kosovo etwa 4.9% seines Bruttoinlandprodukts für Bildung und Wissenschaft aus, was nur wenig niedriger ist als der EU-Durchschnitt von 5.22%. Aufgrund des generell niedrigen Haushaltsbudgets ist diese Summe jedoch nicht ausreichend. (MEST, 2007, S.32) Künftig sollen jedoch die Bildungsausgaben pro Schüler auf das durchschnittliche Ausgabenniveau der EU-Staaten anwachsen. Um dies zu erreichen schlägt das MEST die Einführung spezieller Steuern vor; beispielsweise auf Luxusgüter. (MEST, 2007, S.66) Den Städten und Gemeinden fehlen sowohl die finanziellen Mittel als auch entsprechend qualifiziertes Personal, um das

Bildungswesen auf ihrer Verwaltungsebene adäquat umsetzen zu können. Die Koordination zwischen zentraler, regionaler und lokaler Ebene ist noch immer sehr ineffizient. (Europäische Kommission, 2007b, S.35) Auch die Ausrüstung kosovarischer Schulen ist generell mangelhaft (Europäische Kommission, 2006, S.28).

Zudem sind die Lehrer im Kosovo häufig unzureichend ausgebildet. Je nach Schulstufe schwanken die Zahlen schlecht qualifizierter Lehrkräfte zwischen 15% und 18%. Die bisherigen Fortbildungen für Lehrer waren oft nur oberflächlich und zudem nur von einem geringen Teil der Lehrkräfte besucht. (MEST, 2007, S.27) Ferner sind die Gehälter der Lehrer im Kosovo niedrig, was sich negativ auf die Motivation von qualifizierten Personen auswirkt. Ein Lehrer verdiente im Jahr 2004 monatlich nur 166 Euro, wohingegen der Durchschnitt der Löhne im öffentlichen Dienst 189 Euro pro Monat entsprach. (UNDP, 2006, S.44)

Derzeit ist die Ausbildung in der Vor-, Primar- sowie Sekundarschule auf Albanisch, Serbisch und Türkisch möglich. Das Bildungsministerium im Kosovo bemüht sich, allen Gemeinschaften Albanisch- und Serbischsprachkurse anzubieten, um diese in das kosovarische Schulsystem zu integrieren. An der Entwicklung von Romasprachkursen in den Schulen wird noch gearbeitet (Europäische Kommission, 2006, S.28). Gerade den Minderheiten mangelt es an Lehrern, Büchern sowie anderen Unterrichtsmaterialien in ihrer Muttersprache (Europäische Kommission, 2007b, S.36).

### *Primarschule*

Trotz der mittlerweile erreichten Verbesserungen bleibt die Immatrikulationsquote in der Primarschule tiefer als in den meisten westeuropäischen Staaten. Davon besonders betroffen sind die kleinen Minderheitsgruppen sowie Mädchen. Wie in Abbildung 13 zu sehen ist, liegt die durchschnittliche Immatrikulationsquote aller Kosovaren bei 95.4%. Während die Mehrheitsbevölkerung der Kosovo-Albaner sowie die grösste Minderheit der Kosovo-Serben mit 96.6% bzw. 95.2% in etwa dem Durchschnitt entsprechen, liegen die anderen Minderheiten mit 86.6% deutlich darunter. (UNDP, 2006, S.41) In ihrer aktuellen Strategie zur voruniversitären Bildung hat sich die kosovarische Regierung vorgenommen, Massnahmen zu setzen, um allen Ethnien und Sprachgruppen denselben Zugang zur Schulbildung zu ermöglichen (MEST, 2007, S.54).

Ethnie	Immatrikulationsquote
Kosovo-Albaner	96.6%
Kosovo-Serben	95.2%
Andere	86.6%
Alle	95.4%

**Abb. 13: Immatrikulationsquote in den Primarschulen (2003-04)**

**Quelle: UNDP, 2006, S.41**

Die Erhöhung der Schulbesuchsquote auf Stufe der Primarschule stellt eine zentrale Herausforderung für den kosovarischen Bildungssektor dar, da dies der Schlüssel zur Bekämpfung des Analphabetismus ist. Als Konsequenz der niedrigen Immatrikulationsquote ist die Analphabetenrate mit 5.8% für ein Land im Westbalkan relativ hoch. Gravierend ist diese vor allem bei den kleinen Minderheiten der Sinti und Roma, Ägypter und Ashkali. Hier liegt die Analphabetenrate mit 24.4% bei rund einem Viertel. Neben den kleinen Minderheitsgruppen im Kosovo sind auch die Mädchen stark



betroffen. Die Analphabetenrate wird bei Frauen in ländlichen Gegenden im Alter zwischen 16 und 19 Jahren auf 9.5% geschätzt und jede vierte Frau verfügt nur über sehr geringe Lese- und Schreibfertigkeiten. Es gibt wenig verlässliche Zahlen über die Abbruchquote an den Primarschulen. Man schätzt sie in etwa auf 1.7% aller Primarschüler. Wiederum sind vor allem Kinder in ländlichen Gegenden und Mädchen davon betroffen. Alarmierend ist jedoch die Tatsache, dass viele Schüler trotz fortgesetztem Schulbesuch nur ungenügend lesen und schreiben lernen. (UNDP, 2006, S.41f.)

Ferner ist die Infrastruktur im Primarschulbereich unzureichend. Die Primarschulen im Kosovo sind von akutem Platzmangel gekennzeichnet, Klassenräume sind stark überfüllt. Obwohl das MEST lediglich zwei Schichten erlaubt, wird häufig sogar in drei Schichten unterrichtet. Die Einführung des zusätzlichen Primarschuljahres – bedingt durch die Ausweitung der Schulpflicht auf neun Jahre – verschärft das Platzproblem zusätzlich. Die Schulen sind nicht ausreichend darauf vorbereitet worden. (UNDP, 2006, S.42)

### *Sekundarschule*

Das Ziel der Sekundarschulen ist, das Wissen der Schüler auszubauen sowie diese bei der Entscheidung ihrer künftigen Berufswahl zu unterstützen. Häufig wird das zweite Ziel in Entwicklungsländern übersehen und die Sekundarschule lediglich als Bindeglied zwischen Primarschule und Universität gesehen, was die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt schmälert. Der Kosovo stellt jedoch in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Im Schuljahr 2005-06 waren rund 70'000 Schüler an einer Sekundarschule eingeschrieben; etwa die Hälfte davon absolvierte eine Berufsbildung. Dies könnte einerseits ein Indiz dafür sein, dass das Schulsystem seine Aufgabe wahrnimmt, die Jugend auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Andererseits hingegen könnte dies das Resultat einer schlechten Pflichtschulausbildung sein, die ungenügend auf eine künftige universitäre Ausbildung ausgerichtet ist. (UNDP, 2006, S.43)

Die Immatrikulationsquote ist zwar in den letzten Jahren angestiegen. Während diese im Schuljahr 2000-01 lediglich 59.9% betrug, lag sie im Schuljahr 2003-04 mit 75.2% deutlich

Ethnie	Immatrikulationsquote
Kosovo-Albaner	78.3%
Kosovo-Serben	96.3%
Andere	41.7%
Alle	75.2%

**Abb. 14: Immatrikulationsquote in den Sekundarschulen (2003-04)**

**Quelle: UNDP, 2006, S.44**

höher. Dennoch ist die Ungleichheit auf Sekundarstufe noch grösser als in den Primarschulen. Wie die Abbildung 14 zeigt, ist die Immatrikulationsquote bei den Kosovo-Serben mit etwa 96% mit Abstand am höchsten und jene der übrigen Minderheitsgruppen liegt mit rund 42% klar unter dem Durchschnitt. Der deutliche Unterschied zwischen der serbischen und der albanischen Bevölkerung lässt sich durch

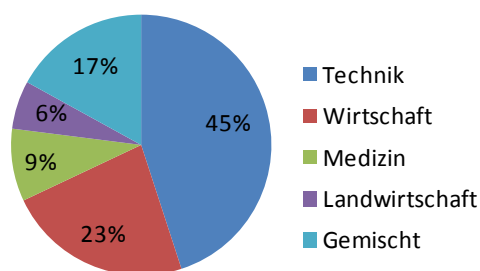
zwei Gründe erklären. Einerseits leben viele Kosovo-Albaner im ländlichen Raum, wo die Immatrikulationsquote generell niedriger ist, und andererseits ist dies die direkte Folge des parallelen Schulsystems der 90er-Jahre. (UNDP, 2006, S.44) Die kosovarische Regierung hat

sich zum Ziel gesetzt bis zum Jahr 2017 die Immatrikulationsquote an den Sekundarschulen auf mindestens 85% zu erhöhen (MEST, 2007, S.53).

Trotz aller Bemühungen gibt es im Kosovo weiterhin zu wenige Plätze in der Sekundarstufe. Ein erheblicher Anteil jener, die eine Berufsbildung absolvieren, tut dies aufgrund fehlender realer Ausbildungschancen an den Gymnasien. Als Folge dessen erhalten jene, die in anderen europäischen Ländern für eine Berufsbildung geeignet wären, gar keine Art von Ausbildung oder Training (European Agency for Reconstruction [EAR], 2006, S.3).

### *Berufsbildung*

Die Berufsbildung in der Sekundarschule dauert für gewöhnlich drei Jahre. Seit dem Schuljahr 2006-07 besteht auch die Möglichkeit einer vierjährigen Berufsbildung. Dies bietet einerseits die Möglichkeit einer vertieften Ausbildung und andererseits schliessen die Schüler nach vier Jahren mit einer Prüfung ab, welche zum Besuch einer Universität berechtigt (UNDP, 2006, S.45). Derzeit existieren rund 50 berufsbildende Schulen im Kosovo, die verschiedene Programme anbieten. Die Berufsbildung auf Sekundarstufe ist für jene Schüler vorgesehen, welche keinen Platz in einem Gymnasium bekommen (Review on Education in Kosovo, S.6). Derzeit absolvieren mit 54.5% etwas mehr als die Hälfte der Schüler an den Sekundarschulen eine Berufsbildung (UNDP, 2006, S.45).



**Abb. 15: Berufsbildung nach Studienrichtung**

**Quelle: SOK, 2006 in UNDP, 2006**

Wie in Abbildung 15 zu sehen ist, entschied sich beinahe jeder zweite Schüler in Berufsausbildung für einen technischen Zweig. Mehr als ein Fünftel aller Schüler absolvierte eine wirtschaftliche Ausbildung. Auffallend ist, dass sich lediglich 6% für eine landwirtschaftliche Ausbildung entschieden, obwohl im ländlichen Raum der Grossteil der Bevölkerung in diesem Sektor tätig ist. Daraus wird ersichtlich, dass sich die Landwirtschaft aus Sicht der Jugend als äusserst unattraktiver Beruf gestaltet. (UNDP, 2006, S.45)

Obwohl bereits Bemühungen im Gange sind, um die Berufsbildung besser an die Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen und verstärkt nach Partnerschaften zwischen den Schulen und Arbeitgebern im privaten wie im öffentlichen Sektor gesucht wird, bestehen weiterhin erhebliche Defizite in diesem Bereich (UNDP, 2006, S.45). Die Ressourcen der berufsbildenden Schulen sind stark beschränkt (Review on Education in Kosovo, S.6). Ausserdem ist das Berufsbildungssystem noch immer nicht auf die Anforderungen der Arbeitgeber ausgerichtet. Die Berufsbildung basiert weiterhin auf dem traditionellen System, welches sich am Input, also am Lehrinhalt, und nicht an den erzielten Resultaten orientiert. Zudem sind die Beziehungen zwischen der Ausbildung und dem Arbeitsmarkt immer noch schwach ausgeprägt und es mangelt an Dialog und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft. Ferner verfügen die Schüler generell über wenig praktische Arbeitserfahrung, da die praktische Ausbildung grossteils in den Klassenzimmern sowie in schulischen Workshops stattfindet. Auch die Finanzierung der Berufsbildung läuft hauptsächlich über das

konsolidierte Budget Kosovos; Unterstützung aus dem privaten Sektor gibt es kaum (UNDP, 2006, S.45). Das Hauptproblem der Berufsbildung im Kosovo ist also, dass sich die Ausbildung nicht effektiv an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert.

### *Berufstraining*

Neben der Berufsbildung an den Sekundarschulen werden auch staatliche Berufstrainings angeboten. Zwischen beiden Programmen besteht jedoch keinerlei Zusammenhang. Derzeit sind im Kosovo acht Berufstrainingszentren vorhanden, in denen im Jahr 2005 knapp 4'000 Personen unterrichtet wurden. Wie aus Abbildung 16 ersichtlich waren 2005 beinahe 60% der Auszubildenden junge Menschen; die meisten hatten gerade erst die Unterstufe der Sekundarschule abgeschlossen. Der Bedarf an solchen Trainings übersteigt jedoch das Angebot bei weitem. Lediglich 1.23% aller Arbeitslosen konnten im Jahr 2005 ein Training in einem dieser Zentren besuchen. Daher sollten künftig die Kapazitäten dieser Trainingszentren ausgebaut sowie ihre geographische Verteilung ausgeweitet werden. (UNDP, 2006, S.67f.)

Altersgruppe	Anzahl	Anteil
15-24	2'321	59.3%
25-39	1'306	33.4%
40-54	278	7.2%
55-64	23	0.1%
Gesamt	3'928	100%

**Abb. 16: Auszubildende in den Trainingszentren 2005**

**Quelle: UNDP, 2006, S.67**

Diese staatlichen Trainingszentren werden vom konsolidierten Budget Kosovos finanziert. Im Gegensatz zu vielen OECD-Staaten, in denen der Privatsektor einen erheblichen Beitrag zu Berufstrainings leistet, erachtet die Privatwirtschaft im Kosovo Ausgaben für die berufliche Bildung eher als zusätzliche Kosten anstatt als sinnvolle Investition in die Zukunft. Daher gibt es im Kosovo wenig direkte Unterstützung aus der Privatwirtschaft. (UNDP, 2006, S.67) Zudem sind

viele Betriebe im Kosovo sehr klein und haben daher nur beschränkte Kapazitäten für berufliche Ausbildung. Ein wesentlicher Nachteil dieser Trainingszentren ist, dass sie ebenfalls nicht nachfrageorientiert ausgerichtet sind. Leider gibt es in jenen Bereichen, in denen ein staatliches Berufstraining angeboten wird, nur wenige Jobmöglichkeiten. Daher fallen etwa die Hälfte der Jugendlichen, welche ein solches Training abgeschlossen haben, erneut in die Arbeitslosigkeit zurück (EAR, 2006, S.3f.). Zudem existiert im Kosovo keine statistische Datenerhebung, wie viele Absolventen solcher Trainingszentren später tatsächlich eine Arbeitsstelle finden. Da die Behörden sich nur mit dem Input, also dem Lehrangebot, auseinandersetzen, wird der Sinn hinter solchen Messungen nicht verstanden. Dabei wären diese essentiell für die Evaluation der Trainingsangebote. (UNDP, 2006, S.68)

Durch die zweigleisige Berufsausbildung, einerseits in der Sekundarschule und andererseits in den acht Trainingszentren, können diverse Synergien nicht ausgenutzt werden, wodurch unnötige Kosten für das kosovarische Budget entstehen. Für beide Bereiche müssen Infrastrukturen bereitgestellt, Lehrer ausgebildet und Lehrpläne zusammengestellt werden. Für das kleine Land Kosovo bedeutet dies ein erheblicher Kostenaufwand. Zudem sollten beide Systeme aufgrund ihrer ähnlichen Ziele komplementär aufgebaut sein um sich gegenseitig zu ergänzen. Bisher gibt es jedoch keinerlei Zusammenarbeit zwischen den

beiden Bereichen. (UNDP, 2006, S.68) Bis zum Jahr 2017 hat sich die kosovarische Regierung jedoch das ehrgeizige Ziel gesteckt, ein duales System für Berufsbildung zu entwickeln (MEST, 2007, S.55).

#### *Mangel an statistischen Daten*

Im Kosovo mangelt es an verlässlichen Informationen über die Situation am Arbeitsmarkt. Obwohl bereits einfache Systeme zum Sammeln und Analysieren von Arbeitsmarktinformationen eingeführt wurden, fehlt es weiterhin an detaillierten Informationen über die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern einerseits sowie öffentlichen und privaten Anbietern andererseits müssen künftig gestärkt werden. Unter den gegebenen Umständen können sich die privaten Unternehmen nicht auf das System der Berufsbildung verlassen, um ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken. Daher müssen diese Firmen bisher häufig eigene Trainingsprogramme entwickeln. Dies ist nicht nur zeit- und kostenintensiv, sondern übersteigt vielfach die Kompetenzen vieler KMU. Die Folgen sind Hemmungen der Produktivität, der Investitionen sowie des Jobwachstums. Das Fehlen eines umfassenden Programms zur Entwicklung beruflicher Fertigkeiten führt daher zu einem komparativen Nachteil für den Kosovo gegenüber seinen Nachbarn und bedroht die Entwicklung des Privatsektors sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze. (EAR, 2006, S.4)

#### *Der Prozess von Kopenhagen*

„Der Kopenhagen-Prozess für verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung wurde als europaweite Strategie ins Leben gerufen, um die Leistung, Qualität und Attraktivität der Berufsbildung in Europa generell zu verbessern.“ (Kommuniqué von Helsinki, 2006, S.4) Das Ziel ist die Förderung eines europäischen Raumes der Berufsbildung, in dem die in einem Land erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse europaweit anerkannt werden (Kommuniqué von Helsinki, 2006, S.4). Aufbauend auf den Vorarbeiten der Erklärung von Bologna aus dem Jahr 1999, der Strategie von Lissabon im Jahr 2000 und der Resolution des Europäischen Rates im Jahr 2002 wurde im November 2002 von den europäischen Bildungsministern und der EU-Kommission die Erklärung von Kopenhagen über verstärkte europäische Kooperation im Bereich der Berufsbildung erarbeitet. Darin werden verschiedene Prinzipien entwickelt, um die Kooperation in der Berufsbildung zwischen den europäischen Staaten auf freiwilliger Basis zu fördern. Partnerschaften, transnationale Initiativen und die Mobilität zwischen den europäischen Staaten sollen erhöht werden. Ferner sollen die Transparenz untereinander gestärkt und einheitliche Standards zur Zertifizierung sowie Anerkennung von Qualifikationen erarbeitet werden. Des Weiteren sollen gemeinsame Qualitätskriterien für die Berufsbildung entwickelt werden. Diese gemeinsamen Ziele sind freiwilliger Natur und sollen nach dem bottom-up Prinzip von allen Mitgliedstaaten, der Kommission, den Kandidatenländern sowie den EFTA-Staaten umgesetzt werden (The Copenhagen Declaration, 2002).

Nachdem in der Kopenhagener Erklärung 2002 die Prioritäten der europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung festgelegt worden sind, wurden diese im Kommuniqué

von Maastricht im Dezember 2004 weiter ausgebaut und präzisiert. Erstmals wurden in diesem Kommuniqué nationale Prioritäten vereinbart. Im Dezember 2006 fand in Helsinki eine Bewertung dieses Prozesses statt. Seit dem Jahr 2002 hat der Kopenhagener-Prozess erheblich dazu beigetragen, den Stellenwert der Berufsbildung in Europa auf verschiedene Weise zu verstärken. Erstens hat er die Bedeutung der Berufsbildung stärker ins Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger gerückt. Zweitens wurden gemeinsame europäische Rahmenbedingungen und Instrumente entwickelt, um Transparenz und Qualität der Qualifikationen zu verbessern und die Mobilität der Lernenden und Arbeitnehmer zu erleichtern. Ergänzend zum europäischen Raum der Hochschulbildung wird dadurch der Weg für einen europäischen Berufsbildungsraum geebnet. Drittens offeriert dieser Prozess einen Rahmen für die Zusammenarbeit, gegenseitiges Lernen sowie den Austausch von Ideen und Erfahrungen. (Kommuniqué von Helsinki, 2006, S.4f.)

Obwohl der Kosovo nicht zur EU zählt und an den EU-internen Treffen nicht teilnimmt, ist der Kopenhagener Prozess dennoch interessant für diesen jungen Staat. Die Kandidatenstaaten werden in der Kopenhagener Erklärung auch zum Adressatenkreis gezählt, wodurch dieser Prozess künftig auch für den Kosovo relevant sein wird. Dem MEST zufolge hat der Kosovo bereits einen konkreten Aktionsplan zur Umsetzung der Kopenhagener Erklärung entwickelt (MEST, 2007, S.64). Ebenso beteiligt sich die Schweiz als EFTA-Mitglied an dieser Zusammenarbeit. Im Kommuniqué von Helsinki werden zwei Punkte betont, die für den Kosovo relevant sind. Einerseits wird von der Notwendigkeit einer stärkeren Orientierung der Ausbildung an der Nachfrage sowie der Verbesserung privater Investition in die berufliche Bildung gesprochen. Künftig sollen in der EU freiwillige Massnahmen ergriffen werden, um das Ausbildungswesen stärker an der Nachfrage zu orientieren und den gemeinsamen Finanzierungsmechanismus zwischen den öffentlichen und privaten Investitionen in die berufliche Bildung zu verbessern (Kommuniqué von Helsinki, 2006, S.3). Alle Vorschläge in dieser Richtung sollten vom Kosovo für die künftige Entwicklung der Berufsbildung in Betracht gezogen werden, weil der Kosovo in beiden Bereichen grossen Aufholbedarf aufweist.

#### *Potenzial und Vorschläge für die schweizerische EZA*

Aus den vorhergehenden Kapiteln wird ersichtlich, dass der Kosovo über erhebliche Defizite in allen Bereichen der Ausbildung verfügt. Der Kosovo steht insofern vor einer doppelten Herausforderung, da sich rund ein Drittel der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter befindet. Dies verdeutlicht die Relevanz einer Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten im Kosovo. Zudem haben Messungen der Weltbank ergeben, dass das Bildungssystem einen erheblichen Einfluss auf die Qualität des Humankapitals eines Landes hat, was wiederum einen direkten Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum ausübt. Wie empirisch nachgewiesen wurde, erhöht jedes zusätzliche Schuljahr das BIP kurzfristig um durchschnittlich 5% und langfristig um etwa 2.5%. Dieses Wachstum wird auf eine höhere Produktivität der Arbeitskräfte zurückgeführt, welche qualifizierter sind und fortgeschrittenere Technologien anwenden können. (UNDP, 2006, S.39) Dementsprechend erachtet das MEST Bildung als einen

integralen Bestandteil der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (MEST, 2004, S.9).

Im Folgenden werden einige Vorschläge gemacht, wie die Schweiz im Bereich der Bildung den Kosovo unterstützen könnte. Hier soll nochmals daran erinnert werden, dass die Kooperation mit anderen Geberländern wichtig sein wird, beispielsweise mit der Förderung der EU-Mitgliedstaaten durch Tempus IV Projekte und mit der GTZ, mit der die Schweiz bereits zusammenarbeitet.

Im Bereich der Berufsbildung ist die Stärkung der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine zentrale Herausforderung. Wie bereits angedeutet wurde, gestaltet sich dies im Kosovo als besonders schwierig, weil es kaum Industrie und KMU vor Ort gibt bzw. diese nur über geringe Kapazitäten für Berufsbildung verfügen. Eine Möglichkeit, die praktische Ausbildung in den Berufsschulen zu verbessern, wäre die Förderung von Ausbildungsbetrieben<sup>18</sup>. Offensichtlich sind die wenigen Kleinbetriebe vor Ort mit der Berufsausbildung aufgrund ihrer beschränkten Ressourcen überfordert. Die Schweiz könnte einzelnen Firmen mit technischer Unterstützung bei der Ausbildung zur Hand gehen und ihre Erfahrungen mit dem dualen Ausbildungssystem, welches im Kosovo bzw. in Serbien nicht existiert hat, einfließen lassen. Allerdings funktioniert dieser Wissenstransfer nur dann, wenn die KMU im Kosovo daran interessiert sind, einen Beitrag an der Ausbildung ihres Personals zu leisten.

Eine andere Möglichkeit wäre die gemeinsame Finanzierung von Trainingsprogrammen durch mehrere Unternehmen. Wenn mehrere Firmen kleine Beiträge in einen Topf einzahlen, könnte mit der Gesamtsumme ein grösseres Projekt finanziert werden. Dadurch könnten die Firmen später Vorteile durch besser qualifiziertes Personal erzielen. Die Kosten wären jedoch geringer als durch alleinige Finanzierung einer einzigen Firma. Ein derartiges Projekt könnte von Seiten Kosovos einerseits durch finanzielle Zuschüsse zu den Projekten oder andererseits durch finanzielle Begünstigungen für die beteiligten Firmen unterstützt werden. Durch gemeinsame Projekte soll den Firmen verdeutlicht werden, dass Ausbildung nicht nur zusätzliche Kosten verursacht, sondern auch eine sinnvolle Investition in die Zukunft bedeutet. Die Schweiz könnte ein solches Projekt administrativ und finanziell unterstützen.

Ferner könnte die Schweiz einen wichtigen Beitrag im Bereich der Lehrplanentwicklung bzw. des Lehrangebots leisten. Wie bereits erwähnt wurden in den vergangenen Jahren die Lehrpläne Schritt für Schritt reformiert; dennoch weisen die neuen Lehrpläne gewisse Schwächen auf. Oft sind diese überfüllt oder gehen an der Nachfrage des Arbeitsmarktes vorbei. Hier könnte die Schweiz das MEST auf allen Schulstufen unterstützen. Zudem hat die Schweiz Erfahrung im Umgang mit Mehrsprachigkeit im eigenen Land, was ein weiterer Vorteil ist. Der Kosovo braucht zudem Unterstützung, um seine Berufsbildung an der Nachfrage des Arbeitsmarktes zu orientieren. Im Bereich der Verwaltung sollte eine regelmässige statistische Datenerhebung eingeführt werden, um zu erfassen, wie viele

---

<sup>18</sup> vgl. auch die Vorschläge im Bereich der Förderung des Landwirtschaftssektors (Kapitel 5.3)

Absolventen der einzelnen Lehrgänge später eine Anstellung finden. Bisher fehlt eine derartige Datenauswertung, sie wäre jedoch eine Voraussetzung für die Evaluation des Lehrangebots. Berufsbildung ist nur dann sinnvoll, wenn die Absolventen durch bessere Qualifikation ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz erhöhen. Die beschränkten Ressourcen des Kosovo sollten daher an Erfolg versprechenden Berufen orientiert werden, denn Fortbildungen ohne Perspektive sind wenig sinnvoll. Hier sollte im Bereich der Verwaltung angesetzt werden, weil dort ein Umdenken stattfinden muss – weg von inputorientiertem und hin zu resultatorientiertem Denken.

Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Kapazitäten auf allen Schulstufen notwendig. Derzeit bestehen von der Primarschule bis zur Universität auf allen Ebenen zu wenige Plätze für die grosse Anzahl junger Menschen. Dass in den letzten Jahren die Unterrichtsschichten von drei auf zwei reduziert wurden, ist bereits ein grosser Fortschritt. Dennoch verhindert das System zweier Schichten die Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems (Europäische Kommission, 2007b, S.35). Die Einstellung dieses ‘Schichtbetriebs‘ kann jedoch nur durch mehr Klassenräume sowie mehr Lehrer erreicht werden. Es besteht ein wichtiger Aufholbedarf im Kosovo, um die Analphabetenrate zu reduzieren sowie das allgemeine Lehrniveau zu erhöhen. Im Bereich der beruflichen Ausbildungszentren, von denen es bisher nur deren acht im ganzen Land gibt, wäre zudem eine stärkere geographische Ausbreitung wünschenswert, um auch Personen im ländlichen Raum Zugang zu dieser Ausbildung zu gewähren<sup>19</sup>.

---

<sup>19</sup> vgl. auch den Vorschlag der Einrichtung von Modellbetrieben unter Kapitel 5.3

### 5.3 Agrarsektorentwicklung

Wie vorangehend herausgearbeitet, wurde die Agrarwirtschaft als besonders förderungswürdiger Sektor mit Wachstumspotenzial identifiziert. Übergeordnetes Ziel eines dortigen Engagements sollte sein, Wettbewerbs- und Effizienzsteigerungen zu erreichen, um langfristig die Importabhängigkeit von Agrargütern zu reduzieren, d.h. die Produktionskapazitäten so weit auszubauen, dass der lokale Bedarf an in der Region kultivierbaren Produkten gedeckt werden kann und zusätzlich Exportkapazitäten geschaffen werden.

#### Offizielle Regierungsstrategie

Die Regierung des Kosovo hat die Bedeutung des Landwirtschaftssektors ebenfalls erkannt, orientiert sich an der ‚Rural Development Strategy for 2007-13‘ der EU und hat eine eigene nationale Entwicklungsstrategie (Agriculture and Rural Development Plan 2007-2013) entwickelt (vgl. Abbildung 17). Das Regierungsbudget ist jedoch nur beschränkt dazu in der Lage, direkte Unterstützungsmassnahmen in einer Grössenordnung zu ergreifen, um zu substantiellen Verbesserungen im Sektor beizutragen. Die kosovarische Regierung kann vor allem über Handelserleichterungen und Erleichterungen im Steuersystem (insbesondere bei der Mehrwertsteuer) zu einer Verbesserung der Bedingungen beitragen. Die kosovarische Regierung denkt zudem über protektionistische Massnahmen im legalen Rahmen der WTO-Bestimmungen zur Unterstützung der heimischen Gemüseproduktion nach. Doch die limitierten finanziellen Ressourcen des Kosovo werden auch mittelfristig die Abhängigkeit von der internationalen Gebergemeinschaft besonders im Landwirtschaftssektor nicht verringern können.

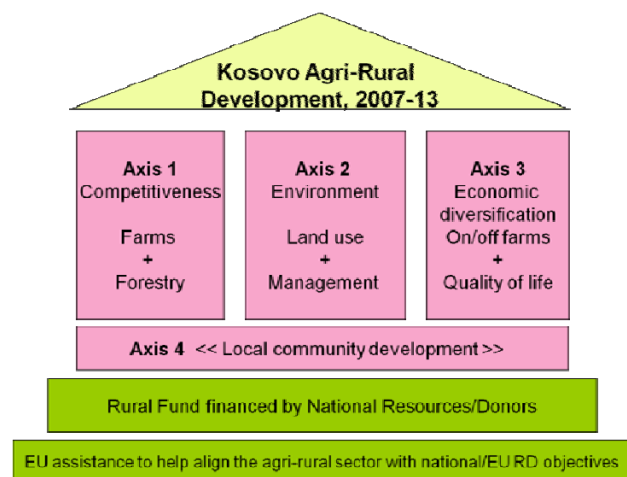


Abb. 17: Kosovo Agri-Rural Development Plan

Quelle: MAFRD, 2006b

Das MAFRD hat in seiner Entwicklungsstrategie folgende Prioritäten festgelegt:

- „Sufficient and quality food production for all people, as well as the provision of primary production for the processing industry with lowest prices, are key objectives for present and future generations” (MAFRD, 2006b).
- “Increase in average land area per farmer, and a reduction in the percentage of the population involved in agriculture” (MAFRD, 2006b).

#### Problemidentifikation

Eine Expertengruppe des Ministeriums hat folgende Faktoren als Entwicklungshindernisse des Sektors identifiziert: Wie auch in den anderen Sektoren der kosovarischen Wirtschaft sind im Landwirtschaftssektor dringend Massnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur



notwendig. Die Mängelliste führt von schlechten Verkehrswegen, Stromknappheit, über mangelnde Telekommunikationskanäle bis hin zu unzureichender Wasserversorgung. Die dürftige Infrastruktur ist zudem ein Faktor, der den Zufluss von Investitionen in den Sektor hemmt, welche jedoch dringend benötigt würden, um den Kapitalstock von Betrieben zu modernisieren und auszubauen<sup>20</sup>. Gleichzeitig fehlt es an Know-how und Technologie: Anbaumethoden und Flächenbewirtschaftung entsprechen nicht den aktuellen Standards, Bodenanalysen werden selten angewendet. Kompetente und professionelle Beratung wird ebenfalls kaum angeboten. Fehlende Finanzmittel sowie mangelnde Wasserwirtschaft verhindern effektive Bewässerungsanlagen. Finanzkapital ist zudem nur schwer zu beschaffen. Die wenigsten Betriebe haben die nötigen Einkünfte, um die resultierenden Zinsverpflichtungen zu bedienen. Zudem ist die Kurzfristigkeit von Krediten häufig ein Problem. Die bereits aufgezeigte Fragmentierung des Landwirtschaftssektors und die geringen Betriebsgrößen verhindern ebenfalls eine effiziente Bewirtschaftung der Flächen. Die Zahlen am Beispiel der Weizenproduktion sind eindrucksvoll: Im Kosovo existieren ca. 70'000 Betriebe, von denen die grosse Mehrzahl Subsistenzhöfe sind, welche nicht mehr als 1.5ha bewirtschaften. Sie steuern jedoch gut 55% der nationalen Weizenproduktion bei. Betriebe aus der Kategorie "semicommercial farms" produzieren ca. 29% des Getreides, „commercial farms“ steuern 16% bei. Eine Ausweitung der „commercial farms“ ist wünschenswert, da diese wesentlich effizienter wirtschaften. Die Privatisierung von staatlichen Landwirtschaftsbetrieben könnte hier als Motor wirken. Leider geht diese bisher nur schleppend voran. (MAFRD, 2006b)

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Vermarktung der Produkte. Es bestehen kaum etablierte Distributionskanäle, zudem fehlt eine flächendeckende Kontrolle von Lebensmittelqualitätsstandards. Die Organisation von Landwirtschaftsverbänden ist mangelhaft, es fehlt an Koordination. Diese Ausführungen zeigen deutlich, in wie vielen Bereichen Hilfestellungen notwendig sind. (MAFRD, 2006b)

### *Beitrag der Schweiz*

Theoretisch könnte die Schweiz in so gut wie allen angesprochenen Bereichen Unterstützung leisten, was jedoch die finanziellen Ressourcen der schweizerischen EZA überfordern würde. Die schweizerische EZA im Kosovo hat sich im Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung im Landwirtschaftssektor bisher vor allem auf die Modernisierung im Gemüse- und Fruchtebausektor, sowie praxisnahe Berufsbildung, Qualitätsstandard-Beratung, und Kredite für kleine und mittlere Unternehmen konzentriert. Dieser Fokus sollte für die Landwirtschaft beibehalten bzw. ausgebaut werden, immer orientiert an den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen sowie der Nachhaltigkeit.

---

<sup>20</sup> vgl. Kaptiel 5.4

### *Fokus Qualitätssicherung und Beratung*

Besondere Chancen für die schweizerische EZA wurden im Bereich Qualitätssicherung und Beratung identifiziert. Wie von den Experten hervorgehoben, mangelt es an einer systematischen Qualitätssicherung ebenso wie an flächendeckenden Beratungsangeboten. In Kooperation mit den kosovarischen Behörden könnte sich die Schweiz bei der Entwicklung eines solchen Systems einbringen. Ein sinnvoller Ansatz wäre die Schaffung von regionalen Kompetenzzentren in lokaler Trägerschaft. Diese könnten neben professionellem Beratungsangebot in Bezug auf Anbautechniken, Bewässerungsmethoden, Bodenanalyse, Nachhaltigkeit und Qualitätsstandards auch eine Weiterbildungsfunktion übernehmen. Ein Portfolio an Workshops – orientiert an den konkreten lokalen Bedürfnissen und Know-how-Lücken – könnte ausgearbeitet werden, welches anschliessend satellitenartig in den verschiedenen Regionen durchgeführt wird.

Gleichzeitig könnten diese regionalen Kompetenzzentren um eine Koordinationsfunktion ergänzt werden. Bedingt durch die Fragmentierung des Sektors sind die Produzenten bisher nur unzureichend organisiert. Vermehrte Koordination könnte für bessere Kommunikation unter den Produzenten sorgen und eine Plattform für mögliche Kooperationsprojekte der lokalen Landwirte bilden. Gleichzeitig liesse sich auf diese Weise eine Interessensbündelung erreichen, welche langfristig positive Impulse für den Sektor geben und in organisierten Landwirtschaftsverbänden münden könnte. Die Zentren können zudem eine Verbindungsfunktion bilden, um den Austausch zwischen Produzenten und weiteren Anspruchsgruppen zu fördern; insbesondere im Hinblick auf Nichtregierungsorganisationen.

### *Absatzförderung und Vertrieb*

Die Absatz- und Distributionskanäle zum Vertrieb landwirtschaftlicher Güter sind nicht ausgereift. Der Aufbau wird dadurch behindert, dass die verschiedenen Betriebe kaum mit Installationen zur Lagerung ihrer Erzeugnisse ausgestattet sind. Die saisonale Abhängigkeit des Vertriebs ist entsprechend gross. Die Unterstützung des Baus von grösseren lokalen Lagerstätten, in welchen die Kleinbauern ihre Produkte einlagern können, wäre ein sinnvolles Projekt, da es zu mehr Flexibilität, Stabilität und besseren Preisen führen kann. Diese regionalen Lagerstätten könnten langfristig auch zu Warenumschatzplätzen gewandelt werden, um somit als Sammelstelle zu fungieren, was den nationalen Vertrieb erheblich erleichtern würde. Die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen, spezialisiert auf Verpackung und Verlängerung der Haltbarkeit der Produkte, wäre ebenfalls eine Massnahme, welche den Vertrieb optimieren würde. Kooperationsmöglichkeiten mit den Kompetenzzentren sollten je nach Machbarkeit in Betracht gezogen werden.

### *Erschliessung neuer Märkte*

Soll der Landwirtschaftssektor langfristig wachsen, so ist eine Erschliessung neuer Märkte im Ausland unumgänglich. Besonderes Potenzial könnte die Bio-Nische in der EU bieten. Allerdings müssten dafür nicht nur die entsprechenden Qualitätsstandards erreicht, sondern zusätzlich alle Zertifizierungskriterien erfüllt werden, was sich für einen kosovarischen Landwirt als sehr kostspieliges Unterfangen darstellt. Es liessen sich Subventionsprogramme überlegen, welche zur Exportförderung beitragen sollen. Eine Untersuchung der Importstruktur von landwirtschaftlichen Produkten der wichtigsten Handelspartner des Kosovo – die CEFTA und die EU - gibt Aufschluss darüber, welche im Kosovo anbaufähigen Produkte in den Zielmärkten die grössten Absatzchancen haben. Weizen, Milch- und Käseprodukte sowie Wein fallen darunter (FAO, 2008). Auch die von der OECD-FAO (2008) vorhergesagten Preisentwicklungen (vgl. u.a. Abbildung 18) würden den Weizen und Käseexport favorisieren.



**Abb. 18: FAO Preisprojektionen für Weizen & Käse**

**Quelle: OECD - FAO, 2008**

### *Zugang zu vergünstigten Krediten*

Wie weiter oben schon ausgeführt, gestaltet sich der Zugang zu finanziellen Ressourcen für die kosovarischen Landwirte als schwierig. Hohe Zinsbelastungen und die Kurzfristigkeit vieler Kredite stellen für viele Betriebe unüberwindbare Hürden dar, verlangsamen den dringend notwendigen Prozess der Kapitalstockerneuerung, verhindern Innovationen und Effizienzgewinne. Die Errichtung eines Landwirtschaftsfonds zur Unterstützung der Landwirte wäre eine mögliche Strategie, um diese Hindernisse abzubauen. Der European Partnership Action Plan hatte die Einrichtung eines solchen Fonds schon für 2007 vorgeschlagen. Das Public Investment Programme 2007-2009 des Landwirtschaftsministeriums misst einem solchen Fond ebenfalls hohe Priorität bei. Wenn der Fond, anstatt selbst grosse Kredite zu vergeben, sich auf die Unterstützung bei der Bedienung entsprechender Zinsleistungen spezialisiert, würden die jeweilig gesprochenen Summen geringer ausfallen und entsprechend mehr Landwirte erreicht werden. Es liesse sich auch über finanzielle Hilfen zur Erntevorfinanzierung, d.h. der Finanzierung von Saatgut, nachdenken.

### *Konsolidierung des Landwirtschaftssektors*

Im Kontext des übergeordneten Ziels einer Konsolidierung des Sektors wären Projekte und Massnahmen zur Förderung von Betriebszusammenlegungen ebenfalls wünschenswert, allerdings müssten diese mit Auffangprogrammen flankiert werden, welche die Menschen, die ihre landwirtschaftliche Tätigkeit aufgeben, auf eine neue Arbeit ausserhalb des Sektors vorbereiten. Denn wenn die einzige Alternative zur Subsistenzwirtschaft Arbeitslosigkeit heisst, ist eine Konsolidierung der Betriebsgrösse kaum durchführbar. Die schweizerische

EZA kann hier höchstens ergänzende Hilfestellungen leisten, wie beispielsweise durch ihr Engagement im berufsbildenden Sektor (vgl. auch Kapitel 5.2).

#### *Unterstützung und Förderung von Modellbetrieben*

Eine weitere Möglichkeit wäre es unterdessen, Ausbildungs- und Modellbetriebe zu fördern, welche die jeweiligen Vorteile eines modernen Kapitalstocks und grössere Bewirtschaftungsflächen auch für die Kleinbauern direkt erfahrbar und lernbar werden lassen. Diese Modellbetriebe sind ideal dafür geeignet eine Weiterbildungsfunktion zu übernehmen, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit den regionalen Kompetenzzentren. Durch Anschauungsunterricht liessen sich somit auf praktische Art und Weise der Umgang mit neuesten Techniken und Maschinen erlernen, die Vorteile von Bewässerungsanlagen eindrücklich demonstrieren und Motivation bei den Landwirten geschaffen werden, selbst einen Teil dieser Erfahrungen für sich selbst nutzbar zu machen. Sei es durch die Anwendung neuererlernten Wissens, oder sogar in der Bestärkung, selbst den Schritt hin zu Investitionen und der Expansion zu gehen. Ein Zwischenschritt könnte auch die Unterstützung des Aufbaus von Maschinenringen und Lohnunternehmen sein, welche ihre Dienste in subventionierter Form den lokalen Landwirten anbieten.

#### *Unterstützung des Gemüseanbaus*

Das Landwirtschaftsministerium hat sich in ihrer medium-term Strategie bis 2013 vorgenommen, nicht nur die offenen Anbauflächen für den Gemüseanbau auszuweiten, auch die Gewächshaus-Anbauflächen für Gemüse sollen von 150ha auf 400ha erhöht werden. Es wird auf eine Produktivitätssteigerung von 100% gezielt, langfristig soll auch der Anbau neuer Gemüsearten gefördert werden. Bisher belief sich die Gesamtproduktion an Gemüse auf ca. 221'850 Tonnen (t), von denen 202'500t von offenen Anbauflächen stammen und 19'350t aus Gewächshäusern. Die Gewächshausproduktion entspricht damit nur 8.5% der Gesamtproduktion und weniger als 3% der Fläche. Die Produktivität von Gewächshäusern ist jedoch fast vier Mal so hoch wie die des Anbaus auf freiem Feld. Der Durchschnittsertrag pro Hektar beträgt 55t, verglichen mit 14t auf offenem Feld. Die schweizerische EZA unterstützt verschiedene Projekte in diesem Bereich seit 2001 ziemlich erfolgreich. Nicht nur wurden Effizienzgewinne verzeichnet, auch konnten Schlüsselwissen und -fähigkeiten an die beteiligten Partner weitergegeben werden. Eine Fortsetzung dieses Engagements wäre wünschenswert.

#### *Viehwirtschaft*

Die Viehwirtschaft ist einer der Subsektoren, welcher bisher gut funktioniert und entsprechendes Wachstumspotenzial bietet. Während der Viehbestand durch den Krieg um knapp 50% dezimiert wurde, konnte in den letzten Jahren auch besonders dank internationaler Unterstützung der Bestand weiter ausgebaut werden (siehe Abbildung 19). Bisher müssen noch immer grosse Mengen an Tierprodukten und Vieh importiert werden. Die nationale Produktion deckt den

	Anzahl (in1000)
Rinder	238.9
Schafe	93.3
Ziegen	13.4
Pferde	12.2
Schweine	53.2
Geflügel	1'193

Abb. 19: Viehbestand 2004

heimischen Bedarf nicht ab.

Die Importe im Jahresdurchschnitt sind der Abbildung 20 entnehmbar. Es wird deutlich, dass besonders beim Rindfleisch die Angebotslücke heimischer Produzenten enorm ist. Das kosovarische Landwirtschaftsministerium hat das Ziel der Verdoppelung der Rindfleischproduktion bis 2013 angepeilt. Als Massnahmen werden konkret die Verringerung der Subsistenzbetriebe von 53% auf 19% genannt sowie Effizienzgewinne durch Verbesserungen in Zuchtmethoden und Futtermitteln. Die durchschnittliche Herdengrösse soll von vorher sechs auf 24 Tiere gehievt werden. Ähnliche Ziele sind auch für die Schaf- und Hühnerzucht ausgegeben. (MAFRD, 2006b)

Ein möglicher Beitrag der schweizerischen EZA könnte neben Vermittlung von best-practices in der Viehzucht auch die Entsendung von qualitativ hochwertigen schweizerischen Zuchtbulln sein.

	Anzahl (in 1000t)
frisches Rindfleisch	369
gefrorenes Rindfleisch	200
Schlachtvieh	182.5
Milch	19.9
verarbeitetes Fleisch	16.5
Milchprodukte	12.8
gefrorenes Poulet	10
Eier (in Millionen)	8.8
frisches Poulet	4.8
Tierfutter	2
frischer Fisch	0.3
Eier zur Brüte (in Mio.)	0.18
gefrorener Fisch	0.1
Konservenfisch	0.1
Honig	0.02
frisches Schweinefleisch	0.008

Abb. 20: Importe tierischer Erzeugnisse

### Milchwirtschaft

Die nationale Produktion des Kosovo deckt nicht zu 100% den heimischen Bedarf. 24% des Gesamtkonsums von Milchprodukten müssen importiert werden. Der Eigenkonsum ist mit ca. 46% der Produktion hoch, nur 13% der einheimischen Milch wird industriell weiterverarbeitet und lediglich 44% der Produkte erreichen die lokalen Märkte (MAFRD, 2006b). Ein Problem der kosovarischen Milchproduktion stellen ihre hohen Entstehungskosten dar. Allein das Futter verursacht ca. 70-80% der Produktionskosten. Fehlendes Weideland sowie die damit entstehende Abhängigkeit vom Futtermittelerwerb ist besonders für Kleinbetriebe ein Problem. Grössere Betriebe können aufgrund von Skalenerträgen die Durchschnittskosten senken. Mögliche Ansatzpunkte wären beispielsweise Gemeinschaftsstallungen, um Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen zu erreichen. Es liesse sich auch über Kooperationsmöglichkeiten mit dem Kosovo Cluster Business Support für die Verbesserung des Farmmanagements und die Steigerung der Milchqualität nachdenken.

## 5.4 Handels- und Investitionsförderung

Die dritte Schwerpunktsebene der schweizerischen EZA im Kosovo bildet die Handels- und Investitionsförderung. Dies ist ein Bereich, der von internationalen Organisationen und Geberländern nicht immer explizit erwähnt wird, da sich die Entwicklungszusammenarbeit zumeist auf die Situation im Inland konzentriert und der internationale Kontext zum Teil vernachlässigt wird.

In der heutigen Intensität der Globalisierung wird jedoch das Niveau von Handel und Investitionen immer entscheidender für die Entwicklung eines Landes. Nur wer die Märkte öffnet, spezifische Güter für Erfolg versprechende Absatzmärkte produziert, die Standortattraktivität fördert und den Einsatz von Investitionen optimiert, kann im internationalen Wettbewerb bestehen und ein gewisses Wohlfahrtsniveau erreichen. Dies hat sich insbesondere für kleinere Länder mit einem relativ geringen binnenwirtschaftlichen Potenzial wie dem Kosovo mehrheitlich bewährt. In diesem Abschnitt werden die Bereiche Handel und Investitionen separat behandelt.

### *Investitionsförderung*

Der World Investment Report der United Nations Conference on Trade and Development [UNCTAD] (2001) zeigt, dass im Zeitraum zwischen 1986 und 2000 beinahe 100 Staaten im Durchschnitt einen jährlichen Zuwachs an ausländischen Direktinvestitionen von 20% und mehr aufweisen konnten. Speziell für den Kosovo gilt es die Tendenz zu beachten, dass immer mehr FDI von privaten Unternehmen im Dienstleistungssektor getätigt werden; bereits im Jahr 2002 flossen in diesen Sektor 68% der weltweiten FDI, während der verarbeitende Sektor noch 29% der FDI anzog (Gast, 2007, S.17ff.). Weltweit betrug das FDI-Gesamtvolumen im Jahr 2004 eine Höhe von 1.3 Billionen US-Dollar und der Kosovo muss um ein möglichst grosses Stück von diesem Kuchen kämpfen (Schreyer, 2006, S.1ff.). Aufgrund der hohen grenzüberschreitenden Kapitalflüsse durch multinationale Unternehmen werden häufig traditionelle Handelsunternehmen aus dem Markt gedrängt. Dadurch ergibt sich die Gefahr, dass diese Unternehmen in einem Land nicht immer mit offenen Armen empfangen werden (Gast, 2007, S.25). Der Grund für die Anstrengungen eines Staates, FDI zu generieren, liegt in den breit gefächerten, direkt damit verbundenen Vorteilen. Man verspricht sich neben der Bereitstellung von Kapital auch Spillover-Effekte wie Technologietransfer, neue Marketingkanäle, besseres Management, Qualifizierung von Arbeitskräften, zusätzliche Nachfrage nach Vorprodukten und neuen Produktangeboten, was positive Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft hat (Tholen, 2006, S.31). Die kosovarische Regierung selbst hat die Förderung von FDI als Schwerpunkt in ihrer Strategie zur nachhaltigen Entwicklung des Landes erklärt (Kosovo Government Program 04-08). Die Regelung der Statusfrage anfangs 2008 ist sicherlich ein Faktor, das diesem Vorhaben förderlich ist.

### *Faktoren zur Generierung von ausländischen Direktinvestitionen*

Der Kosovo muss die Chance seiner Voraussetzungen nutzen, um die Generierung von FDI voranzutreiben und im internationalen Standortwettbewerb zu bestehen. Als Niedriglohnland, dank des hohen Potenzials an Arbeitskräften und der Nähe zum EU-Markt verfügt der Kosovo von den Grundvoraussetzungen her über einen attraktiven Arbeitsmarkt. Es gilt nun aber in den nächsten Jahren, diese Rahmenbedingungen entsprechend weiterzuentwickeln und zu optimieren. Mit gezielten Massnahmen kann die kosovarische Regierung das Entscheidungsverhalten von Investoren beeinflussen. Die Schweiz als attraktives Land für FDI kann der kosovarischen Regierung gezielt Unterstützung leisten, was im folgenden Abschnitt erläutert wird. Nach Gutowski (2003) können die Determinanten zur Generierung von FDI in fünf Kategorien unterteilt werden: Innenpolitische und administrative Rahmenbedingungen (politische Stabilität, Rechtssicherheit, staatliche Auflagen für die Gründung eines Betriebs); wirtschafts- und arbeitspolitische Rahmenbedingungen (arbeitsrechtliche Auflagen, Gewerkschaften, Erschwernisse im Handel); betriebliche und unternehmerische Rahmenbedingungen (Kooperationspartner, Zuverlässigkeit der Partner, Höhe der Produktionskosten, Arbeitsproduktivität, Höhe der Löhne und Lohnnebenkosten, Versorgung mit Energie und Wasser, Infrastruktur, Distributions- und Absatzlage); Auflagen bezüglich Kapitalmehrheiten, Finanzierung, Steuerpolitik und Gewinne; kulturelle Einflüsse und Mentalität (S.24ff). Die bereits unter Abschnitt 5.2 abgehandelte schweizerische Förderung der Berufsbildung ist ein Faktor, der bereits die Anziehungskraft für FDI markant verbessern kann, da multinationale Unternehmen vermehrt Ausschau nach hoch qualifizierten Fachkräften halten.

### *Unterstützung zur Generierung ausländischer Direktinvestitionen durch die Schweiz*

Durch ihre Projekte im Bereich der Bildung und Landwirtschaft steuert die Schweiz bereits einen Beitrag zur Verbesserung der Faktoren zur FDI-Generierung bei. Spezifisch in diesem Bereich kann die Schweiz das Ausschöpfen des Potenzials weiterer Determinanten in intensiver Zusammenarbeit mit der Regierung Kosovos vorantreiben: Die Schweiz kann unter anderem in Rechtsfragen Hilfe bieten, wenn es darum geht, staatliche Auflagen für die Gründung eines Betriebs, arbeitsrechtliche Auflagen, Handelsbestimmungen sowie die Regelungen von Kapitalmehrheiten und Steuern möglichst attraktiv für multinationale Unternehmen und somit ausländische Direktinvestitionen zu gestalten. In diesem Bereich weist die Schweiz bereits in anderen Entwicklungsländern Erfahrung auf und es ist ratsam, dass die betreffenden Verantwortlichen der schweizerischen EZA sowie der kosovarischen Regierung den Kontakt mit erfahrenen Personen des EDA suchen, um über Schwierigkeiten und Erfolge zu diskutieren. So hatte beispielsweise die schweizerische Botschaft in Bangkok in den vergangenen Monaten regen Kontakt mit den Regierungen in Laos und Kambodscha und organisierte ein Wirtschaftsforum, bei dem unter anderem über Handels- und Investitionsförderung diskutiert wurde.

Des Weiteren kann die Schweiz im Kosovo Funktionen übernehmen, die in anderen Regionen der Welt vom Swiss Business Hub, der schweizerischen Zentrale für Handelsförderung

OSEC, unternommen werden. Hier geht es darum, den schweizerischen Unternehmen standardisierte Informationen und Beratung zu bieten und Kontakte zu vermitteln, um diese für eine Investition im Kosovo zu ermutigen. Generell sollten sich die Projekte in diesem Bereich an der neuen Strategie des GoK orientieren. Ein wichtiger Partner seitens der Regierung ist die Investment Promotion Agency of Kosovo [IPAK], eine Institution im Ministry of Trade and Industry. Hierzu bildet des Weiteren die Economic Initiative of Kosovo [ECIKS] eine gute Plattform für den Beginn einer Zusammenarbeit. Diese international gesponserte Einrichtung wurde eigens zur Anwerbung von FDI gegründet<sup>21</sup>. Die ECIKS versucht unter anderem, die Attraktivität des Kosovo für Investitionen professionell zu vermarkten.

#### *Der Einsatz von Remittances im Kosovo*

Die Konzentration von FDI auf den Industrie- und Dienstleistungssektor zeigt deutlich den Aufholbedarf, was die Attraktivität des Agrarsektors betrifft. Hier empfiehlt es sich mittelfristig, Investitionen über Remittances anzustreben, auch wenn diese Beträge in anderen Bereichen ebenfalls wertvolle Hilfe zur Durchführung von Projekten leisten könnten. Wie bereits in der Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ersichtlich wurde, geht die Weltbank davon aus, dass das Niveau der Remittances in naher Zukunft bei relativ konstanten 14% des BIP verharren wird. Andere Meinungen gehen von einem Rückgang der Remittances aus, da sich die zweiten und dritten Generationen der Diaspora immer stärker von ihrer ehemaligen Heimat distanzieren und sich der Kontakt zu Familienangehörigen im Kosovo abschwächt.

Viel Kapital wurde während den Kriegsjahren und wird auch heute noch in Form von Remittances von Exil-Kosovaren ihren Familien im Kosovo zur Verfügung gestellt. Wie bereits angedeutet haben die Familienstruktur und der Familienzusammenhalt einen hohen Stellenwert im Staat des Amselfeldes und Exil-Kosovaren fühlen sich verpflichtet, ihre meist in Armut lebenden Familien mit Geldern zu unterstützen. Die Rücküberweisungen wurden von den Personen im Kosovo zur Deckung von Grundbedürfnissen verwendet und dienten zur Verbesserung der kurzfristigen Lebensqualität. Der grösste Teil der Rücküberweisungen von der Schweiz in den Kosovo wird auf informellem Weg überwiesen, da die Transferkosten hoch sind und wenig Vertrauen in die Banken besteht.

Erstaunlicherweise scheint sich diese Entwicklung zu ändern. Viele Exil-Kosovaren sehen heute ein, dass die Millionen von Franken an Remittances zu keiner nachhaltigen Verbesserung geführt haben, sondern lediglich für eine kurzfristige Verbesserung der Lebensbedingungen sorgten, bis die nächste Ration der Remittances eintraf. Aus diesem Grund - dies hat sich unter anderem aus den Interviews ergeben – zeigen sich viele Exil-Kosovaren nicht mehr bereit, ihren Familien im Kosovo Remittances zu schicken. Sie äussern sich aufgrund der „schwierigen“ Mentalität im Kosovo pessimistisch über die Fähigkeit ihrer

---

<sup>21</sup> Die Webseite des ECIKS [www.eciks.org/english/invest.php](http://www.eciks.org/english/invest.php) verfügt über eine nützliche Datenbank relevanter Informationen für potenzielle Investoren.



Verwandten in der Heimat aktiv mit den Remittances eine nachhaltige Entwicklung zu generieren. „Mein Bruder ist Bauer im Kosovo. Er hat noch nie in seinem Leben einen richtigen Bauern gesehen und wüsste mit einer Maschine, ohne, dass die Strukturen geändert und die Angelegenheit in ein grösseres Projekt eingebunden ist, nicht viel mehr anzufangen als zuvor mit Esel und Karren“, meinte sinngemäss eine interviewte Person (vgl. Anhang A2). Selbstverständlich können die Aussagen aufgrund der geringen Anzahl an Interviews nicht generalisiert werden; es bestehen auch Meinungen, dass Kosovo-Albaner grundsätzlich sehr strebsam sind. Dennoch wurde der Punkt aufgeführt, da er einen Rückgang von Remittances mit verursacht. Die Interviewten gaben an, dass die Thematik der Rücküberweisung in Kosovo-Clubs in der Schweiz zurzeit rege diskutiert und eine Lösung für den gezielten und nutzbaren Einsatz der Rücküberweisungen gesucht wird. Die hiesigen Kosovaren bevorzugen nun, die Gelder ausschliesslich in Form von Krediten für konkrete Projekte im Kosovo einzusetzen. Da viele der Verwandten auf dem Land wohnhaft sind und einer bäuerlichen Tätigkeit nachgehen, dachten dabei die meisten Exil-Kosovaren an Projekte im Landwirtschaftssektor.

Dieser Trend zur Loslösung der Remittances von Familienstrukturen sollte unbedingt in der Ausrichtung der schweizerischen EZA berücksichtigt werden: Viele Exil-Kosovaren denken mittlerweile nicht (mehr) nur an ihre Verwandten, sondern sorgen sich um die Entwicklung ihrer Herkunftsregionen. Das Grössenverhältnis solcher Regionen beschränkt sich meist auf die Anzahl von drei bis sechs Dörfern. Die Kredite der Diaspora für Entwicklungsprojekte sollen demzufolge in Projekte investiert werden, welche solche Regionen fördern (z.B. durch landwirtschaftliche Projekte oder durch den Aufbau eines Unternehmens, das Arbeitsplätze für die entsprechende Region generiert).

#### *Beitrag der Schweiz zum effektiveren Einsatz der Remittances*

Aufgrund der Bereitschaft der Exil-Kosovaren, die Remittances für spezifische Projekte zu investieren, ergibt sich für die Schweiz das Potenzial, die Remittances mit Projekten der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zu koppeln. Dies wird durch die Tatsache unterstützt, dass die Diaspora sehr erfreut über das Engagement im Kosovo ist und Bereitschaft zeigt, Projekte der Schweiz zu unterstützen. Kann eine Bündelung von Remittances auf spezifische Dorf- und regionale Entwicklungsprojekte stattfinden, wird eine grössere Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes durch die Finanzierung viel versprechender Projekte erreicht, einhergehend mit verminderten Transaktionskosten und einer nachhaltigen Entwicklung der entsprechenden Regionen. Doch wie kann die schweizerische EZA dieses anspruchsvolle Ziel erreichen?

Die schweizerische EZA sollte beachten, dass ein direkter Kontakt politisch problematisch sein kann und das Thema von starker politischer Sensibilität begleitet ist. Dennoch ist es ein Versuch wert, den Kontakt zu kosovarischen Gemeinschaften und Clubs in der Schweiz zu intensivieren. Bereits in den Interviews zeigten die Kosovo-Albaner ein reges Interesse an den Aktivitäten der Schweiz, womit das Grundgerüst für einen konstruktiven Dialog gelegt wäre. Ein interessantes Projekt könnte die Einrichtung eines Diaspora-Entwicklungsfonds

darstellen. Als Grundvoraussetzung wäre jedoch nicht nur ein starkes Bewusstsein für, sondern auch ein tiefes Vertrauen in die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit im Kosovo notwendig. Die Verwaltungskompetenz könnte zwischen Schweizern und Kosovo-Albanern aufgeteilt werden und das Kapital würde in erster Linie in Projekte der Schweiz investiert. Der Fond müsste absolute Transparenz gewährleisten, so dass jedem Kosovar die Nachverfolgung seines Mitteleinsatzes möglich ist. Demzufolge bedarf es einer Bündelung der Gelder nach Regionen und der Fond muss in Subkategorien eingeteilt werden. So entsteht ein Austausch zwischen der Diaspora und den Empfängergemeinden und letztere gehen die Verpflichtung ein, die Projekte mit allen Mitteln zu unterstützen. Diese mit der Diaspora verknüpften Projekte bieten einen Ansatz dar, langfristig die Rolle der Subsistenzwirtschaft zu verringern. Es liessen sich Spezialisierungen im Agrarsektor sowie der Aufbau von grösseren Betrieben andenken, um das Produktionsniveau zu erhöhen sowie den inländischen ebenso wie den ausländischen Handel zu stimulieren. Projektvorschläge sind im Abschnitt 5.3 aufgeführt.

Es ist jedoch fraglich und kritisch zu reflektieren, ob die Diaspora DEZA-Projekte direkt schweizerische Entwicklungsprojekte mitfinanzieren sollte. Gelängen jedoch solche Pilotprojekte, könnte dies einen zusätzlichen Anstoss für die Generierung von FDI bedeuten unter der Voraussetzung, dass die durch die Projekte generierten Produkte sich in Qualität und Quantität für Handelsgewinne und Prosperität eignen. Hiermit gelangen wir zum zweiten Bereich dieses Abschnitts, nämlich der Handelsförderung.

### *Handelsförderung*

Wie bereits im Abschnitt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ersichtlich wurde, leidet der Kosovo unter einem grossen Handelsbilanzdefizit (vgl. Kapitel 3.3). Insbesondere nach der Klärung der Statusfrage muss das GoK gezielte Massnahmen einleiten, um das Exportvolumen zu steigern. Dabei geht es nicht nur um die Produktion von geeigneten Gütern, die Unterzeichnung von Freihandelsabkommen oder die Bestimmung von internationalen Standards. Die Projekte in der Privatsektorentwicklung dürfen sich nicht nur auf Produkte, sondern müssen sich um den gesamten Vertrieb kümmern. Hierbei muss die Infrastruktur der entsprechenden Gebiete einem absatzfreundlichen Klima angepasst werden. Zusätzlich fehlt die Organisation von Intermediären und Transportunternehmen zur Regelung des Absatzproblems.

Im Bereich der Handelsförderung sollte für die schweizerische EZA die Identifikation und Entwicklung exportfähiger Produkte sowie die Reduktion von Handelshemmnissen respektive die rechtliche Ausgestaltung attraktiver Handelsbedingungen im Vordergrund stehen. Um das Handelsbilanzdefizit ausgeglichen gestalten zu können, bedarf es einer stärkeren Ausnutzung der vorhandenen Exportpotenziale sowie der Erschliessung neuer Märkte. Es bietet sich an, die Exportförderung in erster Linie auf den Wirtschaftsraum der EU und den geografischen Umfang des CEFTA Freihandelsabkommen zu konzentrieren. Denn wie unter Kapitel 3.3 erwähnt, profitiert der Kosovo von einem Präferenzabkommen mit der EU (Weltbank, 2004). Es gilt also, die Nachfrage in den potenziellen Absatzmärkten detailliert zu analysieren und

Abkommen zur Handelsförderung weiter voranzutreiben. Ein wichtiges geplantes Projekt von der schweizerischen EZA in dieser Hinsicht ist die Anpassung des Qualitätsmanagements und der Lebensmittel-Sicherheitsstandards an die EU. Somit könnte eine Vertrauensbasis zwischen den Exportmärkten und den Gütern aus dem Kosovo aufgebaut werden, was dem Exportvolumen nur förderlich sein kann. Vor allem können die Produkte aus dem Kosovo so den hohen Zulassungsanforderungen des europäischen Marktes genügen.

Es sind leider kaum aktuelle Daten zum Handel im Kosovo vorhanden. Der Kosovo exportierte 2004 noch eine geringe Anzahl von Gütern in den Bereichen Landwirtschaft, Textilien, Elektrizität und Metall (Weltbank, 2004, S.22ff.). Dank des hohen Grades an Braunkohlevorkommen könnte sich der Kosovo zu einem regionalen Energie-Exporteur entwickeln, falls die Amerikaner die hohen Anschubinvestitionen übernehmen werden. Wie schon unter Kapitel 5.3 ausgearbeitet, bietet vor allem der Landwirtschaftssektor Produkte mit Exportpotenzial, beispielsweise Weizen, Milchprodukte und Gemüse. Die Schweiz könnte Initiativen ergreifen, um den bilateralen Handel der Schweiz mit kosovarischen Bio-Gemüse zu fördern, deren Nachfragen in den Nachbarstaaten und auch in der EU stets anwachsen.

Die Schweiz kann Exportförderung betreiben, indem sie Absatzprogramme für Agrargüter in den Westbalkan, in die EU und wie gesagt in die Schweiz entwickelt, umsetzt und langfristig betreut. Durch bilaterale Abkommen kann spezifisch der Handel mit der Schweiz intensiviert und Investitionskapital generiert werden. In diesen Bereichen ist es von grosser Wichtigkeit, mit der kosovarischen Regierung zusammen zu arbeiten, speziell mit dem Handels- und Industrieministerium des Kosovo.

Nebst dem Gemüse besteht ein weiteres Absatzpotenzial für den Kosovo. Werden die Importe der Nachbarstaaten analysiert, rangieren Tabakerzeugnisse an vorderer Stelle. Darin ergibt sich für den Kosovo eine weitere Exportmöglichkeit, nämlich in der Ausschöpfung des Potenzials für Qualitätsprodukte und Produktinnovation à la „Kosovo Cigars“. Dabei muss man sich aber bewusst sein, dass solche Produkte in einem gewissen Spannungsfeld zu anderen Zielen der EZA wie beispielsweise „Gesundheitsförderung“ stehen könnten.

Eine eindeutige Identifikation potenzieller Absatzgüter neben den bereits erwähnten würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Tendenziell sollte bei der Ausarbeitung von lokalen Projekten im Kosovo auch immer der überregionale Kontext berücksichtigt werden. Die Vorhaben im Bereich der Investitions- und Handelsförderung können nicht unabhängig von den weiteren Projekten der schweizerischen EZA durchgeführt werden. Viel eher ist der die Handels- und Investitionsförderung als Begleitmassnahme für die Projekte aus den Bereichen Berufsbildung und Agrarsektorentwicklung zu interpretieren. Findet im Agrarsektor eine regionale Konzentration auf ein bestimmtes Agrarprodukt statt oder wird der Aufbau von KMU vorangetrieben, gilt es wie bereits angedeutet die Absatzmöglichkeiten zu untersuchen und im Anschluss das Absatzprogramm intensiv zu betreuen. Dies verdeutlicht die starke Überschneidung der beiden Bereiche.

## 6 Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Aufgabe dieser Arbeit war es aufzuzeigen, welchen Beitrag die Schweiz in Zukunft leisten kann, um Armut und Arbeitslosigkeit im Kosovo zu reduzieren. Die Analyse des Entwicklungskontexts ergab zahlreiche Problemfelder und es wurde eine Fokussierung auf einzelne Bereiche vorgenommen. Im Zuge dieser Arbeit wurden die drei Entwicklungsprioritäten Agrarsektorentwicklung, Berufsbildung sowie Handels- und Investitionsförderung identifiziert, detailliert analysiert, Defizite aufgezeigt sowie konkrete Massnahmen und Projekte vorgeschlagen. Zusätzlich wurden nach Möglichkeit auch die Querschnittsthemen Minderheitenrechte, Gender, Jugend sowie der Einbezug der Diaspora berücksichtigt.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung und Beschäftigung im Agrarsektor wurde, orientiert an den vom kosovarischen Landwirtschaftsministerium vorgegebenen Leitzielen, der Fokus auf Massnahmen zur Wettbewerbs- und Effizienzsteigerungen gelegt. Langfristig sollte die Importabhängigkeit von Agrargütern reduziert werden, was mit einer Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazitäten einhergeht. Ziel ist es, mittelfristig den lokalen Bedarf an in der Region kultivierbaren Produkten zu decken und langfristig zusätzliche Exportkapazitäten zu schaffen. Die schweizerische EZA kann in verschiedenen Bereichen substantielle Hilfestellungen leisten. Konkret werden ein Fokus auf Qualitätssicherung und Beratung vorgeschlagen sowie verschiedene Projekte im Rahmen von Absatzförderung und Vertrieb angeregt. Im Kontext der Finanzierung von Krediten für landwirtschaftliche Betriebe ergeben sich weitere potenzielle Projekte. Während die Möglichkeiten eines Beitrags der Schweiz zur Konsolidierung des Landwirtschaftssektors eher begrenzt ausfallen, bietet die Förderung von landwirtschaftlichen Modellbetrieben auch im Kontext eines Fokus auf berufsbildende Massnahmen grosses Potenzial. Zudem werden der Gemüseanbau sowie die Vieh- und Milchwirtschaft als besonders förderungswürdige Sektoren identifiziert.

Im Bildungswesen wurde ersichtlich, dass die kosovarische Regierung und das MEST in den vergangenen Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen haben, um das vorhandene Parallelsystem und dessen Auswirkungen zu beheben. Trotz mehrerer Reformen sind die Schulen und Universitäten noch immer unzureichend ausgerüstet, viele Lehrer ungenügend qualifiziert sowie Infrastruktur und Schulmaterialien mangelhaft. Im kosovarischen Schulsystem werden nach wie vor Minderheiten, Mädchen und Kinder aus dem ländlichen Raum besonders benachteiligt. Daher wurden in dieser Arbeit verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Schweiz das kosovarische Schulwesen, vor allem im Bereich der Berufsbildung, unterstützen kann. Aufgrund der langjährigen Erfahrung mit einem dualen Bildungssystem, welches die kosovarische Regierung längerfristig aufbauen möchte, kann die Schweiz einen wichtigen Beitrag leisten, um die Ausbildung junger Menschen zu unterstützen. Des Weiteren könnte die Schweiz bei der Entwicklung der Lehrpläne sowie des Lehrangebots mithelfen, um das Angebot an Berufsbildung stärker an der Nachfrage der Privatwirtschaft zu orientieren. Hier wäre in erster Linie auf der Verwaltungsebene anzusetzen. Ferner leidet das Schulwesen im Kosovo unter zu knappen Kapazitäten und der

bisher praktizierte Unterricht in Schichten drückt das Ausbildungsniveau erheblich. Obwohl die Bildungsausgaben im Kosovo im vergangenen Jahr nur knapp unter dem EU-Durchschnitt lagen, genügen diese finanziellen Mittel nicht, um die Altlasten zu beheben und die grosse Zahl an jungen Menschen mit ausreichendem Ausbildungsangebot zu versorgen. Daher ist das kosovarische Bildungswesen auch künftig auf ausländische Geber wie die Schweiz angewiesen.

Die dritte Entwicklungspriorität der Handels- und Investitionsförderung dient als Begleitmassnahme für die Projekte in den Bereichen Berufsbildung und Agrarsektorentwicklung. Hierbei soll sich die schweizerische EZA bemühen, die lancierten Projekte in einen überregionalen Kontext zu stellen. Um das Handelsbilanzdefizit zu verringern, soll die Schweiz Freihandelsabkommen, internationale Standards, Absatzprogramme und vor allem exportfähige Produktionsgüter fördern. Diese Massnahmen stehen in enger Verknüpfung mit den Projekten in der Privatwirtschaftsentwicklung. Im Bereich der Investitionen kann die Schweiz den Kosovo bei der Verbesserung von Faktoren unterstützen, welche für die Anziehung der FDI entscheidend sind, so zum Beispiel bei Handelsbestimmungen und bei der Qualifikation von Arbeitskräften durch Berufsbildung. Des Weiteren kann die Schweiz einen Beitrag zum effektiven Einsatz der Remittances leisten, die vermehrt in Form von Krediten für spezifische Projekte vergeben werden. Es ergäbe sich eventuell die Möglichkeit zur Einrichtung eines Diaspora-Entwicklungsfonds, was politisch gesehen jedoch ein heikles Vorhaben ist.

Durch die in dieser Arbeit identifizierten Schwerpunkte ergibt sich für die Schweiz die Chance, effektiv zu einem erfolgreichen Entwicklungsprozess des Kosovo beizutragen. Die Schweiz ist durch ihr Know-how und ihre Kompetenzen in diesen Bereichen prädestiniert, eine aktive Rolle einzunehmen und kann so trotz beschränkter finanzieller Ressourcen den Prozess hin zu einer raschen Verbesserung der Lebensbedingungen beschleunigen. Der Kosovo steht trotz aller Entwicklungshilfe weiterhin vor enormen Herausforderungen. Der Aufbau eines stabilen politischen Systems sowie von Rahmenbedingungen für eine funktionierende Wirtschaft wird noch viele Jahre benötigen. Die regionalpolitischen Unsicherheiten und Spannungen in der Region können den Entwicklungsprozess des Kosovo negativ beeinflussen. Damit der Kosovo in eine klare Zukunft schreiten kann, ist eine entschiedene wirtschaftliche und politische Unterstützung anerkennender Staaten notwendig. Die Schweiz hat diesbezüglich mit anderen Staaten zusammen ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Region als Ganzes darf dabei nicht aus den Augen verloren werden und die Länder des Westbalkans müssen, soweit sie dies zulassen, in ihren ganz spezifischen Bedürfnissen und Transitionsprozessen unterstützt werden. Die Schweiz ist ein Akteur unter vielen, doch kann und soll sie in ihren Kompetenzbereichen den Wandel zu einem stabilen und prosperierenden Kosovo aktiv mitgestalten und Einfluss auf die entwicklungspolitischen Entscheide in der Region nehmen. Aus Gründen der „Aid Effectiveness“ ist es entscheidend, dass die Regierung als zentraler Ansprechpartner und Koordinator einbezogen wird. Auf diese Weise kann die Schweiz ihren Beitrag leisten, den Kosovo in eine von Frieden, Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand geprägte Zukunft zu begleiten.

## A1 Literaturverzeichnis

- Ahtisaari, M. (2007). *Comprehensive proposal for the Kosovo Status Settlement*. Gefunden am 8. Mai 2008 unter <http://www.unosek.org/unosek/en/statusproposal.html>
- Center for Security Studies [CSS]. (2008). *Kosovos umstrittene Unabhängigkeit. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*. Gefunden am 28. März 2008 unter [http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css\\_analysen/details.cfm?lng=de&id=47959](http://www.ssn.ethz.ch/forschung/css_analysen/details.cfm?lng=de&id=47959)
- CIA. (2008). *The World Factbook 2008 – Kosovo*. Gefunden am 1. Mai 2008 unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/kv.html>
- Debraj, R. (1998). *Development Economics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- DEZA. (2003). *Fact Sheet Kosovo*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.deza.admin.ch/ressources/resource\\_de\\_23667.pdf](http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_23667.pdf)
- DEZA. (2005). *Paris Declaration on Aid Effectiveness*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.deza.admin.ch/de/Home/Aktuell/News/News\\_Detailansicht?itemID=20787](http://www.deza.admin.ch/de/Home/Aktuell/News/News_Detailansicht?itemID=20787)
- DEZA. (2007). *DEZA Jugend-Politik*. Gefunden am 15. März 2008 [http://www.sdc.admin.ch/de/Home/Themen/Weitere\\_Taetigkeitsfelder/Jugend](http://www.sdc.admin.ch/de/Home/Themen/Weitere_Taetigkeitsfelder/Jugend)
- DEZA. (2008). *Das Engagement des Bundes*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.deza.ch/de/Home/Laender/Suedost\\_Osteuropa/Kosovo](http://www.deza.ch/de/Home/Laender/Suedost_Osteuropa/Kosovo)
- Europäische Kommission [EC]. (2006). *Commission staff working document. Kosovo (under UNSCR 1244) 2006 Progress Report. COM (2006) 649 final*. Gefunden unter [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2006/Nov/ks\\_sec\\_1386\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/Nov/ks_sec_1386_en.pdf).
- Europäische Kommission [EC]. (2007a). *Kosovo under UNSCR 1244 - 2007 Progress Report*. Gefunden am 13. März 2008 unter [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2007/nov/kosovo\\_progress\\_reports\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/kosovo_progress_reports_en.pdf)
- Europäische Kommission [EC]. (2007b). *Commission staff working document. Kosovo under UNSCR 1244 - 2007 Progress Report. COM (2007) 663 final*. Gefunden am 13. März 2008 unter [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2007/nov/kosovo\\_progress\\_reports\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/kosovo_progress_reports_en.pdf).
- European Agency for Reconstruction [EAR]. (2006). *Kosovo Annual Action Programme 2006 – Vocational education and training*. Gefunden am 4. Mai 2008 unter <http://www.ear.eu.int/kosovo/main/documents/2006VET.pdf>
- FAO. (2008). *Key Statistics of Food and Agriculture External Trade 2004*. Gefunden am 27. März 2008 unter <http://www.fao.org/es/ess/toptrade/trade.asp?>

- Forum Ost-West. (2008). *Kosovo nach der Unabhängigkeit. Auswirkungen auf den Westbalkan*. Seminar vom 17. März 2008 in Bern.
- Gast, M. (2007). Determinanten ausländischer Direktinvestitionen. In *Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung* (Hrsg.), *Schriften zur Internationalen Entwicklungs- und Umweltforschung* (Bd. 19). Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Gutowski, A. (2003). *Standortqualitäten und ausländische Direktinvestitionen – Ein Vergleich zwischen der VR China und Indien*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.
- IMF. (2006). *Serbia and Montenegro: Poverty Reduction Strategy Paper – Progress Reports*. Gefunden am 5. Mai 2008 unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2006/cr06141.pdf>
- International Crisis Group [ICG]. (2008a). *Kosovo's Independence*. Gefunden am 23. März 2008 unter <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3225&l=1>
- International Crisis Group [ICG]. (2008b). *Kosovo's First Month*. Gefunden am 23. März 2008 unter <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5335&l=1>
- Jovanovic, I. (2008). *Serbia: Kosovo or EU*. ISN Security Watch. Gefunden am 11. März 2008 unter <http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?ID=18737>
- Europäische Union. (2006). *Kommuniqué von Helsinki über die verstärkte europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung*. Gefunden am 8. März 2008 unter: [http://www.minedu.fi/export/sites/default/vet2006/pdf/Helsinki\\_Communique\\_de.pdf](http://www.minedu.fi/export/sites/default/vet2006/pdf/Helsinki_Communique_de.pdf)
- Kosovarisches Landwirtschaftsministerium [MAFRD]. (2006a). *MAFRD/EC Seminar held on 28 June 2006*. Gefunden am 28. April 2008 unter <http://www.ampkosovo.com/EC%20Workshop%2028%20June%2027%20June.pps>
- Kosovarisches Landwirtschaftsministerium [MAFRD]. (2006b). *Agriculture and Rural Development Plan 2007-13 - Third Draft*. Gefunden am 28. April 2008 unter <http://www.ampkosovo.com/ardp.html>
- Kosovarisches Ministerium für Handel und Industrie. (2006). *Annual Foreign Trade Report 2006*. Gefunden am 8. März 2008 unter <http://www.mti-ks.org/>
- Kosovothanksyou.com (2008). *Who Recognized Kosova as an Independent State? The Kosovar People Thank You*. Gefunden am 7. Mai 2008 unter <http://www.kosovothanksyou.com>
- Mayring, P. (2002). *Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zu qualitativem Denken* (5., überarb. Aufl.). Weinheim: Beltz.

Ministry of Education, Science and Technology [MEST]. (2004). *Strategy for development of higher education in Kosova (2005-2015)*. Gefunden am 1. Mai 2008 unter <http://www.ks-gov.net/masht/TempFiles/MASHTT-StratAL-%20ang%20-%20format.pdf>

Ministry of Education, Science and Technology [MEST]. (2007). *Strategy for development of pre-university education in Kosovo 2007-2017*. Gefunden am 1. Mai 2008 unter <http://www.ks-gov.net/masht/TempFiles/Strategy%20for%20Development%20of%20pre-university%20education%20in%20Kosovo.pdf>.

Munzinger Online. (2006). *Kosovo Profil - Sektorielle Eigenschaften*. Gefunden am 3. März 2008 unter <http://www.munzinger.de/search/hitdocument?&qid=query-simple&qnr=1&hitdoc=14&type=text/html&template=/templates/publikationen/document.jsp>

NZZ. (2008, 29. Februar). Serbien will Den Haag anrufen. Staaten sollen Kosovo-Anerkennung aufschieben. *Neue Zürcher Zeitung*, S.5.

NZZ. (2008, 26. März). Serbische Abwehrstrategie. Neue Kosovo-Verhandlungen gefordert. *Neue Zürcher Zeitung*.

NZZ. (2008, 27. März). Der Kosovo-Streit lähmt Serbiens Wirtschaft. Abschreckende Wirkung für potenzielle Investoren aus dem Ausland. *Neue Zürcher Zeitung*.

NZZ. (2008, 9. April). Kosovos Verfassung vom Parlament verabschiedet. *Neue Zürcher Zeitung*, S.5.

NZZ. (2008, 26./27. April) Serbien im geistigen Reduit. Erfolgreiche nationalistische Mobilmachung im Zeichen Kosovos. *Neue Zürcher Zeitung*, S.7.

NZZ. (2008, 30. April). Symbol-Geste der EU gegenüber Serbien. Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. *Neue Zürcher Zeitung*, S.1.

NZZ. (2008, 3./4. Mai). Kosovo auf der Suche nach Investoren. Der Rückzug der Uno-Verwalter eröffnet neue Möglichkeiten. *Neue Zürcher Zeitung*, S.29.

NZZ. (2008, 7. Mai). Noch ein Zuckerbrot der EU für die serbischen Wähler. 17 Staaten vergeben gratis Visa. *Neue Zürcher Zeitung*, S.2.

OECD - FAO. (2008). *Agricultural Outlook 2007-2016*. Gefunden am 13. März 2008 unter [http://www.agri-outlook.org/document/12/0,2340,en\\_36774715\\_36775671\\_37040780\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.agri-outlook.org/document/12/0,2340,en_36774715_36775671_37040780_1_1_1_1,00.html)

Parlament der Republik Kosovo (2008). *Prime Minister's Speech on Independence Day*. Gefunden am 7. Mai 2008 unter <http://www.assembly-kosova.org/?krye=news&lang=en&newsid=1639>



- Schreyer, T. (2006). *Ausländische Direktinvestitionen als Indikator für Standortattraktivität – Eine Analyse an den Finanzplätzen Frankfurt und London*. Dissertation, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Schweizerische Eidgenossenschaft. (2008a). *Erklärung von Bundespräsident Pascal Couchepin - Anerkennung von Kosovo und Aufnahme von diplomatischen Beziehungen*. Gefunden am 7. Mai 2008 unter <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=17497>
- Schweizerische Eidgenossenschaft. (2008b). *Erste Tagung des Gemischten Wirtschaftsausschusses Schweiz-Serbien am 18. März 2008 in Bern*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter <http://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=17880>
- SECO. (2007). *Swiss economic development cooperation with Serbia (including Kosovo)*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.deza.ch/de/Home/Laender/Suedost\\_Osteuropa/Kosovo?view=extended](http://www.deza.ch/de/Home/Laender/Suedost_Osteuropa/Kosovo?view=extended)
- Statistical Office Kosovo [SOK]. (2003). *Statistical Overview of Registered Businesses till December 31, 2002*. Gefunden am 11. März 2008 unter <http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/economic/business%20register/BusinessRegister.pdf>
- Statistical Office Kosovo [SOK]. (2006). *Kosovo in Figures 2006*. Gefunden am 8. März 2008 unter [http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/general/kosovo\\_figures\\_06.pdf](http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/general/kosovo_figures_06.pdf)
- Statistical Office Kosovo [SOK]. (2007). *External Trade Statistics 2006*. Gefunden am 11. März 2008 unter [http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/economic/external\\_trade\\_statistics\\_2006.pdf](http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/economic/external_trade_statistics_2006.pdf)
- Swisscooperation-Kosovo (2008). *Domains of Cooperation*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.swisscooperation-kosovo.ch/en/Home/Domains\\_of\\_Cooperation](http://www.swisscooperation-kosovo.ch/en/Home/Domains_of_Cooperation)
- The Copenhagen Declaration. (2002). Gefunden am 4. Mai 2008 unter [http://ec.europa.eu/education/copenhagen/copenhagen\\_declaration\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/copenhagen/copenhagen_declaration_en.pdf)
- Tholen, J., Czírnia, L., Hemmer, E., Kozek, W. & Mansfeldová, Z. (2006). *Direktinvestitionen deutscher Unternehmer in Mittel- und Osteuropa*. München: Hampp Verlag.
- Todaro, M.P. & Smith, S.C. (2006). *Economic development* (9th ed.). Harlow: Pearson Addison Wesley.
- United Nations Conference on Trade and Development [UNCTAD]. (2001). *World Investment Report 2001*. Gefunden am 3. März 2008 unter [http://www.unctad.org/en/docs/wir2001\\_en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs/wir2001_en.pdf)

- UNDP. (2006). *Youth – A new generation for new Kosovo. Human Development Report 2006*. Gefunden am 15. März 2008 unter [http://www.kosovo.undp.org/repository/docs/hdr\\_eng.pdf](http://www.kosovo.undp.org/repository/docs/hdr_eng.pdf)
- UNDP. (2007). *Development & Transition, Vol. 3, Kosovo 2007*. Gefunden am 15. März 2008 unter [http://www.kosovo.undp.org/repository/docs/Dev\\_transit\\_eng.pdf](http://www.kosovo.undp.org/repository/docs/Dev_transit_eng.pdf)
- USAID. (2003). *USAID's Assistance Strategy for Kosovo 2004-2008*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://pdf.usaid.gov/pdf\\_docs/PDABZ153.pdf](http://pdf.usaid.gov/pdf_docs/PDABZ153.pdf)
- USAID. (2008). *Country Profile Kosovo*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter [http://www.usaid.gov/locations/europe\\_eurasia/countries/ko/kosovo.pdf](http://www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/countries/ko/kosovo.pdf)
- Weltbank. (1991). *World Development Report. The Challenge of Development*. New York. Oxford University Press.
- Weltbank. (2004). *Kosovo Economic Memorandum*. Report No. 28023-KOS. Gefunden am 3. Mai 2008 unter <http://siteresources.worldbank.org/INTKOSOVO/Data%20and%20Reference/20243120/KEM-5-17-2004%20with%20amendments.pdf>
- Weltbank. (2007a). *Interim Strategy Note For Kosovo For The Period FY08. October 10, 2007*. Gefunden am 3. März 2008 unter [http://siteresources.worldbank.org/INTKOSOVO/147245-1202806083561/21645274/Kosovo\\_ISN.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTKOSOVO/147245-1202806083561/21645274/Kosovo_ISN.pdf)
- Weltbank. (2007b). *Kosovo Poverty Assessment. Vol. I: Accelerating Inclusive Growth to Reduce Widespread Poverty*. Gefunden am 3. März 2008 unter <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/0,,contentMDK:21761784~isCURL:Y~menuPK:258604~pagePK:64002643~piPK:64002619~theSitePK:258599,00.html>
- Weltbank. (2008a). *All Projects Kosovo*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter <http://web.worldbank.org/external/default/main?menuPK=297804&pagePK=141143&piPK=399272&theSitePK=297770>
- Weltbank. (2008b). *Interim Strategy Note for Kosovo for the Period FY08*. Gefunden am 3. Mai 2008 unter <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/KOSOVOEXTN/0,,contentMDK:21645274~isCURL:Y~pagePK:141137~piPK:217854~theSitePK:297770,00.html>

## A2 Interviews

### Interview mit Venhar Fejzulahi, 31.03.2008

Venhar Fejzulahi ist Student der Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen.

*Was ist deine persönliche Geschichte und Beziehung zum Kosovo?*

Geboren bin ich am 31.01.1984 in Vranje, Serbien, und lebte bis zu meinem siebten Lebensjahr in Bujanovac, dem Grenzgebiet zwischen Serbien und Kosovo. Danach kam ich in die Schweiz, um hier alle Ausbildungsstufen bis zum Hochschulstudium zu absolvieren. Ich bin muslimisch-albanischer Abstammung.

*Wie siehst du die wirtschaftliche Zukunft des Kosovo – auch angesichts der nun "geklärten" Statusfrage?*

Angesichts der geografischen Lage und der Grösse des Landes sehe ich einige positive ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten für den Kosovo. Die wirtschaftlichen Aktivitäten haben nach Ende des Krieges stark zugenommen und liegen im Vergleich zur Vorkriegszeit markant höher. Daran sehe ich, dass die neu erworbene Freiheit von der Bevölkerung geschätzt wird, da unter serbischer Besatzung die albanische Wirtschaft nur im Untergrund stattfinden konnte. Die Statusfrage war von essentieller rechtlicher Bedeutung und beseitigte die allgemeine Ungewissheit über die künftige Ausgestaltung der rechtlichen Basis sowie der territorialen Zugehörigkeit.

*Wo siehst du Entwicklungslücken und wo Entwicklungspotenzial?*

Der Kosovo benötigt dringend professionelles Humankapital. Die Regime der Vorkriegszeit verdrängten die albanische „Öffentlichkeit“ in den Untergrund, während die Universitäten und Mittelschulen für albanischstämmige Einwohner verboten wurden und auch keine öffentlichen Ämter von ihnen besetzt werden konnten. Das Gesundheitswesen musste privat organisiert werden. Diese Parallelstrukturen erfüllten die Bedürfnisse der Bevölkerung nur bedingt. Somit durchlebte das Land während mindestens 20 Jahren eine „bildungslose“ Phase – vor allem auch hinsichtlich der Berufsbildung.

Des Weiteren wurde im sozialistischen Jugoslawien der Kosovo ausgebeutet und hatte keine industrielle Bedeutung für die sozialistische Produktionskette. Seitdem fanden keine Investitionen in die industrielle Entwicklung des Landes statt. Dazu kommt die mangelhafte Stromversorgung des Landes, wodurch die Produktion der Betriebe behindert wird und hohe zusätzliche Kosten verursacht werden. Folglich benötigt das Land einen Auf- und Ausbau der Infrastruktur sowie Investitionen in die industrielle Produktion.

*Wo liegen die grössten Probleme und Entwicklungshindernisse?*

Durch die Klärung der Statusfrage wurde ein erhebliches Hindernis für ausländische Direktinvestitionen beseitigt. Als Problem könnte die Minderheitenfrage angesehen werden.

Die serbische Regierung in Belgrad zieht nun ihren „Plan B“ aus der Schublade und versucht, das Land entlang der ethnischen Grenzen zu spalten. Die internationale Gemeinschaft ist sich der Konsequenzen sicherlich bewusst und wird eine derartige Spaltung zu verhindern wissen. Trotzdem wird Serbien aufgrund seiner wirtschaftlichen Kraft Möglichkeiten haben, den Kosovo in seiner Entwicklung zu behindern.

Der Aufbau staatlicher Institutionen mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft könnte noch ein weiteres Hindernis für die Entwicklung des Landes überwinden. Die jungen Institutionen, besetzt mit unerfahrenen Beamten, sind oft nur mässig mit moderner technischer Ausrüstung ausgestattet. Deshalb wird es für diese Institutionen schwierig sein, ihre Funktionen in vollem Umfang zu erfüllen. Auch sind die öffentlichen Löhne vergleichsweise tief, was die Motivation der Angestellten etwas schmälern dürfte.

Ferner braucht das Land eine neue professionelle Führungselite. Die aktuellen Führer kommen mehrheitlich aus dem Lager der ehemaligen Befreiungsarmee und haben mit politischer Führung und Qualität wenig am Hut. Mit dem Tod des Präsidenten Dr. Ibrahim Rugova entstand eine grosse Lücke im Führungspersonal, welches die Albaner bis heute nicht zu füllen vermögen.

*Welche Sektoren oder Bereiche bieten den grössten "leverage" für eine nachhaltige Entwicklung des Kosovo?*

Da bin ich nicht so gut informiert. Potenzielle Ansatzpunkte zur Entwicklung produktiver Wirtschaftszweige bieten sicherlich die folgenden Bereiche: Landwirtschaftsprodukte (vor allem Käse und weitere Milchprodukte), die junge Bevölkerung (Durchschnittsalter ca. 25), der Ausbau der Strassenverbindungen, der Gütertransport, der Tourismus sowie Textilien.

*Was kann die Schweiz zur Entwicklung des Kosovo beitragen?*

Der Kosovo braucht technische Unterstützung und Humankapital. Die Schweiz kann eine bedeutende Rolle in der Beratung auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Aktivitäten spielen. Die Institutionen im Kosovo müssen ein Niveau erreichen, auf dem sie ihre Funktionen einwandfrei und korrekt durchführen sowie die Rechtsdurchsetzung gewährleisten können.

*Was könnten die schweizerischen Kosovaren dazu beitragen?*

Da aufgrund der relativen Unsicherheit fremdes Kapital nur unzureichend ins Land fliesst, wären die Exil-Kosovaren die ersten, welche das nötige Kapital bereitstellen müssten (was auch in gewissem Masse geschieht). Im Weiteren hat sich unter den Auslands-Kosovaren auch eine intellektuelle Schicht gebildet, welche ihr Humankapital im Kosovo zur Geltung bringen könnte. Ganz wichtige wäre auch die Promotion des Landes durch die Auslands-Kosovaren. Das Image des Landes muss aufpoliert werden und die internationale Meinung über die einstigen Gastarbeiter, deren Nachkommen heute in vielen Fällen zu Hochschulabsolventen in allen Wissenschaftsrichtungen avanciert sind, muss revidiert werden.

*Beabsichtigst du wieder in den Kosovo zurück zu gehen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, würdest du einen Beitrag zur Entwicklung vor Ort leisten wollen?*

Diese Frage höre ich sehr oft. Man darf nicht vergessen, dass die im Ausland lebenden Kosovaren in ihrer Umgebung eingebettet sind und dass der Schritt wieder in den Kosovo zurückzukehren viele Fragen öffnet. Meiner Meinung nach soll man wieder zurückzukehren, weil das Land uns braucht. Genauso wie das Land die Opferbereitschaft zu Kriegszeiten gebraucht hat, ist auch die Opferbereitschaft zu Friedenszeiten nötig. Aber auf die Rückkehr muss man vorbereitet sein. Es braucht eine reiche Sammlung an professionellen Erfahrungen aus den entwickelten Ländern, welche mitgenommen werden und nach der Rückkehr im Kosovo eingebracht werden können.

### **Interview mit Nimon Krasnigi, 21.03.2008**

Nimon Krasnigi ist 46 Jahre alt und ist in der Schweiz als Lastwagenfahrer tätig. Er stammt aus der Stadt Pec im Westen Kosovos und war Präsident einer grossen Gewerkschaft des Landes. Nach einem friedlichen Aufstand geriet er für lange Zeit in serbische Gefangenschaft, in der er brutal gefoltert wurde. Im Anschluss wurde der studierte Maschineningenieur als Flüchtling in der Schweiz aufgenommen und ist hier nun als Lastwagenfahrer tätig.

Nimon Krasnigi machte die folgenden Aussagen:

Die Klärung der Unabhängigkeitsfrage wird sicherlich neuen Elan verleihen, aber ich bin überzeugt, dass Serbien in unserem unabhängigen Staat immer Unruhe stiften wird. Im Kosovo herrscht grosse Hoffnung durch die Unterstützung der EULEX, das ist super. Jeden Tag merkt man, dass es ohne den Westen nicht funktioniert. Vieles wurde im Kosovo ohne Unterstützung falsch gemacht, so wurde zum Beispiel die Privatisierung falsch geregelt. Der gesamte Kaufpreis musste zu Beginn bezahlt werden, sodass meist kein Geld für Investitionen vorhanden war. Diese Vorschrift wurde von Serbien eingeführt, wohinter ich eine schlechte Absicht vermute.

Die Faktoren mit grösster Bedeutung für die Entwicklung des Kosovo sind Landwirtschaft, Mentalität und Institutionen.

Die Mentalität der Kosovo-Albaner ist ein grosses Problem. Die Menschen haben keine Ahnung, wie effizient, effektiv und profitabel gearbeitet werden muss. Ein Bauer im Kosovo hat noch nie einen „richtigen“ Bauern gesehen. Jeder schaut für sich alleine. Die Menschen übernehmen grösstenteils keine Verantwortung und sind faul. Wenn sich Einstellung und Mentalität nicht ändern, ist in diesem Land kaum etwas zu bewegen. Es ist nutzlos, wenn die Exil-Kosovaren ihren Familien viel Geld senden. Dieses Geld wird nicht investiert und die Leute wissen nicht, was sie damit anfangen sollen. Solche Hilfgelder haben im Gegenteil negative Auswirkungen. Die Leute verlassen sich darauf und werden noch fauler. Millionen von Franken sind auf diese Weise bereits versendet und die kosovarische Gemeinschaft in der

Schweiz ist nicht mehr bereit, Gelder in den Kosovo zu senden. Die Gelder sollen in Form von Krediten zur Verfügung gestellt werden. Somit werden die Kosovaren in die Verantwortung gezogen, da Rückzahlungen verbindlich gefordert sind.

In der Landwirtschaft hat es Priorität, das Land unter den Bauern sinnvoll aufzuteilen. Die Bauern arbeiten auf vielen kleinen, verstreuten Parzellen. Diese sollen zusammengeschlossen werden, was effizienteres Arbeiten erlaubt. Im Agrarsektor muss die Schweiz den Bauern die schweizerische Mentalität in Kursen und Workshops übermitteln und dabei aufzeigen, wie es in der Schweiz gemacht wird. Somit kommen die kosovarischen Bauern weg vom altmodischen Denken. Gegenüber einem Schweizer zeigen die Einheimischen grossen Respekt und es fällt leicht, diese zu überzeugen. Projekte im Agrarsektor sind in vielerlei Hinsicht möglich. Wichtig ist, dass die Projekte langfristig betreut werden. Ohne Experten läuft gar nichts. Die Schweiz soll sich auf kleine Projekte konzentrieren und den Energiesektor der EU und den USA überlassen.

Berufsausbildung ist enorm wichtig für den Kosovo. Viele junge Menschen erhalten Abschlüsse von Universitäten und sind nur am Titel interessiert. Von der Praxis aber haben sie keine Ahnung. Deshalb muss angestrebt werden, junge Leute zur Berufsbildung in die Schweiz zu schicken wo sie sehen, wie die Arbeit effizient und effektiv verrichtet und die Theorie in die Praxis umgesetzt wird.

Die Schweiz soll Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Strassenbau, Wasserleitungen und Kanalisation durchführen. An vielen Orten mangelt es noch an Wasserversorgung, in einem Bereich also, auf den die Schweiz spezialisiert ist.

Es braucht im Kosovo unbedingt gute Strukturen von oben. Die Menschen dürfen nicht nur die Familien als oberstes Kontrollgremium ansehen. Das Einhalten von Gesetzen muss in den Köpfen verankert werden, sodass Verbindlichkeiten gegenüber dem Staat entstehen. Die Kriminalität ist im Kosovo aber kein Problem.

### **Interview mit Martin Pfister, 15.03.2008**

Martin Pfister arbeitet als Sozialpädagoge in der Oberstufe der Schule Herisau und kam so in Kontakt mit Kosovo-Albanern. Pfister lernte die Sprache und reist seit Jahren regelmässig in die Region von Orahovac, wo er die Familien seiner Bekannten in der Schweiz besucht. Martin Pfister beschäftigt sich intensiv mit dem Land und kennt Sitten, Probleme und Mentalität durch intensiven, direkten Kontakt mit den Menschen vor Ort.

Martin Pfister machte folgende Aussagen:

Die Strukturen im Kosovo erscheinen sehr mafiös. Taçi wird von der Bevölkerung verherrlicht, macht aber einen fadenscheinigen Eindruck. Die Verwaltung durch die UNMIK war ein Debakel, was vor Ort unverkennbar war und ist. Die Einrichtungen der UNMIK waren kaum besser ausgestaltet und funktionierten nicht besser als die lokalen Institutionen.

Die UNMIK beschäftigt viele Personen, welche einen grossen Lohn erhielten, jedoch kaum der englischen Sprache fähig waren und kaum strukturierte Projekte durchzusetzen vermochten. Die kosovarische Bevölkerung zeigte gegenüber der UNMIK eine starke Abneigung; eine grosse Skepsis war stets vorhanden.

Die Energieversorgung würde grundsätzlich kein Problem darstellen. Viele Kosovaren sind überzeugt, dass die Stromversorgung absichtlich während einigen Stunden unterbrochen wird. Die Gründe, die dahinter stecken, sind aber unklar.

Die wirtschaftliche Lage ist miserabel. Ab dem Jahr 2000 setzte ein Aufschwung ein, dessen Elan jedoch bis im Jahr 2008 wieder verschwunden ist. Die Massnahmen haben nicht nachhaltig gewirkt und der Kosovo ist wieder da angelangt, wo er schon vor dem Krieg war. Finanziell ist vieles zusammengebrochen und es ist deutlich, dass es dem Kosovo ohne fremde Unterstützung nicht gelingen kann, eine Phase der Entwicklung einzuläuten. Das Land ist auf intensive Hilfe der EU angewiesen.

Viele Menschen überleben nur dank dem Kleinbauerntum. Jeder baut noch irgendwo Paprika, Tomaten, Melonen oder anderes an, um sich über die Runden zu bringen. Die grosse Mehrheit der Bauern hat überhaupt keine Perspektive und arbeitet schlicht fürs eigene Überleben, ohne jegliche Koordination oder Kooperation mit den Bauern in der Umgebung. Die Infrastruktur für die Bauern sollte unbedingt verbessert und der Absatz koordiniert werden.

Das Abfallwesen und die Wasserversorgung funktionieren heute bereits gut.

Aufgrund der schweren Vergangenheit haben die Leute keine Fleiss-Mentalität entwickelt. Es bestehen keine Verbindlichkeiten und es scheint, als nähmen die Leute alles auf die leichte Schulter. Aus diesem Grund ist eine langfristige Betreuung von Projekten wichtig; viele Beispiele zeigen, dass die Projekte langfristig keine Wirkung zeigten, nachdem die Experten abgezogen wurden (Bsp. Mineralwasser-Unternehmen). Die Kosovaren können gut in negativen Situationen ausharren, sind aber eher passiv. Sie nehmen gerne eine Opferrolle und „Vielleicht-Haltung“ ein. Mit diesen Voraussetzungen können KMU nur schwer profitabel arbeiten. Zudem müssen viele erfolgreiche KMU gegen zahlreiche Neider ankämpfen.

Das Bildungswesen im Kosovo ist grundsätzlich gut. Jedes Kind geht zur Schule. Mit Projekten könnte eventuell die Dichte an Schulen noch verbessert werden. Viel wichtiger ist jedoch die Berufsbildung. Die jungen Leute sollen in die Schweiz kommen damit sie sehen, wie es richtig gemacht wird. Ich versuche wenn möglich in Zusammenarbeit mit der DEZA ein Pilotprojekt zu starten, bei dem einige Jugendliche nach Appenzell kommen und in dieser Region eine Berufsausbildung von einigen Monaten absolvieren, bevor sie diesen Beruf dann im Kosovo ausüben.

Es hat grosse Priorität, dass die EULEX die administrativen Strukturen verbessert und Korruption sowie Vetternwirtschaft abschafft. Von oben müssen jetzt nach Klärung der Statusfrage endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.

### **Interview mit Dardan Baselica, 03.04.2008**

Dardan Baselica ist Student am Baruch College, New York, und besitzt zwei Bachelorabschlüsse in Geschichte und Politikwissenschaften.

#### *Was ist deine persönliche Geschichte und Beziehung zum Kosovo?*

Ich bin im Kosovo geboren, jedoch bereits im Alter von 1,5 Jahren in die USA emigriert. Grund für die Auswanderung war die Politik von Slobodan Milosevic in den 80er-Jahren, durch welche die Kosovo-Albaner unterdrückt wurden und beispielsweise die Berufe im öffentlichen Sektor lediglich den Serben zugänglich waren. Dies nahm vielen Kosovo-Albanern die Hoffnung auf eine friedvolle Zukunft mit Entwicklungsmöglichkeiten. Milosevic schuf somit die Voraussetzungen für eine Kriegsgeneration, zu der ich mich zähle. Zwar bin ich in New York aufgewachsen, aber dennoch wurde ich stark vom Krieg in Jugoslawien geprägt und hatte intensiven Kontakt zu den vielen Verwandten im Kosovo. Die Entwicklungen motivierten mich für die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Problemen der Region.

#### *Wie siehst du die wirtschaftliche Zukunft des Kosovo – auch angesichts der nun "geklärten" Statusfrage?*

Ich sehe die Zukunft des Kosovo ähnlich der Situationen in Österreich oder in der Schweiz! Ein Albaner macht keine grossen Unterschiede zwischen Deutschland, der Schweiz, Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein, denn die Mehrheit spricht dieselbe Sprache. Dasselbe denken die Albaner von Kosovo und Albanien, welche beide die albanische Ethnizität aufweisen. Unglücklicherweise wurden die Grenzen von Kolonialmächten unfair gezogen und wenn Albaner ethnischen Nationalismus proklamieren, löst dies anderswo schnell Provokationen aus. Doch die moderne Welt fordert den Kompromiss, wofür die Albaner offen sind. Wir haben verstanden, dass wir in einem multiethnischen Staat leben werden. Hier ein kultureller Einschub, der unsere Offenheit verdeutlicht: Wenn ich in das Gebiet reise, sehe ich im albanischen Fernsehen serbische Musikvideos. Es wäre unvorstellbar, dass in Serbien albanische Musiker über den Bildschirm flimmern würden. Die Albaner wollen den Frieden über Kompromisse erreichen, wofür sie nur das Gespött der Serben ernten. Die Mehrheit der Albaner war während den Konflikten immer für passiven Widerstand und friedliche Demonstrationen, doch dabei wurden sie jeweils mit Tränengas angegriffen. Es dauerte bis zum Ende der 90er-Jahre, bis sich mit der KLA gewaltvoller Widerstand formierte. Deshalb habe ich mich oft hinterfragt, ob die Mythen aus dem Mittelalter mit der Verherrlichung von militärischen Helden angesichts unseres passiven Widerstands wohl der Wahrheit entsprechen. Später habe ich erfahren, dass zwar viele



Albaner heldenvoll in den Krieg gegen die Serben gegangen sind, aber die Mehrheit war dazu nicht bereit. Diese glaubte an eine friedliche Lösung des Konflikts, denn durch den Krieg hatte sie mehr zu verlieren als zu gewinnen. Zurück zur Frage: Ich glaube, der Kosovo kann so werden wie die Schweiz, ein multiethnischer Staat, der von Staaten mit weniger Toleranz umgeben ist. Wenn der Kosovo politisch erfolgreich sein kann, wird er auch ökonomisch erstarben. Menschen von Belgrad und Tirana werden sich in Priština in einem Kaffee treffen und über mögliche Investitionen sprechen, so, wie sich Deutsche und Franzosen in Zürich treffen.

*Wo siehst du Entwicklungslücken und wo Entwicklungspotenzial?*

Ich bin der Meinung, dass das Haupthindernis der ökonomischen Entwicklung in den veralteten Fabriken und Minen liegt. Diese sind zwar immer noch in Betrieb, können aber den heutigen Ansprüchen bei weitem nicht genügen. Die Regierung sollte in Fragen der Modernisierung dieser Betriebe eine aktivere Rolle übernehmen und ich bin hoffnungsvoll, dass die Korruption kein Hindernis sein wird, da die Regierung von europäischen Beratern kontrolliert wird. Wenn die Regierung die Höfe, Fabriken und Minen temporär finanziell unterstützen würde, bis sich die Produktion den heutigen Standards angepasst hat, wird der Motor der Entwicklung starten. Des Weiteren hat die Regierung die Verpflichtung, genügend Elektrizität anzubieten, was so schnell wie möglich in Angriff genommen werden muss. Der grösste Teil der Staatsausgaben sollte in einem ersten Schritt zur Finanzierung eines Kraftwerks eingesetzt werden. Aktuelle Kraftwerke verursachen enorme, unzumutbare Verschmutzungen und sind nutzlos. Die Situation der Elektrizität und der Wasserversorgung ist leider vielerorts nicht befriedigend, obwohl diese Faktoren von immenser Bedeutung für die Generierung von Investitionen haben, welche für die Rettung der Fabriken notwendig sind. Zuletzt denke ich, dass die Regierung zwei zusätzliche Dinge vollbringen muss. Erstens muss die Regierung technische Ausbildungsstätten und Universitäten für Ingenieure und technologische Berufe nach dem Vorbild von Irland initiieren. Zweitens gilt es ein Augenmerk auf die Zölle zu richten. Auch wenn dies den Ideen der EU widerspricht, muss der Kosovo Zölle gegen Staaten erheben, welche die Eigenständigkeit des Staates nicht anerkennen. Dank Zöllen werden sich im Kosovo Unternehmen entwickeln, welche die serbischen Unternehmen übertreffen werden, die über Jahrzehnte hinweg mit den Geldern von Kosovo-Albanern gefördert wurden. Russland wird uns die Sache erschweren aber ich bin überzeugt, dass wir am Ende als Sieger dastehen.

*Welche Sektoren oder Bereiche bieten den grössten "leverage" für eine nachhaltige Entwicklung des Kosovo?*

Ich glaube, das grösste Entwicklungspotenzial liegt in hoch qualifiziertem Humankapital. Viele Studenten im Kosovo weisen eine sehr gute Universitätsbildung aus. Wenn die Universitäten finanziell noch besser unterstützt werden, dann ist noch mehr und bessere Ausbildung möglich, was die Studenten wertvoll für technische Unternehmen macht. Weitere Bereiche, die für die Entwicklung des Kosovo in Betracht gezogen werden müssen, sind die

Landwirtschaft und die Mineralien. Das Land hat fruchtbaren Boden und viele verschiedene Rohstoffvorkommen.

*Was kann die Schweiz zur Entwicklung des Kosovo beitragen?*

Ich kenne das Engagement der Schweiz in der Region nicht sehr gut. Bexhet Pacolli, schweizerisch-albanischer Doppelbürger und womöglich reichster albanischer Auswanderer, unterstützte den Kosovo mit seinem Unternehmen Mabetex, das auch in der Schweiz Niederlassungen hat, stark. Das Unternehmen half beim Wiederaufbau von Regierungsgebäuden in Albanien und im Kosovo. Pacolli ist mit seiner Partei auch in der Politik aktiv. Andere Aktivitäten der Schweiz kenne ich nicht. Ich würde es sehr gerne sehen, wenn uns die Bahnspezialisten aus der Schweiz beim Aufbau unseres Schienennetzes behilflich sein könnten. Die Bahnen schaffen eine Verbindung zwischen Nord und Süd. Verknüpft mit einer funktionierenden Wirtschaft ist dies ein wichtiger Faktor, der das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnizitäten ermöglicht. Auch kann der Kosovo schweizerische Hilfe im Regierungsbereich gebrauchen. Viele Menschen schauen auf der Suche nach der idealen Regierungsform in die USA oder nach Grossbritannien, aber als Kosovaren müssen wir uns an einem Land wie der Schweiz orientieren, welche diverse Minderheiten ohne Konflikte integrieren kann.

*Was könnten die schweizerischen Kosovaren dazu beitragen?*

Ich werde betrübt wenn ich sehe, dass viele Remittances auch heute noch nicht konsolidiert und für gemeinsame Ziele eingesetzt werden. Es braucht viel mehr als lediglich Gelder, die für die tägliche Deckung von Grundbedürfnissen verwendet werden. Nicht desto trotz denke ich, dass die Diaspora Fonds einsetzen kann, falls sie sich organisiert. Solche Fonds könnten zum Beispiel zur Unterstützung von Universitäten eingesetzt werden und Priština könnte sich zur Universitätsstadt im Balkan entwickeln. Aber eine Konsolidierung der Diaspora für solche Ziele wird eine grosse Herausforderung sein. Eine Person zu überzeugen, das Geld anstatt für die Familie für eine Universität einzusetzen, wird schwierig, denn noch immer sind im Kosovo viele Menschen von den Rücküberweisungen abhängig.

*Beabsichtigst du wieder in den Kosovo zurück zu gehen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, würdest du einen Beitrag zur Entwicklung vor Ort leisten wollen?*

Für mich ist es ein Traum, in den Kosovo zurück zu kehren. Es könnten aber auch ein albanischer Teil von Montenegro oder eine andere Region in Albanien sein. Aber Gott entscheidet, was als nächstes passiert. Wenn eine Rückkehr nicht möglich ist, dann werde ich mich damit abfinden und den besten Weg in den USA suchen. Es gibt viel zu tun im Kosovo und viele Auswanderer sind wieder erfolgreich zurückgekehrt, während andere einsehen mussten, dass sie sich in ihrer Heimat nicht mehr zurechtfinden. Ich würde mich in diesem Sinne engagieren, als dass ich mein Wissen im Kosovo vermitteln würde. Wahrscheinlich würde ich auch in Agrarprojekte und erneuerbare Energie investieren. Sehr gerne würde ich Produkte exportieren, um der Welt die kosovarischen Produkte zu präsentieren und der

Wirtschaft zu helfen. Es käme sicherlich auch in Frage, eine KMU aufzubauen. Aber das würde natürlich ganz von der Situation abhängen.

### **Interview mit Agush Buja, 16.03.2008**

Agush Buja ist 45 Jahre alt, studierte Geschichte und lebt seit über 20 Jahren in der Schweiz. Bereits als 16-jähriger Mann war er intensiv in der Unabhängigkeitsbewegung im Kosovo tätig und wurde von der serbischen Regierung für mehrere Jahre verhaftet. 1984 musste er sein Geschichtsstudium unterbrechen, das er erst viele Jahre später abschliessen konnte. In der Schweiz arbeitet Agush Buja heute als Taxifahrer und ist in mehreren albanischen Vereinen tätig.

Agush Buja machte folgende Aussagen:

Mit der Unabhängigkeit alleine wird es nun nicht besser. Wir haben dies den Leuten im Kosovo immer wieder mitgeteilt. Die Investitionen setzen nach der Klärung der Statusfrage zwar sicherlich stärker ein, aber unser Volk muss selber aktiv werden. Die kosovo-albanischen Migranten im Ausland haben mit dem Senden von vielen Geldern in ihre Heimat einen grossen Fehler begangen. Heute dürfen diese Remittances nicht mehr bezahlt werden. Gelder sollen nur noch im Rahmen eines Projektes und in Form von Krediten den Familien im Kosovo zur Verfügung gestellt werden. Alles muss vertraglich geregelt werden und es müssen Verbindlichkeiten entstehen; ansonsten funktioniert es nicht. Es herrscht grosse Hoffnung, dass die EU den Kosovo mit vielen Krediten unterstützen wird.

Das Programm der DEZA im Kosovo war bisher sehr gut. Es hat Priorität, in die Landwirtschaft zu investieren. Es freut mich, dass dies die DEZA erkannt hat. Bildung ist in diesem Bereich nicht sehr wichtig und es gibt den einfachen, schlecht ausgebildeten Menschen die Möglichkeit, Geld zu verdienen. Wichtig ist die Öffnung der Märkte. Ein Bauer arbeitet nur dann effizient, wenn er eine Möglichkeit zum Verkauf seiner Produkte sieht. Sehr sinnvoll war die Initiative von USAID, die erst kürzlich mit Albanien und Kosovo einen Vertrag zum Absatz vieler Agrargüter abgeschlossen hat. Kosovo kann sich in der Landwirtschaft auf viele verschiedene Güter konzentrieren. Hier gilt es, die Stärken in jedem Dorf zu erkennen und zu fördern. Dabei kann es unter Umständen auch sehr hilfreich sein, die Wasserversorgung der Felder zu verbessern. Der Westen soll aber die Bauern in erster Linie mit Maschinen versorgen. Es ist ungenügend, generell gefasste Projekte und Programme zu formulieren. Jedes Dorf weist eigene Stärken und Schwachpunkte auf. Die Projekte müssen auf diese einzelnen Dörfer herunter gebrochen und entsprechend angepasst werden.

Die Privatisierung muss unbedingt vorangetrieben werden. Ansonsten bleibt alles beim Alten. Vielen Minen, die von ausländischen Investoren privatisiert wurden, funktionieren heute bereits wieder einwandfrei. Dafür ist jedoch eine zufriedenstellende Stromversorgung wichtig. Dieser Bereich wird vor allem von den USA unterstützt. Die Regierung plant zwar ein riesiges Energieprojekt, ist aber scheinbar selber nicht ganz überzeugt davon. Solch grosse

und teure Projekte gilt es sehr vorsichtig zu planen. Schliesslich müssen die künftigen Unterhaltskosten für Filter usw. ebenfalls einkalkuliert werden. Ich bin diesbezüglich eher skeptisch. Besser sind kleinere Projekte, die finanziell weniger riskant sind.

Die Mentalität wird sich langfristig zum Guten wenden. Die Jungen sind zwar teils wie die Alten auch noch traumatisiert, werden aber schneller vergessen und sich an neuen Dingen ausrichten. Wir haben gelernt, wie man ein Land kaputt macht. Nun müssen wir die CD umdrehen und alles anders angehen.

Die Strukturen von oben sind gut und werden immer besser. Thaçi ist ein sehr guter Mann und hat die Staatsausgaben um ein Vielfaches gekürzt und mit dem gesparten Kapital unter anderem mit dem Bau von 80 Schulen begonnen. Thaçi macht vieles besser als zuvor. Die ehemaligen Kämpfer der UÇK, die jetzt in der Regierung sitzen, sind Patrioten und werden alles daran setzen, damit es dem Land und den Menschen besser geht. Zuerst wollte Thaçi alles alleine machen und dachte, er wisse alles besser. Seit einigen Monaten hat er eingesehen, dass dies nicht die richtige Variante ist und hat Berater und Experten hinzugezogen. Natürlich bleibt die Korruption ein Problem. Wir können froh sein, dass die EULEX und alle weiteren Institutionen in engem Kontakt mit der Regierung stehen und versucht, die Abläufe zu optimieren und der Korruption abzuwehren.

Meine Familie würde sofort in den Kosovo zurückkehren, wenn wir eine Möglichkeit sähen, wie wir uns in meiner Heimat sinnvoll betätigen können. Gerne würde ich in einem Entwicklungsprojekt mitarbeiten.

### **Interview mit Saip Bajrami, 15.03.2008**

Saip Bajrami ist 56 Jahre alt, Präsident des albanischen Vereins Verena in Appenzell und zurzeit arbeitslos. Er stammt aus der Provinz von Presevo in Serbien nahe der östlichen Grenze von Kosovo und leitet die Hilfsorganisation Shoqata Humanitare Luginës Preshevës, die Gelder von der albanischen Gemeinschaft in der Schweiz sammelt und direkt an Familien mit Kriegsgefallenen verteilt. Die Verteilungen werden zum Beweis dokumentarisch gefilmt und an Veranstaltungen präsentiert. Somit verschaffte sich die Hilfsorganisation eine grosse Glaubwürdigkeit.

Bajrami machte folgende Aussagen:

Während den vergangenen Jahren konzentrierte sich die stolze kosovo-albanische Bevölkerung stark auf die Unabhängigkeit Kosovos und vernachlässigte dabei andere wichtige Angelegenheiten. Nun ist diese sehnsüchtig erwünschte Unabhängigkeit endlich eingetroffen und der Weg für weitere Entwicklung somit geebnet. Die Sicherheit stellt heute im Kosovo glücklicherweise kaum mehr ein Problem dar.

Es ist offensichtlich, dass sich der Kosovo mit vielen Problemen befassen muss und vor einem steinigem Weg steht. Dennoch ist nun durch die Lösung der Statusfrage mehr Sicherheit gewährleistet. Vom Westen ist eine grosse Unterstützung zu spüren und auch durch die Türkei, Bulgarien und Albanien stehen Märkte offen zur Verfügung. Von Serbien ist nicht mit einer Blockade zu rechnen, weshalb eine Abschottung nicht zu befürchten ist. Im Kosovo ist grosse Hoffnung aufgrund der Unterstützung durch die EU spürbar.

Den Schwerpunkt gilt es auf Energie, Infrastruktur und die Förderung von KMU zu legen. Der Kern einer funktionalen Wirtschaft ist die Energieversorgung, die im Kosovo nicht optimal gewährleistet ist. Die Planung einer neuen Zentrale des Energiekonzerns KEK kann von grosser Wichtigkeit für das Land sein. Während 20 bis 30 Jahren wurde nichts in diese Einrichtungen investiert, wodurch vieles veraltet ist. Einerseits gilt es, die in Massen vorhandenen Naturressourcen zu nutzen und so auch das Braunkohlevorkommen effizient umzusetzen. Andererseits sollte es aber auch möglich sein, Wasserkraft voranzutreiben.

Von grosser Relevanz ist, die Investitionsprojekte langfristig mit Experten zu betreuen, da die kosovarische Bevölkerung kaum fähig ist, solche Projekte alleine durchzuführen. Dafür gibt es nur allzu viele Negativbeispiele. Einheimische müssen die volle Verantwortung übernehmen und bei schlechtem Management müssen Bestrafungen drohen. Oft ist es so, dass sich Personen in hohen Positionen auf ihren Lorbeeren ausruhen und keine weiteren Anstrengungen mehr vornehmen, sobald ihre Position nicht mehr in Gefahr ist.

KMU sollen mit Kleinkrediten gefördert werden. Eine intensive Beobachtung und Kontrolle ist hier ebenfalls notwendig.

Es ist wünschenswert, die jungen Kosovaren in der Schweiz beruflich auszubilden und dann wieder zurück in das Land zu schicken, wo sie ihr Wissen anwenden können. Dahingegen ist die Förderung von Medien überhaupt nicht wünschenswert. Es sind genügend unabhängige, private Medien vorhanden. Den Fokus gilt es auf Wichtigeres zu setzen.

In den Gemeinden ist es auch sinnvoll, die Landwirtschaft zu unterstützen. Hühnerställe oder Plantagen für Tabak, Trauben, Apfel, Birnen usw. sollen errichtet werden. Das hilft den Menschen vor Ort direkt.